



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

Auf dem Weg zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik

Memorandum



Auf dem Weg zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik

Vorwort

Unsere Städte verändern sich heute sehr schnell – so schnell wie selten zuvor. Chancen und Risiken sind Bestandteil dieses Wandels; sie liegen dicht beieinander und oft ist nur schwer einzuschätzen, ob Trends sich ins Positive oder Negative entwickeln. Die Herausforderungen, die sich daraus ergeben, sind nicht auf Deutschland beschränkt. So einleuchtend wie diese einfache Feststellung ist, so wichtig ist sie auch. Denn Erfahrungsaustausch und Kooperation über Grenzen hinweg verschaffen andere Perspektiven und vermitteln neue Lösungsansätze.

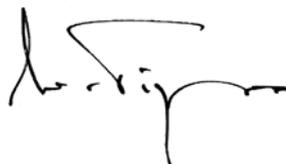
Deswegen hat Deutschland die Fragen der integrierten Stadtentwicklung auch in den Mittelpunkt seiner EU-Ratspräsidentschaft 2007 gestellt. Mit der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ wurde die Grundlage für eine europäisch ausgerichtete Stadtentwicklungspolitik geschaffen, welche die Zustimmung aller 27 europäischen Mitgliedstaaten findet. Die Arbeit an diesem Dokument und die damit verbundene Auseinandersetzung mit nationalen strategischen Ansätzen anderer EU-Mitgliedsstaaten haben wertvolle Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Stadtentwicklungspolitik hier in Deutschland erbracht.

Gerade wenn die Prognosen für die städtische Entwicklung immer unsicherer werden, muss das Engagement für unsere Städte und Gemeinden wachsen. Dies betrifft Bürger und Unternehmen ebenso wie Politik und Verwaltung. Das gilt zunächst für die nationale Ebene. Wir brauchen eine nationale Verständigung darüber, wie die wichtigen Themen der städtischen und gesellschaftlichen Zukunft behandelt werden sollen. Wie sollen wir als Gesellschaft und wie sollen unsere Städte mit den Folgen des demographischen Wandels umgehen? Wie sieht der Beitrag der Städte gegen den Klimawandel aus? Wie kann in Zeiten enger finanzieller Spielräume die öffentliche Hand eine qualitätsvolle Daseinsvorsorge sichern? Welche Aufgaben soll in Zukunft der Staat übernehmen, was die Wirtschaft und was die Zivilgesellschaft?

Ich habe vor diesem Hintergrund eine Gruppe von unabhängigen Experten gebeten, die Chancen und Risiken eines neuen Politikansatzes für

Stadtentwicklung in Deutschland zu bewerten. Das vorliegende Memorandum „Auf dem Weg zu einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik“ ist das Ergebnis der engagierten Arbeit dieser Expertengruppe. Das Memorandum empfiehlt eine Doppelstrategie mit den beiden Elementen „Gute Praxis“ und „Projektreihe für mehr Stadt und Urbanität“. Gleichzeitig betont es die Notwendigkeit, gemeinsam mit Ländern und Kommunen das Thema Stadtentwicklung auch im nationalen Rahmen zu diskutieren. Dies erscheint angesichts der wachsenden Bedeutung der „europäische Dimension“ in der Stadtentwicklung, z. B. durch Förderprogramme, Richtlinien und Verordnungen dringend erforderlich. Hier muss Deutschland auf der nationalen Ebene sprachfähig sein. Die Experten betonen dabei, dass eine Nationale Stadtentwicklungspolitik eines breiten Spektrums von Akteuren bedarf, die sich an der Diskussion zu den Fragen der städtischen Zukunft beteiligen.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung will deswegen gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und vielen weiteren Partnern das Programm im Sinne einer „lernenden Strategie“ entwickeln und so eine eigene Position zur nationalen Stadtentwicklung in Deutschland erarbeiten. Ich hoffe, dass sich eine möglichst große Zahl von Akteuren – auch und gerade solche, die fachlich nicht in der Stadtplanung und -entwicklung „zu Hause“ sind – an diesem wichtigen Projekt beteiligt und einbringt. Für Anregungen bin ich offen und dankbar. Den Institutionen und Organisationen, den Kammern und Verbänden und der Vielzahl von Einzelpersonen, die an der Konzeption der Nationalen Stadtentwicklungspolitik mitarbeiten, möchte ich schon jetzt sehr herzlich danken!



Wolfgang Tiefensee
Bundesminister für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmannsaue 31 – 37
53179 Bonn

Gesamtkoordination

Prof. Peter Zlonicky

Verfasser des Memorandums

Klaus Beckmann
Harald Bodenschatz
Wolfgang Christ
Ulrich Hatzfeld
Bernd Hunger
Michael Krautzberger
Folkert Kiepe
Norbert Portz
Rudolf Raabe
Stephan Reiß-Schmidt
Christiane Thalgott
Julian Wékel
Peter Zlonicky

Redaktion und Gestaltung

Büro für Stadtplanung und Stadtforschung,
München
Peter Zlonicky
Elke Wendt-Kummer
Didier Vancutsem

Technische Umsetzung

KOMBO MedienDesign Rainer Geyer,
Siegburg

Bestellungen

Gabriele.bohm@bbr.bund.de
Stichwort: Memorandum

Druck

Fa. DCM, Meckenheim

Nachdruck und Vervielfältigung
alle Rechte vorbehalten.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie.
<http://dnb.ddb.de>

Memorandum

Zusammenfassung	7
Präambel	9
1. Städte in Deutschland	13
Stärken	13
Risiken	14
Chancen	15
Perspektiven	17
2. Ein nationaler Politikansatz für Stadtentwicklung – Ziele und Inhalte	19
Träger und Partnerschaften	20
Zwei Ebenen einer nationalen Stadtentwicklungspolitik	21
3. Bausteine einer nationalen Stadtentwicklungspolitik: Gute Praxis	25
Weiterentwicklung von Stadtentwicklungspolitik auf Bundesebene	25
Förderprogramme. Integration von Politikbereichen. Urban Task Force. Internet	
Die Kampagne „Für Stadt und Urbanität“	28
Stadt machen – Stadtplanung der Ergebnisse. Stadtforen – Reden über Stadt.	
Wirtschaft – Verantwortung für den Standort. Zukunfts-Lounges.	
Stadtentwicklungspolitik vor Ort. Stadt und Ökologie.	
Stadt und Wissen – Beiträge der deutschen Hochschulen. Deutscher Preis für Stadtentwicklung.	
Zielgruppenorientierte Wettbewerbe. Stadt-Land-Dialog, Innovationsbörsen.	
Städtebau-Ausstellung 2010.	
4. Schritte zur Umsetzung	41
Mitglieder der Expertengruppe zur Konstituierung einer nationalen Stadtentwicklungspolitik	42
Thematische Vertiefungen	49
Autoren	104
Abbildungen	106



Zusammenfassung

Auf Veranlassung von Herrn Staatssekretär Dr. Lütke Daldrup legt eine interdisziplinär zusammengesetzte Expertengruppe hiermit ein Memorandum zur Konstituierung einer nationalen Stadtentwicklungspolitik in Deutschland vor.

Der strategische Ansatz dieses Memorandums wie auch der Vorschlag einer breiten Kampagne zu seiner Verwirklichung stehen in der Tradition der beiden erfolgreichen historischen Initiativen zur Neuorientierung im Städtebau. Der Aufruf des Deutschen Städtetages „Rettet unsere Städte jetzt“ leitete zu Beginn der siebziger Jahre einen Prozess grundlegender Kritik an Fehlentwicklungen funktionaler Stadtentwicklung ein. 1975 hat die europäisch getragene Initiative zum Denkmalschutzjahr weit über fachöffentliche Kreise hinaus einen Prozess zu radikal veränderten Haltungen gegenüber dem kulturellen Erbe der Städte und ihrem historischen Baubestand eingeleitet.

Die zu Beginn des neuen Jahrhunderts grundlegend gewandelte Perspektive städtischer Zukunft legt es nahe, erneut über Orientierungen in der Stadtentwicklung und Initiativen zu deren Umsetzung nachzudenken. Eine solche Initiative kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie gesamtstaatlich und zivilgesellschaftlich getragen wird.

Das Memorandum schlägt zwei Ebenen einer nationalen Stadtentwicklungspolitik vor:

- Stadtentwicklungspolitik muss sich sehr schnell an die Veränderung von Städten anpassen; sie bedarf einer ständigen Qualifizierung („Gute Praxis“). Auf Bundesebene betrifft dies vor allem die Einbindung der Stadtentwicklungspolitik in das gesamtstaatliche Handeln und die Weiterentwicklung von Förderprogrammen. Dazu entwickelt das Memorandum Vorschläge. Dabei setzt es auf eine demokratische und föderale Verfahrenskultur im Zusammenspiel mit Transparenz, Wettbewerb und Kooperation.

- Eine zeitlich begrenzte Kampagne („Für Stadt und Urbanität“) soll das öffentliche Bewusstsein für Optionen der Stadtentwicklung schärfen, individuelle Handlungsmöglichkeiten in urbanen Handlungsfeldern aufzeigen und Räume für das Engagement von Bürgern und Wirtschaft öffnen. Sie soll auch auf die Partnerländer in der Europäischen Union ausstrahlen.

Die vorgeschlagene Kampagne setzt sich aus einer Vielzahl von Projekten, Initiativen, Kongressen, Veröffentlichungen, Ausstellungen und Partnerschaften zusammen, für die das Memorandum Anregungen entwickelt.

Die Kommission empfiehlt dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die in dem Memorandum verdeutlichten Handlungsansätze für eine nationale Stadtentwicklungspolitik zunächst öffentlich zu diskutieren und dann umzusetzen.

Die Mitglieder der Expertengruppe haben das Memorandum im Dezember 2006 Herrn Staatssekretär Dr. Lütke Daldrup übergeben. Es ist in dieser Druckfassung unverändert wiedergegeben. Die Statements neben dem Text und die Abbildungen wurden nach der Übergabe für diese Veröffentlichung von Peter Zlonicky ausgewählt.



Präambel

Das Memorandum will mit einem nationalen Politikansatz zur Stadtentwicklung Antworten auf aktuelle Entwicklungsfragen geben:

- Welche Hemmnisse müssen überwunden werden, um Potentiale in den Städten noch besser zu entfalten? Wie lassen sich die Bedingungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung effektiver gestalten?
- Welche Strategien fördern wettbewerbsfähige, starke Städte, die durch Ausstrahlung und Zusammenarbeit auch Verantwortung für ihre Stadtregion und die ländlichen Räume übernehmen?
- Wie kann das erfolgreiche Leitbild der Europäischen Stadt weiterentwickelt werden, um auch zukünftig Wachstum und Innovation, sozialen Zusammenhalt und gute Wohn- und Lebensqualitäten zu sichern?
- Wie kann ein breites Bündnis der verantwortlichen Akteure gefestigt und damit die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden?
- Welche neuen Partner lassen sich für langfristige Stadtentwicklungsstrategien gewinnen? Wie können neue strategische Allianzen aussehen? Wie können insbesondere Bürgerinnen und Bürger über Stadtentwicklungspolitik besser informiert und zum persönlichen Engagement motiviert werden?

Das Memorandum versteht sich in diesem Sinn als Diskussionsplattform für die Frage, wie ein Politikfeld „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ gestaltet sein muss, um eine nachhaltige Entwicklung der deutschen Städte in Europa zu erreichen.

Die Entwicklung der deutschen Städte steht seit Jahrzehnten im europäischen Vergleich gut da. Die Städte leisten ihre gesellschaftliche Funktion als Motoren der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Sie fördern Innovation, Wachstum und Beschäftigung. Gleichzeitig sind sie Ort sozialen Ausgleichs und gesellschaftlicher Integration. Stadtentwicklungspolitik als Gemeinschafts-

projekt von Bund, Ländern und Gemeinden bietet ebenso wie die integrierte räumliche Planung Orientierungen für viele Länder in Europa.

Die Bedingungen bisheriger Stadtentwicklung in Deutschland und Europa haben sich im letzten Jahrzehnt gravierend verändert. Über die besonderen Aufgaben der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hinaus, denen man sich mit der Strategie Aufbau Ost gestellt hat, formulieren der wirtschaftliche Strukturwandel und demografische Perspektiven neue Herausforderungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Die Bund-Länder-Programme Soziale Stadt und Stadtumbau Ost wie West tragen zu neuen Zielvorstellungen vor Ort und zu ihrer Umsetzung bei.

Ein zentrales Anliegen des Memorandums ist es, einen Überblick über die Bedingungen und Optionen einer gesamtstaatlichen Stadtentwicklungspolitik zu vermitteln. Betont sei, dass keine Verlagerung von Kompetenzen und Zuständigkeiten vorgeschlagen wird. Zielvorstellung ist es vielmehr, bisherige Erfolge des bestehenden Systems auch zukünftig unter sich ändernden Rahmenbedingungen zu festigen.

Das Memorandum soll dazu beitragen, die erfolgreiche Strategie der integrierten Stadtentwicklung weiterzugestalten, Grundzüge einer nationalen Stadtentwicklungspolitik aufzeigen und Wege zu einer noch stärkeren öffentlichen Wahrnehmung der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung der Städte und Stadtregionen in einem immer enger vernetzten Europa öffnen. Damit stellt sich das Memorandum in einen direkten Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie der Europäischen Union und den aktuellen Beschlüssen des Deutschen Bundestages zur Ausgestaltung der Stadtentwicklung als moderne Struktur- und Wirtschaftspolitik.

Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern gibt es in Deutschland bisher keine ausformulierte Stadtentwicklungspolitik auf nationaler Ebene. Durch eine solche breite Diskussion städtebaulicher Leitvorstellungen und Empfehlungen zu ihrer Umsetzung werden zusätzliche Kräfte in Politik und Öffentlichkeit für die Stadtentwicklung freigesetzt. Das Memorandum bezieht sich inhaltlich vor allem auf zwei Handlungsbereiche. Zum einen geht es um die Konturen einer nationalen Stadtentwicklungspolitik, die bestehende dezentrale Ansätze ergänzt und stärkt. Zum anderen geht es um eine nationale Kampagne „Für Stadt und Urbanität“.

Das Memorandum geht vom Grundverständnis aus, dass Städte die Motoren der nationalen wie auch der europäischen Entwicklung sind.

Jeder und jede muss vor Ort Chancen finden und nutzen können, um in eigener Verantwortung eigene Lebensentwürfe zu verwirklichen. Kreative urbane Milieus sind Voraussetzung zur Entfaltung einer Wissensgesellschaft, die sich auch wirtschaftlich in der internationalen Konkurrenz behaupten muss. Die Entwicklung der Städte als Ausdruck gesellschaftlichen Wandels wahrzunehmen und sie durch transparente Verfahren in produktiver Kooperation unterschiedlichster Akteure steuern zu lernen: Dies sollte im Selbstverständnis einer Zivilgesellschaft eine Gemeinschaftsaufgabe von höchstem Rang sein – eine Gemeinschaftsaufgabe, die weder den gerade politisch oder wirtschaftlich Mächtigen noch einer technokratischen Funktionselite überlassen werden darf.

Werner Durth





1. Städte in Deutschland

Die Städte und Stadtregionen in Deutschland stehen in einem gleichermaßen chancenreichen wie risikobehafteten Spannungsfeld. Der historisch bewährten und aktuell fortentwickelten kommunalen Selbstverwaltung mit ihren Kompetenzen und Potenzialen stehen Risiken und Gefährdungen aus verschärften finanziellen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemen gegenüber.

Stärken

Städte in Deutschland stehen für das Modell der Europäischen Stadt: kompakt, sozial, vielfältig, grün – kurz: urban. Jede Stadt hat ihre eigene Geschichte, ihre sozialen und ökonomischen Besonderheiten, ihr eigenes Stadtbild, ihr eigenes Selbstverständnis, ihre eigene Kultur. Bei allen Veränderungen ist der historische Stadtgrundriss in den meisten Städten zumindest in den Kernbereichen erhalten geblieben. Er ist der Fingerabdruck der Stadt. Im öffentlichen Raum entsteht bei großen politischen, kulturellen, kommerziellen und sportlichen Ereignissen ein Selbstbild der Zivilgesellschaft.

Städte in Deutschland sind sozial und politisch verfasst. Der soziale Ausgleich hat es bisher ermöglicht, Konflikte in friedlicher Weise zu lösen. Gerade eher benachteiligte Stadtteile übernehmen eine aktive Rolle beim Ausgleich sozialer Spannungen.

Städte in Deutschland sind Zentren von Arbeit und Wissen. Sie sind Standorte großer und mittlerer Unternehmen, zentraler Verbände und Vereinigungen, großer Universitäten und Forschungsinstitutionen – sie alle sind auf ein urbanes Umfeld angewiesen.

Städte in Deutschland sind kulturell geprägt. Die Vielfalt und Qualität lokaler kultureller und künstlerischer Initiativen ist der Humus gesellschaftlicher Entwicklungen. Kultur ist breit ausdifferenziert durch staatliche und kommu-

nale Trägerschaft, durch Stiftungen und Vereine, Bürgergruppen wie auch Privatwirtschaft.

Städte in Deutschland bieten Raum für die Herausbildung urbaner Lebensstile. Sie sind attraktiv für alle sozialen Gruppen, insbesondere für junge Menschen, zunehmend aber gerade auch für ältere Menschen und Familien in neuen Lebensformen. Damit sind sie Ort der Entwicklung zivilgesellschaftlichen Engagements, gelebter Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie sozialer und gesellschaftlicher Innovation.

Städte in Deutschland erweisen sich als anpassungsfähige Räume auch bei einschneidenden gesellschaftlichen Veränderungen. Die Konversion industrieller, militärischer und infrastruktureller Anlagen ist zum Alltagsgeschäft der Städte geworden. Der Umbau des Bestandes ist eine ökologische Herausforderung (Einstieg in die Kreislaufwirtschaft, Ressourceneinsparung), eine stadtkulturelle Herausforderung (Erhalt schützenswerter Quartiere), eine soziale Herausforderung (Sicherung sozialer Milieus) und eine ökonomische Herausforderung (Akquisition wirtschaftlicher Investitionen und öffentlicher Finanzmittel). Beispielhafte Neuorientierungen zeigen die ostdeutschen Städte, die nicht nur kontinuierliche Anpassungsleistungen erbringen, sondern Strukturbrüche bewältigen müssen. Dies gilt für den städtebaulichen, architektonischen und infrastrukturellen Umbau ebenso wie für ökonomische und soziale Transformationen.

Die beschleunigte Transformation der Städte braucht besonders gute Planung, braucht besonders konstruktive Kooperation, braucht gleichermaßen Sicherheit und Anpassungsfähigkeit, braucht offene Verfahren der Beteiligung. Planung in deutschen Städten hat die Koordinierung von Einzelaktivitäten zahlreicher Akteure im Blick auf eine gesellschaftliche und räumliche Ordnung mit hoher Qualität und notwendigem Ausgleich entwickelt.

Städte in Deutschland sind kompetent in der Kooperation von Planung und wissenschaftlicher Grundlagenarbeit. Zukunftsbezogenen Beiträge leisten die stadtbezogenen räumlichen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Wissenschaftsdisziplinen in Universitäten und Hochschulen, Forschungsinstituten und Akademien. Sie finden weltweit Anerkennung.

Wir müssen uns in einem internationaler gewordenen Wettbewerb behaupten, die soziale Stabilität und Integrationsfähigkeit sicherstellen und gleichzeitig einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz und einem umweltverträglichen Bauen leisten. Dafür brauchen wir eine Stadtentwicklungspolitik, die Wachstum und Nachhaltigkeit miteinander in Einklang bringt und durch konkrete Zielvereinbarungen und Projekte glaubhaft wird. Und dies muss sich verbinden mit einer Baukultur, die unsere Geschichte ebenso berücksichtigt wie unseren Wunsch nach künstlerischer Erneuerung und Weiterentwicklung.

Ole von Beust

Nationale Politik ist umso erfolgreicher, je europäischer sie ist. Wer in der globalisierten Welt nationale Handlungsspielräume bewahren oder zurückerobern will, muss kosmopolitisch denken und handeln.

Ulrich Beck

Risiken

Städte haben sich nie ohne Konflikte, ohne Brüche entwickelt. In der Regel sind sie in der Lage, unterschiedliche Interessen auszugleichen und lokal aufgebrochene Konflikte zu lösen, Strukturbrüche zu bewältigen.

Städte in Deutschland sind heute – wie andere europäische Städte – hohen externen Risiken ausgesetzt. Dies betrifft rückläufige demographische und wirtschaftliche Entwicklungen mit der Folge von Schrumpfungen, aber auch eine neue soziale Fragmentierung.

Nur für wenige Städte kann ein Rückgang der Einwohnerzahlen eine Entlastung bedeuten. In der Regel ist er mit Erosionen im Wohnungsmarkt, im gewerblichen Bereich und im Einzelhandel verbunden. Die Folge sind Leerstände in weniger „guten“ Lagen, zunehmend auch in peripheren Randlagen. Überlagert durch Rationalisierung und Zentralisierung im Einzelhandel verlieren insbesondere Stadtteilzentren ihre traditionellen Qualitäten als Bezugs- und Versorgungsmittelpunkte. Mit dem Rückgang der Einwohnerzahl überlagern sich altersstrukturelle und ethnische Veränderungen, die mit zusätzlichen Anforderungen die Leistungsfähigkeiten der Gemeinden verstärkt beanspruchen. Durch Kostenremanenzen bei sinkenden Einwohnerzahlen steigen spezifische Kosten für die Nutzer und die Öffentlichkeit.

Strukturell auffällig ist die zunehmende Fragmentierung der Städte. Soziale und ethnische Segregationen werden eher stärker als schwächer. Die Chancen einer Integration bei Erhaltung sozialer und ethnischer Eigenständigkeit werden eher geschwächt als gestärkt. Städtische Standorte zerfallen in ein Patchwork von bevorzugten und benachteiligten Standorten mit entsprechenden sozialen Stigmatisierungen von Bewohnern. Die Entwicklung „guter“ Adressen hat oft soziale Ausgrenzungen, Brüche, manchmal die

Erosion lokaler Gesellschaften zur Folge. Die Zeithorizonte der Veränderungen sind deutlich verkürzt, so dass die „guten“ Adressen zum Teil dramatisch schnellen Veränderungen unterliegen können.

Der Strukturwandel hat inzwischen den Dienstleistungsbereich erreicht. Ehemalige „gute“ Büroadressen werden nicht mehr gefragt, Zentralisierungen von Unternehmen und Banken haben den Leerstand zahlreicher innerstädtischer Gebäude zur Folge. Auch die Kommunen selbst sehen sich gezwungen, sich von dezentralen, oft bürgernahen Standorten zurückzuziehen. Wegen fehlender investiver Mittel treten Kommunen zunehmend seltener als qualitätsvolle und baukulturprägende Bauherren auf.

Die Entleerung einzelner Stadtteile und insbesondere der Stadtteilzentren ist verbunden mit der Entstehung neuer Zentralitäten: neue Unternehmensstandorte, Flughafenstädte, Messestädte, Einkaufs- und Freizeitzentren entwickeln eine eigene Dynamik.

Mit der Fragmentierung der Städte, mit der Entstehung und Verinselung einzelner Stadtteile ist das Modell der Europäischen Stadt in Frage gestellt.

Was ist aus den Städten geworden, den klassischen Brütern der Zivilisation? Ihre Herzen leeren sich, während die Regale überlaufen; zwischen den Slums und shantytowns und den bewohnbaren Tresoren gehen immer besser sichtbare Mauern hoch. Was einmal eine Stadt war, ist jetzt ein Standort, ein touch down, ein meeting place, ein Basislager, eine Servicestation für ein paar Überflieger, die die Welt mit ihren shareholder values beherrschen und die Stadt nur noch brauchen, um sich darin zu zeigen. Alles ist Stadt auf diesem Planeten und nichts ist mehr urban.

Adolf Muschg

Chancen

Städte in Deutschland sind Zentren von Wissen, Dienstleistungen, Kultur, sozialer Vielfalt. Sie sind Orte der Produktion und der Arbeit, Orte von technischen, organisatorischen und sozialen Innovationen, von Entwicklungen, die – weit über ihre Grenzen hinaus – für das gesamte Land wichtig sind. Sie sind attraktiv für Zuwanderer, insbesondere für junge Menschen. Städte sind Orte des sozialen Austauschs, neuer Lebensformen und der Identifikation.

Städte in Deutschland können sich nicht isoliert entwickeln. Städte sind auf Kooperation im stadtregionalen Zusammenhang, in Städtetzwerken und in metropolitanen Verantwortungsgemeinschaften angewiesen. Kommunale Grenzen entsprechen nicht mehr den Lebensgewohnheiten im Alltag der Bewohner und den Bezugsräumen wirtschaftlicher Austauschprozesse. Grenzüberschreitende Kooperation auf regionaler und auf überregionaler Ebene in Städtenetzen ist unverzichtbar. Im Verbund können Städte den Wettbewerb auf europäischer Ebene bestehen.

Städte in Deutschland haben in ihrer Geschichte Krisen als Chancen verstanden, ihre Herausforderungen angenommen. Dies gilt auch heute.

Immigration ist eine unverzichtbare Ressource der Stadtentwicklung. Informelle lokale Ökonomien, die Instandsetzung brach gefallener Gebäude, die Instandsetzung von Quartieren, die Übernahme von Dienstleistungen auch für andere Stadtteile sind wertvolle Beiträge von Einwanderern.

Wissen ist die wichtigste Ressource für die Zukunft der Städte. Wissen ist kontextgebunden – die Produktion von Wissen ist auf Urbanität angewiesen. Die Orte der Wissensproduktion zu entwickeln und zu vernetzen, die notwendigen Infrastrukturen hierfür

aufzubauen ist eine unverzichtbare kommunale Leistung. Die an der Produktion von hochwertigen Dienstleistungen und Wissen beteiligten Akteure haben besonders hohe Anforderungen an „weiche“ Standortqualitäten wie Kultur, Toleranz, Freizeit, Stadtbild, Freiräume und Umwelt.

Der Arbeitsmarkt hat zentrale Bedeutung für die Entwicklung der Städte. Die Produktion von neuer Arbeit findet vor allem in urbanen Zentren statt. Inkubatoren für Innovation sind eher in integrierten Stadtteilen als in Peripherien aufzufinden. Forschung und Entwicklung brauchen urbane Verhältnisse einerseits, regionale und internationale Vernetzung andererseits.

Für die Entwicklung und Konsolidierung von Stadtteilen in der Peripherie der Städte ist eine urbane Kultivierung anzustreben. Angebote für wohnungsnahen Arbeitsplätze und Dienstleistungen, die Gestaltung kommunikativer Orte, die Sicherung neuer Versorgungsformen können neue Formen von Stadtleben auch dort ermöglichen.

Unverzichtbar für die Qualität einer Stadt ist die Profilierung und Pflege ihrer baulichen, topografischen sowie naturräumlichen und strukturellen Besonderheiten. Erst durch ihre Unterscheidbarkeit gewinnen Städte Aufmerksamkeit, werden sie besondere Orte.

Stadtbaukultur entsteht aus Prozesskultur: Planung gewinnt Qualität im Dialog, in der Kooperation, im Wettbewerb der Ideen. Gemeinsame Lernprozesse aller Beteiligten machen den Wettbewerb zum unverzichtbaren Instrument für die Gestaltung von Stadtqualität. Stadtbaukultur ist eine Gemeinschaftsaufgabe der Zivilgesellschaft, der Politik, der Bau- und Immobilienwirtschaft und der Verwaltung.

Deutschland verfügt über ein besonders reiches baukulturelles Erbe. Dieser Reichtum an

historisch gewachsenen Städten und Stadtstrukturen ist eine gute Basis zur Herausbildung einzigartiger und wettbewerbsfähiger Standorte.

Die Perspektiven der europäischen Stadt liegen in der Kultivierung der städtischen Transformationsprozesse. Wenn die Gleichzeitigkeit von Ausbau und Rückbau die zukünftige Stadtentwicklung bestimmt, sind es letztlich die Städter, die mit ihrem Ideenreichtum, ihrer Courage und ihrem Engagement das größte Potenzial der Stadtentwicklung darstellen. Die Aufgeschlossenheit, Neugier und Begeisterungsfähigkeit der Städter könnte zu innovativen Aneignungsformen der Menschen in einer Stadt mit Flächenüberhängen führen. Die Stadtpolitik sollte sich aufgefordert fühlen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass leere Mietshäuser, Fabriken und brachliegende Flächen auch unkonventionell genutzt werden können. Diese kreativen Ansätze in einem innovativen Milieu zu bündeln, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Stadterneuerung.

Engelbert Lütke Daldrup

Perspektiven

Das Industriezeitalter führte teilweise zur Auflösung von Stadt und der Überwindung ihrer traditionellen europäischen Strukturmerkmale wie Dichte, Mischung, Fußläufigkeit, Mitte und Bürgerlichkeit. Räumliche Trennungen waren die Folge.

Diese Vision der Moderne hat ein historisch einmaliges Maß an Wohnraumversorgung, Mobilität, Komfort, Sicherheit und Gesundheit erreicht. Doch zugleich wurde die Stadt weitgehend ihrer Rolle und Bedeutung als Mittelpunkt, Kommunikationsmedium, gesellschaftliches Bindemittel, Identitätsträger, kurz: als Ort gemeinschaftlichen Handelns geschwächt.

Es sind die traditionellen Begabungen der Europäischen Stadt, die in Zukunft wieder neu gebraucht werden. In der Gründerzeit der Wissensgesellschaft ändern sich die Wertstrukturen des Raumes. Austauschbare Orte und banalisierter Städtebau werden die Verlierer sein.

Der Umbau und die Qualifizierung des Bestandes für die Bedürfnisse der Wissensgesellschaft sind die absehbaren Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte.

Die Europäische Stadt wird im 21. Jahrhundert wieder zum Motor der Entwicklung. Soziale Integration, ökologische Nachhaltigkeit, ökonomisches Wachstum und Stadtgestaltung bedingen sich gegenseitig.

Bei zunehmend rascher ausdifferenzierten Lebenslagen und Lebensstilen werden Toleranz und Chancengleichheit zu wichtigen Qualitäten und Standortfaktoren der Städte.

Eine auf die Produktion von Wissen angewiesene Ökonomie, an der Menschen unterschiedlicher kultureller und ethnischer Herkunft zu verschiedenen Zeiten an verschie-

denen Orten beteiligt sind, ist auf Standorte mit „inneren Werten“ fixiert.

Sie sind ausgestattet mit der Fähigkeit, Komplexität zu gestalten, Fliehkräfte zu verankern, den Zugang zu privaten und öffentlichen Dienstleistungen ohne ökonomische, soziale oder technische Barrieren zu gewährleisten. Stadt wird auf diese Weise erneut zum Synonym für Synergie.

Die modernen Informationstechnologien haben eine Zeitenwende eingeleitet, vergleichbar nur der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts. In diesem Umwälzungsprozess haben die großen Städte einen unschätzbaren Standortvorteil gegenüber den peripheren Regionen. Denn der Rohstoff der Wissens- und Informationsgesellschaft wird in den Zentren geschaffen und auf Grund der direkten Fühlungsvorteile meist auch dort in Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umgesetzt. Vor allem hier entstehen die Cluster der innovationsgeprägten Branchen. Hier herrscht die Atmosphäre von Innovation und Gründergeist, hier existieren die Voraussetzungen dafür, dass eine kritische Masse aus Wissenschaft, Unternehmen, Kapitalgebern zünden kann.

Volkmar Strauch



2. Ein nationaler Politikansatz für Stadtentwicklung – Ziele und Inhalte

Die Entwicklung der Städte steht unter einem maßgeblichen Einfluss bundespolitischer Rahmensetzungen. Das betrifft beispielsweise die Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik, aber auch den rechtlichen Rahmen der Stadtentwicklung. Gleichwohl vollzieht sich dieser bundespolitische Einfluss sozusagen „mit stiller Hand“ und unreflektiert.

Es fehlt an einer politischen Bündelung der diversen Politiken und Ressourcen, an einer Reflektion der Wirkungen und an politischen Festlegungen, was politisch für die Stadtentwicklung gewollt ist.

Das Memorandum will mit einem nationalen Politikansatz im Bereich der raumbezogenen Planung Optionen eröffnen.

- Stadt zum öffentlichen Thema machen: Als Folge der Föderalismusdiskussion verändert sich auch die fachpolitische Positionierung des Bundes. Stadtbezogene Fragestellungen auf Bundesebene werden analoge Politiken auf Landes- und Kommunalebene stärken.
- Investitionsmittel sichern: Mit einer öffentlichen Diskussion und verstärkter Wahrnehmung stadtbezogener Politiken auf Bundesebene vergrößern sich die Chancen, erforderliche Investitionsmittel langfristig zu sichern.
- Förderprogramme abstimmen: Auch auf Bundesebene müssen die verschiedenen öffentlichen Programme inhaltlich, zeitlich und räumlich besser aufeinander abgestimmt werden. Voraussetzung ist jedoch eine Verständigung über anerkannte fachliche Ziele und Handlungsschwerpunkte.
- Problembezogen und flexibel fördern: Diese Anforderung kann letztlich nur mit einem inhaltlichen Profil, einer schnellen Nutzung der Wissenschaftsinfrastruktur und einem intensiven Dialog der Planungsebenen umgesetzt werden.

- Überholte Arbeitsteilungen überwinden: Die Raumordnung wird kleinteiliger und die Stadtplanung immer europäischer. Die Trennung der raumbezogenen Konzept- und Handlungsebenen (Raumordnung / Landesplanung / Stadtplanung) verliert zunehmend an Plausibilität. In diesen Prozessen muss der Bund seine Position formulieren – auch im Hinblick auf einen Export deutscher Stadtplanungs-Expertise.

- Europäisch werden: Wenn immer mehr gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen auf europäischer Ebene entschieden werden, muss der Bund auch im Bereich der raumbezogenen Planung deutsche Interessen bündeln und einbringen. Im europäischen Integrationsprozess braucht die fachpolitische Position Deutschlands mehr Gewicht. Dazu bedarf es einer ausformulierten Politik. Das gilt auch im Hinblick auf die Akquisition europäischer Fördermittel und die Ausgestaltung von europäischen Finanzierungsinstrumenten.

- Folgen abschätzen: Eine nationale Stadtentwicklungspolitik muss die für eine nachhaltige nationale und europäische Wachstumspolitik (Lissabon-Strategie) unverzichtbaren Leistungen von Städten und Städtenetzen (Metropolregionen) in den Blick nehmen. Das setzt voraus, dass die räumlichen Auswirkungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen von Gesetzen und Förderprogrammen künftig besser berücksichtigt werden.

Mit dem in der aktuellen Grundgesetzreform eingeführten Artikel 104b fordert der Gesetzgeber eine vitale und dynamische Förderpolitik, die wiederum eine aktive und dynamische Stadtpolitik voraussetzt. Letztendlich formuliert das Grundgesetz damit eine neue Verantwortung für einen politischen Prozess, der sich auf die Aufgabenfelder, Prioritäten und Konsequenzen von Stadtentwicklung in Deutschland bezieht.

Stadtentwicklungspolitik auf nationaler Ebene ist viel mehr als Städtebaupolitik. Sie bewegt sich in einem komplexen Feld unterschiedlicher Interessen und quer zu zahlreichen Fach- und Kompetenzgrenzen. Nur mit einer integrierten und integrierenden, offenen Strategie kann Stadtpolitik wirksam und glaubwürdig sein.

Wenn die Städte zukunftsfähig bleiben wollen, dann müssen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft den Vierklang der Entwicklung von Ökonomie, Ökologie, Soziales und Kultur im Sinne einer dauerhaften Stabilität im Gleichgewicht halten: Es geht erstens um die Sicherung von Lebensqualität, wirtschaftlicher Entwicklung und Beschäftigung. Es geht zweitens um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Schonung der Naturressourcen. Drittens verlangt das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung die Sicherung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Und viertens die Erhaltung und Förderung einer lebendigen und differenzierten Kultur. Nachhaltige Stadtentwicklung heißt aber auch, Sicherung der inneren Sicherheit durch eine qualitativ hochwertige Stadterhaltung und Stadtbebauung, durch Schaffung sicherer Stadtquartiere sowie attraktiver Freizeit- und Kulturangebote, insbesondere für Kinder, Jugendliche und Familien.

Rolf Kreibich

Träger und Partnerschaften

Impulsgeber der Stadtentwicklungspolitik für Deutschland muss der Bund in seiner Verantwortung für eine einheitliche Raumordnungs-, Infrastruktur- und Stadtentwicklungspolitik im Bundesgebiet sein. Wegen der wachsenden Verflechtung mit der europäischen Politik arbeitet der Bund eng mit den europäischen Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission zusammen.

Anstoß und Koordination für eine neue nationale Stadtentwicklungspolitik gehen vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung aus. Die offene und integrierende Ausrichtung dieses Politikansatzes bietet darüber hinaus zahlreichen Ressorts der Bundesregierung Anknüpfungspunkte für strategische und projektbezogene Partnerschaften. Damit eröffnet sie die Chance, die traditionelle „Raumblindheit“ sektoraler Konzepte zu überwinden.

In der föderalen Struktur der Bundesrepublik mit ihrer vielfältigen Städtelandschaft ist eine enge Kooperation mit den Ländern für den Erfolg dieser Initiative unerlässlich. In den Ländern verbindet sich ein hoher Grad an raumbezogener Problemkenntnis mit aktiven Steuerungsinstrumenten.

Unverzichtbare Partner einer nationalen Stadtentwicklungspolitik sind schließlich die Städte und Stadtregionen als wirtschaftliche, soziale und kulturelle Impulsgeber. Städte sind Magnete für Investoren, Wissenschaftler und qualifizierte Arbeitskräfte. Die Stärkung der Städte und Stadtregionen und die Ausprägung eines großen Gestaltungsspielraums auf lokaler Ebene sind Grundvoraussetzungen für eine effiziente Stadtentwicklungspolitik. Erforderlich ist eine neue Verantwortungskultur, die Städte gemeinsam mit ihren Bürgern, der örtlichen Wirtschaft, den Bildungs- und Kulturträgern sowie anderen Akteuren wahrnehmen. In diesem Sinne

können vor Ort initiierte „Bündnisse für Urbanität“ einen wesentlichen Beitrag für eine starke Stadtentwicklungspolitik leisten. Vernetzt können diese Bündnisse Breitenwirkung entfalten und zu einer bürgernahen Stadtentwicklungspolitik beitragen. Kooperationen dieser Art sind dann erfolgreich, wenn sie aktuelle Problemlagen thematisieren und konkrete Aktivitäten auslösen („Wirtschaft übernimmt Verantwortung“, „Bessere Schulen im Stadtteil“, ...).

Stadtentwicklungspolitik kann nur erfolgreich sein, wenn Bürgerinnen und Bürger durch Aktionen, Ereignisse und Informationen erreicht und zur Mitwirkung motiviert werden. Über die formale Beteiligung hinaus will das Memorandum zu kreativen Formen der Mitwirkung inspirieren.

Nachhaltige Stadtentwicklung entsteht immer nur in der Zusammenarbeit aller für ein Problem bzw. für einen Raum relevanten Akteure. Deshalb muss die Initiative für eine nationale Stadtentwicklungspolitik Kammern, Verbände, Akademien und die Wissenschaft einbeziehen. Stadtentwicklungspolitik als aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik braucht eine neue Qualität des Zusammenwirkens von öffentlicher Hand und Wirtschaft.

Stadtentwicklung ist keine Aufgabe des Bundes, der Länder und der Kommunen alleine – sie geht alle an. Um sie wirksam werden zu lassen, bedarf sie der politischen Gestaltung und Koordination.

Zwei Ebenen einer nationalen Stadtentwicklungspolitik

Im Hinblick auf die geschilderten Rahmenbedingungen bietet sich an, die nationale Stadtentwicklungspolitik auf zwei Ebenen zu konkretisieren:

- Stadtentwicklung als Prozess der Weiterentwicklung und Qualifizierung: „Gute Praxis“.

Dieses Handlungsfeld betrifft die zentralen bundespolitischen Politikansätze im Bereich der raumbezogenen Planung, also vor allem die Gesetzgebung, die Verfahren und Inhalte der Städtebauförderung und die Gestaltung des nationalen Diskurses über Stadt. Dieser Handlungsbereich hat eine langfristige Perspektive und muss als kontinuierlicher Prozess mit dem Ziel einer nachhaltigen Stärkung von Städten und urbanen Strukturen angelegt werden. Grundbestandteil dieses Politikansatzes ist ein offenes Angebot für eine breite Allianz von Ländern, Städten, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Er verknüpft inhaltliche Arbeit im Vorfeld von Gesetzgebung und Förderprogrammen mit der Förderung herausragender und innovativer Projekte. Die Initiative setzt auf eine demokratische und föderale Verfahrenskultur und sichert die Qualität und Nachhaltigkeit ihrer Bausteine durch Transparenz, Wettbewerb und Kooperation.

- Kampagne „Für Stadt und Urbanität“

Diese Kampagne soll das öffentliche Bewusstsein für Optionen der Stadtentwicklung schärfen. Sie muss eine verständliche Vermittlung des komplexen Anliegens einer nachhaltigen Stadtpolitik leisten, ohne deren Inhalte zu banalisieren. Im Mittelpunkt steht der Versuch, das Bewusstsein für den Wert von Stadt und Urbanität zu stärken, individuelle Handlungsmöglichkeiten in urbanen Handlungsfeldern aufzuzeigen und Räume für das Engagement von Bürgern und Wirtschaft zu öffnen. Sie soll auch auf die Partnerländer

in der Europäischen Union ausstrahlen. Mit diesen beiden Ebenen sind zwei Seiten einer Medaille der Stadtentwicklung angesprochen: die kontinuierliche Weiterentwicklung erfolgreicher politischer Rahmenbedingungen auf der einen, die Kampagnen und aktuellen Initiativen auf der anderen Seite. Um erfolgreich zu sein, müssen Stadtentwicklungspolitik und die Kampagne

- groß genug angelegt sein: sie müssen öffentlich wahrgenommen werden,
- allen am Prozess der Stadtentwicklung beteiligten Gruppen eine Plattform der Diskussion und des Handelns anbieten,
- Bezüge zu gesellschaftlichen Problemen (Arbeitslosigkeit, Integration) herstellen und hier nach Lösungen suchen,

- Schwerpunkte auf bauliche und verfahrensbezogene Innovationen legen: Es geht darum, das Neue nicht nur zu denken, sondern es auch zu tun,
- neue Qualitäten einfordern: Jedes Projekt der Initiative muss im Sinne der Nachhaltigkeit langfristig wirksam sein und gleichzeitig besonderen Qualitätsanforderungen genügen,
- Referenzbeispiele generieren: Dabei müssen einprägsame, eigenständige Bilder entstehen, die für den „Stand der Profession“ stehen,
- bestehende erfolgreiche Politikansätze auf Bundesebene aufgreifen und einbeziehen. Das betrifft insbesondere die Initiative zur Baukultur, zur Sozialen Stadt, zum Stadtbau sowie zum kostengünstigen und qualitätsbewussten Bauen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Bei dem Versuch, Stadt zum öffentlichen Thema zu machen, geht es nicht um eine kritiklose Aneinanderreihung von Projekten und Initiativen, die möglichst spektakulär und populär sind. Es geht auch nicht um Dauerbespaßung oder eine Dauerwerbesendung. Denn Stadt ist ein soziales Projekt und eine kulturelle Errungenschaft, die keiner Werbung bedarf. Im Gegenteil: Gerade eine einseitige – und deshalb unglauwbwürdige – Herausstellung von positiven Eigenschaften im Sinne eines simplen Marketings dürfte Städten eher schaden als nutzen. Stadt zum öffentlichen Thema machen bedeutet, eine Basis und eine Grundstimmung für selbstbestimmtes bürgerschaftliches Handeln zu schaffen. Bürger und Besucher einer Stadt sollen in eine aktive Rolle und zugleich auf Augenhöhe mit solchen Akteuren gebracht werden, die sich professionell mit der Stadt beschäftigen oder die diese Stadt kommerziell nutzen wollen. Man kann es auch etwas grundsätzlicher ausdrücken. Vielleicht ist bürgerschaftliches Engagement ein individuell profilierendes Gegengewicht zu den generell nivelierenden Tendenzen der wirtschaftlichen Globalisierung. Es schafft Zuständigkeit und Handlungskraft in zunehmend anonymen städtischen Handlungsfeldern.

Ulrich Hatzfeld





3. Bausteine einer nationalen Stadtentwicklungspolitik: Gute Praxis

Analog zum Doppelcharakter der nationalen Stadtentwicklungspolitik beziehen sich die Vorschläge der Kommission auf die generelle Weiterentwicklung von Stadtentwicklungspolitik sowie auf die in diesen Rahmen einzuordnende „Kampagne“.

Weiterentwicklung von Stadtentwicklungspolitik auf Bundesebene

- Förderprogramme

Zu den Daueraufgaben der nationalen Stadtentwicklungspolitik gehört die Modernisierung und Weiterentwicklung der Förderprogramme auf nationaler Ebene (Sanierung und Entwicklung, Soziale Stadt, Städtebaulicher Denkmalschutz, Stadtumbau).

Diese Aufgabe hat methodische und inhaltliche Aspekte. Methodisch geht es in erster Linie um eine Effektivierung von Bundesfinanzhilfen, also um die Verbesserung der Ressortkoordination, um Monitoring und Controlling der Mittelverwendung, um ein verändertes Finanzmanagement sowie um eine Intensivierung des Erfahrungsaustausches. Inhaltlich steht die Frage einer Orientierung der Förderangebote an zukünftige Bedarfssfelder und Problemlagen im Vordergrund.

Im Bereich der Städtebauförderung stehen – auch angeregt durch die Föderalismusdiskussion – erhebliche Veränderungen bevor. In allen Förderprogrammen muss ein stringenter Problembezug öffentlicher Investitionen hergestellt werden: Es muss laufend geprüft werden, ob die sehr knappen öffentlichen Mittel tatsächlich schnell in die Bedarfsschwerpunkte fließen. Parallel dazu sind die Formen der öffentlichen Unterstützung (z. B. das Verhältnis von Darlehen und Zuschüssen oder von investiven und nicht-investiven Maßnahmen) zu untersuchen.

Die formale und inhaltliche Weiterentwicklung der Förderprogramme sollte in einem breiten fachpolitischen Diskurs erfolgen. Die Kommission schlägt in diesem Zusammenhang vor, in regelmäßigen Abständen eine bundesweite Konferenz durchzuführen mit dem Ziel, die Inhalte und die Verfahren der Städtebauförderung zu überprüfen. In dieser Konferenz sollten neben den fachlich zuständigen öffentlichen Stellen (Bund, Länder, Gemeinden) auch Wissenschaftler und Nicht-Regierungs-Organisationen zu Wort kommen. Zentrale Themen sollten immer die aktuellen und zukünftigen Handlungsfelder der Stadterneuerungspolitik sein.

Kulturelle (Vor-) Prägungen der zu entwickelnden Orte und Räume sollten eine starke Rolle bei der Ausrichtung der Förderprogramme erhalten, gerade mit Blick auf die (wachsende) kulturelle Vielfalt in den Städten und Stadtregionen, in denen Migration und demografischer Wandel erhebliche Auswirkungen haben.

Oliver Scheytt

- Integration von Politikbereichen

Neben einer Weiterentwicklung der Förderprogramme ist eine integrierte Betrachtung und zielgenaue Ausgestaltung aller Politikbereiche, die Auswirkungen auf die Stadtentwicklung haben, ein wichtiges Handlungsfeld der nationalen Stadtentwicklungspolitik. Bei einer sektoralen Optimierung geraten die oft durch komplexe Rückkopplungs- oder Kumulierungseffekte verstärkten Auswirkungen auf die Stadtentwicklung aus dem Blickfeld. Der Wirkungsgrad und die Nachhaltigkeit von Maßnahmen der Stadtentwicklungspolitik können durch „Nebenwirkungen“ anderer Politikbereiche wie z. B. der Steuerpolitik, der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik oder der Umweltpolitik beeinträchtigt werden.

Segregation ist kein Ausländer-, sondern ein Armutproblem. Die Konzentration von Einwanderern in von Armut und Arbeitslosigkeit geprägten Stadtteilen ist vor allem eine Folge der Segregation nach sozialer Lage. Zuwanderer sind in besonders hohem Maße von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Die räumliche Konzentration von Zuwanderern in bestimmten Quartieren ist oft nicht selbst gewählt, sondern Ergebnis von Zwängen und Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt.

Bettina Reimann

Integration betrifft nicht nur die ethnischen Quartiere. Jede Entscheidung in der Stadtplanung hat Auswirkungen darauf, dass Integration (ebenso wie Arbeit und Beschäftigung) ermöglicht, erschwert oder verhindert wird. Konkret heißt das zum einen: Die funktional vielfältigen Gebiete erhalten und in ihrer Lebensqualität entscheidend verbessern. Es heißt zweitens, die Wahlmöglichkeiten, Optionen und Alternativen entscheidend zu erhöhen, indem städtische Quartiere mit einer großen Offenheit für Vielfalt neu entwickelt werden. Die Erfahrungen aus der Tübinger Südstadt zeigen, wie groß das Interesse auch von Migranten ist, zu investieren, sich Eigentum zu schaffen und ein Gewerbe zu gründen. Schließlich heißt es, alles zu unterlassen, was Segregation – von Zugewanderten wie Deutschen – fördert.

Gabriele Steffen

- Urban Task Force

Best Practice-Beispiele der Stadtentwicklung gibt es nicht nur in Deutschland. Stadtentwicklungspolitik und Stadtplanung haben sich immer im internationalen Austausch von Ideen und Erfahrungen konstituiert.

Ein bemerkenswertes Beispiel in dieser Hinsicht ist die „Urban Task Force“ der britischen Regierung. Die Ergebnisse der Urban Task Force leiten die stadtentwicklungspolitischen Strategien der britischen Regierung.

Eine Initiative vergleichbar der britischen Urban Task Force sollte Best Practice-Beispiele darstellen und anschaulich aufschlüsseln, wie Strukturwandel positiv wirksam werden kann. Zum Beispiel: wie es gelingen kann, trotz ökonomischen Wachstums den Landverbrauch massiv einzudämmen; welche Methoden und Instrumente eine spürbare Aufwertung der Innenstadt als Wohnort generieren; wie „urban lifestyle“ städtebauliche Dichte attraktiv machen kann; wie „urban design“ als Impulsgeber für Stadterneuerung wirkt; wie Stadttagglomeration und ländlicher Raum ein ausgeglichenes Verhältnis finden können; wie die Bürgergesellschaft zum Motor des Strukturwandels werden kann, oder wie Synergien zwischen neuen ökonomischen Strukturen und traditionellen europäischen Stadtqualitäten gestaltet werden können.

In diesem Sinne ist die internationale Perspektive auch in Deutschland unverzichtbar. Die Arbeit einer deutschen Urban Task Force soll helfen, eine immer stärker wissenschaftsbasierte volkswirtschaftliche Wertschöpfung mit vorhandenen oder neu zu schaffenden Stadtqualitäten zu stimulieren. Ihre Botschaften könnten auf einer Messe weltweiter urbaner Best-Practice-Projekte – etwa parallel zur EXPO REAL als EXPO URBAN in München – präsentiert werden.

- Internet

Eine nationale Stadtentwicklungspolitik muss das bereits etablierte Medium des Internet als interaktive Kommunikationsplattform offensiv nutzen. Das Internet stellt eine Infrastruktur bereit, die Grenzen überschreitet und entscheidend zur Popularisierung einer bislang fachspezifisch geprägten Auseinandersetzung mit „Stadt“ beitragen kann. Für Experten und eine interessierte Öffentlichkeit bieten sich weitreichende Chancen der Vernetzung in der Ideen- und Konzeptentwicklung oder in der Bildung von Allianzen zivilgesellschaftlicher Akteure. Neue Darstellungstechniken wie „Google Earth“ versetzen selbst Laien in die Lage, komplexe städtebauliche oder stadtplanerische Zusammenhänge anschaulich zu erkennen. Mit Hilfe des Internet wird heute die Kommunikation auf kommunaler Ebene („Intelligentes Rathaus“) sowohl für Bürger wie für Bauherren und Planer immer selbstverständlicher von digital abrufbaren Informationen geprägt.

Auf nationaler Ebene sollte das BMVBS die Bausteine einer Stadtentwicklungspolitik und die Kampagnen netzgerecht aufbereitet kommunizieren, um neue Adressaten zu aktivieren. So sollte es zum Beispiel gelingen, Migrantengruppen in Deutschland, die in vielen Großstadtquartieren die Mehrheit der Bevölkerung im Stadtkern stellen, in ihrer Muttersprache anzusprechen und zum aktiven Engagement für ihre neue Heimat zu motivieren.

Die Transformation im urbanen Umfeld erfordert einen sich innerhalb der Architektur vollziehenden Wahrnehmungswandel. Die Ausstellung will die Neubewertung des noch vielen Architekten wenig attraktiv erscheinenden Aufgabenfeldes des Umbaus und der Umnutzung fördern. Die Thematisierung dieser Aufgaben soll aber nicht nur Resonanz in der Fachwelt, sondern auch im breiten öffentlichen Bewusstsein finden: Projekte der Umnutzung, des gesellschaftlichen Wandels und der Reprogrammierung städtischen Raumes, die den Erwartungen an eine reale Architektur des Alltags standhalten können. Durch flexibles Denken und Konzepte der Nachhaltigkeit zeigen diese Projekte neue Chancen der Architektur und des Stadtraumes auf.

Armand Grüntuch / Almut Ernst

Obwohl das Internet den Ortsbezug technisch überwindet, wollen die professionellen Anwender dieser Technologie der Stadt offensichtlich nicht den Rücken kehren. Vom Elfenbeinturm mancher Analytiker aus betrachtet, mag sich der urbane Raum verflüchtigen, in der Lebenswirklichkeit der modernen Wirtschaft scheint er eher an Bedeutung zu gewinnen. Ihre Unternehmen suchen eingebundene Standorte, die persönliche Kontakte, urbane Atmosphäre, kulturelle Angebote und Lebensqualität bieten. Dieses Bedürfnis können die Städte planerisch aufgreifen und in eine profitorientierte Stadtentwicklungspolitik übersetzen.

Franz Pesch

Die Kampagne „Für Stadt und Urbanität“

Die Kommission regt eine Kampagne an, die sich aus einer Vielzahl von Projekten, Initiativen, Kongressen, Veröffentlichungen, Ausstellungen und Partnerschaften zusammensetzt. Grundlage und Bezugspunkte dieser Kampagne sind die aktuelle Situation der deutschen Städte und Regionen in Europa und die auf diese Situation bezogenen politischen Zielaussagen, die zuletzt in der Entschließung des Bundestages „Stadtentwicklung ist moderne Struktur- und Wirtschaftspolitik“ niedergelegt wurden. Die Projekte und Initiativen der Kampagne sollen Ziele einer nachhaltigen und sozial verantwortlichen Stadtentwicklung konkret werden lassen und öffentlich zur Diskussion stellen. Die Elemente der Kampagne sollen die inzwischen immer deutlicher hervortretende „Renaissance der Städte“ unterstützen. Die Kampagne umfasst gleichermaßen

- investive Projekte (z. B. Stadt machen),
- diskursive Projekte (z. B. Stadtforen, Stadtentwicklung vor Ort),
- Beteiligungsprojekte (z. B. Wirtschaft übernimmt Verantwortung),
- explorative Aspekte (z. B. Zukunftslounges),
- Wettbewerbe und Ausstellungen (z. B. Städtebau-Ausstellung 2010, Deutscher Preis für Stadtentwicklung).

Das Spektrum der Aktivitäten wird – nach einem öffentlichen Projektauftrag zu Beginn der Kampagne – kontinuierlich weiterentwickelt. Über die Aufnahme von Projekten in die Kampagne entscheiden Gremien nach transparenten Kriterien.

Die Kommission stellt beispielhaft erste Projektvorschläge zur Diskussion, um zu illustrieren, wie eine Kampagne für Stadt und Urbanität inhaltlich strukturiert sein könnte.

• Stadt machen – Stadtplanung der Ergebnisse

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es – spätestens seit dem Jahre 1910 – eine Tradition von Bauausstellungen. Unabhängig vom jeweiligen Ort oder der thematischen Profilierung waren diese Bauausstellungen in der öffentlichen Wahrnehmung nahezu immer erfolgreich. Als Markt der Meinungen und Wertungen bieten Bauausstellungen eine Plattform, um den Stand der urbanistischen Diskussion kritisch zu würdigen, neue Lösungen zu propagieren und internationalen Erfahrungsaustausch anzuregen. In Bauausstellungen geht es fast immer um etwas Neues, sei es die kulturelle, technische, soziale oder ökologische Innovation oder sei es die neue gestalterische Haltung. Zu den Merkmalen von Bauausstellungen gehören:

- die zeitliche Konzentration. Jede Ausstellung hat einen klar definierten Anfang und ein Ende. Mit der Eröffnung schafft sie viele Anlässe und Bühnen für öffentlichkeitswirksame Inszenierungen – bleibt aber gleichzeitig auf den städtebaulichen „Alltag“ ausgerichtet.

Dass Urbanität bzw. städtische Kultur nicht allein das Ergebnis planerischer oder politischer Entscheidungen sein kann, entlastet freilich die Stadtpolitik nicht davon, zu prüfen, ob die Möglichkeiten ihrer Entfaltung eher beschränkt oder erweitert werden, wenn immer größere Teile der Stadt in großartigen Bauvorhaben privater Investoren verschwinden. Entscheidend dafür dürfte sein, welchen Platz der Bürger einer Stadt neben den Medien, Geld und Macht in der Gestaltung des städtischen Lebens einnehmen kann.

Hartmut Häußermann

- das Besondere, das Innovative und das Außergewöhnliche. Nicht selten gab es nach solchen Ausstellungen neue Orientierungen in der Architektur und im Städtebau.
- die Fokussierung der nationalen Städtebaudiskussion und des Medieninteresses auf aktuelle oder zukünftige Fachfragen.

Kurz: Die Bauausstellungen haben mit ihrer Fähigkeit, Aufmerksamkeit zu konzentrieren und den Gegenstand des Planens und Bauens zu inszenieren, regelmäßig zu einer Intensivierung der Fachdiskussion und einer Verstärkung der öffentlichen Wahrnehmung von Stadtentwicklung geführt.

Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, im Rahmen der nationalen Stadtentwicklungspolitik den Gedanken der Bauausstellung aufzugreifen und fortzuentwickeln. Dazu könnte in einem festen Zeitraum (5 bis 10 Jahre) eine festgelegte Zahl von städtebaulichen Projekten (100 bis 200) tatsächlich realisiert werden. Im Hinblick auf die Art der Projekte gibt es keine Vorgaben: es kann sich um bauliche Projekte oder vorbildliche Planungsverfahren handeln, um große und kleine Vorhaben, um Ideen für Agglomerationsräume oder für den ländlichen Raum. Gemeinsam ist jedoch allen Projekten und Vorhaben, dass sie im thematischen Umfeld von Stadt und Urbanität über besondere Verfahrens- oder Projektqualitäten verfügen. Jedes Projekt muss diese spezifischen Qualitätsmerkmale nachweisen und sich Wettbewerben und entsprechenden Qualifizierungsverfahren unterwerfen.

Es bietet sich an, Vorgaben zur inhaltlichen Schwerpunktsetzung der Projekte im Rahmen der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation (demografische Entwicklung, Alterung, Arbeitslosigkeit, Integration ...) zu entwickeln. Die zeitliche Begrenzung der Projekte verbindet sich mit dem Anspruch, die Projekte und die Stufen ihrer Realisierung öffentlichkeitswirksam zu inszenieren.

• Stadtforen – Reden über Stadt

Städte, ihr Wachsen oder ihr Niedergang, ihre Probleme und Chancen und die Bedingungen ihres Funktionierens waren allzu lange kein Gegenstand des öffentlichen Gesprächs. Eine solche Diskussion ist jedoch für ein verstärktes Engagement von Wirtschaft und Bürgergesellschaft in Fragen der urbanen Entwicklung unabdingbar. Um eine größere Aufmerksamkeit für den komplexen Gegenstand „Stadt“ zu erhalten, gibt es verschiedene kommunikative Ansätze:

- die Entwicklung „neuer Themen“ oder „neuer Partnerschaften“ in der Stadtentwicklung („Neuigkeitseffekt“),
- die Inszenierung öffentlichkeitswirksamer Ereignisse im urbanen Umfeld (Ausstellungen, Jubiläen, „Events“),
- das Aufzeigen und die Inszenierung überraschender Verbindungen zu anderen Themen (z. B. Klimawandel) oder
- die Verbindung urbaner Fragestellungen oder Entwicklungslinien mit bekannten Persönlichkeiten („Personalisierung“).

Fehlende Lern-Orte und zu geringe Qualifikationsmöglichkeiten belasten die Bildungssituation auf der Elbinsel. Die IBA Hamburg 2013 geht zusammen mit lokalen Initiativen und den zuständigen Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg in vielen Einzelmaßnahmen dagegen an – mit Investitionen und baulicher Phantasie. Durch bessere Bildung und mehr Sprachkompetenz soll auch die gesellschaftliche Integration der Elbinsel-Bewohner gestärkt werden. Zum IBA – Themenschwerpunkt „Internationale Stadtgesellschaft“ gehört auch die Frage, wie der öffentliche Raum so gestaltet werden kann, dass er die unterschiedlichen Kulturen und Ethnien möglichst gleichermaßen anspricht. Denn jeder hat, unabhängig von Herkunft und kultureller Prägung, dasselbe Recht auf Teilnahme am öffentlichen städtischen Leben.

Uli Hellweg

Konkret kann dies bedeuten, dass für die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements in der Stadtentwicklung die Ansichten eines Fußballstars, einer Theaterintendantin oder einer Krankenschwester wichtiger sein können als eine differenzierte und komplexe Fachdiskussion.

Ich würde mir wünschen, dass der Bund – über die ARD beispielsweise – ein spannendes Fernsehformat auflegt und zeigt, wie Städte historisch gewachsen sind, wo die Probleme herkommen. Natürlich muss man das heute erlebnisorientiert machen. Das ist der Punkt: Architektur, Städtebau, Gestaltung, das muss in die Herzen der Leute rein. Das erwarte ich mir von einer Urbanitätsdebatte – keine akademische Diskussion hinter verschlossenen Türen, wo Architekten und Ingenieurverbände das dann unter sich ausmachen. Die haben es bis heute nicht geschafft. Das ist ein Thema, das jeden angeht. Und was den internationalen Dialog angeht, würde ich dem Bundesminister empfehlen: machen Sie eine Staffel des europäischen Städteausstausches. Sorgen Sie dafür, dass der Dialog aufgenommen wird und setzen Sie das entsprechend medial um. Das könnte der Bund viel eher als wir, weil es die einzige Instanz ist, die das im gesamten Lande machen kann. Und das können ja dann die Kommunen aufgreifen. Wenn man hilft, Modelle dafür zu entwickeln, mediale Voraussetzungen schafft, dann hat man schon genug zu tun.

Andreas Grosz

Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, zusammen mit einem bundesweit agierenden Medienpartner eine öffentlichkeitsorientierte Diskussionsreihe zum Thema Stadt zu entwickeln. Dazu führt der Bundesminister öffentliche Gespräche mit bekannten Persönlichkeiten zu wechselnden Themen, die über einen Bezug zum Thema Stadt verfügen. Im Mittelpunkt stehen jeweils die persönlichen oder fachlichen Zugänge der Gesprächsteilnehmer.

Gesprächsthemen könnten z. B. sein:

- Stadt und Musik (mit einer berühmten Dirigentin / einem berühmten Dirigenten),
- Stadt und Leben im Alter (mit einem alten Menschen),
- Stadt und Markt (mit der Vorstandsspitze eines großen Stahlkonzerns),
- Stadt und Bewegung (mit einer bekannten Sportlerin / einem bekannten Sportler),
- Stadt und Computer (mit dem Vorstand einer Chipfabrik),
- Stadt und Familie (mit einer jungen Künstlerfamilie).

Die Gespräche sollten an unterschiedlichen Orten in der Bundesrepublik im Lebensumfeld des jeweiligen Gesprächspartners stattfinden und zu Medienformaten komprimiert werden. Städte, die als Ort der Gespräche ausgewählt werden, verpflichten sich, für die Weiterentwicklung des Themas Sorge zu tragen.

Eine Idee hatten Jürgen Flimm und ich im Januar. Dass wir die A 40 sperren lassen und einen Tisch von Dortmund bis Duisburg aufstellen lassen, zu dem alle kommen können. Als Fernsehmann habe ich gleich dieses Bild vor Augen: Du fährst mit einem Zeppelin in fünf Meter Höhe mit der Kamera vorbei und dieses Bild geht um die Welt, weil es einfach nie aufhört. Wenn du etwas über Integration symbolisch vermitteln willst, dann ist es dieser Tisch. Natürlich musst du solche Ausrufezeichen setzen.

Fritz Pleitgen

• Wirtschaft – Verantwortung für den Standort

Zu den häufig thematisierten Problemen der aktuellen Stadtentwicklung gehört das Nachlassen der Standortbindung von Betrieben. Ein häufiger Wechsel von Betriebsstandorten führt nicht nur zu erheblichen sozialen Problemen, sondern auch zur Entwertung der auf diese Betriebe bezogenen Infrastruktur. Unternehmen, deren lokale Bindung gering ist, sind nur selten für die Weiterentwicklung von Standorten zu gewinnen.

Andererseits suchen gerade die besonders dynamischen unternehmensbezogenen Dienstleistungsbetriebe urbane Milieus. Weiche Standortfaktoren wie urbane Atmosphäre und quartiersbezogener Lifestyle gewinnen seit geraumer Zeit an Bedeutung. In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass sich Großunternehmen und Banken in urbanen Fragen öffentlichkeitswirksam engagieren. Erstens soll im Rahmen der Kampagne für Stadt und Urbanität versucht werden, das Engagement und die Vorbildwirkung großer, überörtlich agierender Unternehmen in ihrer jeweiligen Standortgemeinde zu fördern. Zum Beispiel: erstens, ein großer Automobilproduzent engagiert sich in Kooperation mit einem Wohnungsunternehmen für die Entwicklung und Umsetzung eines vorbildlichen Wohngebiets. Ein Pharmakonzern leistet wesentliche Hilfestellungen bei der Weiterentwicklung der regionalen Sportinfrastruktur und unterstützt die interkommunale Zusammenarbeit. Die Post AG entwickelt für einen Stadtteil eine innovative Netzwerktechnik. Die Bahn AG könnte in einigen Städten vorbildhafte Nah-Mobilitätskonzepte unterstützen.

Die ThyssenKrupp AG realisiert in Essen auf einem innerstädtischen Areal von über 20 h ein völlig neues Quartier. Es wird kein abgeschlossenes Areal, sondern ein städtischer Erlebnisraum, der sich den Bürgern öffnet. Wir hoffen, dass das Quartier im schwierigen Norden Essens eine zusätzliche Entwicklung beflügelt. Die Stadtentwicklung steht durch gesellschaftliche Tendenzen wie zum Beispiel den demographischen Wandel, die Globalisierung, die Verankerung der Nachhaltigkeit auf der lokalen Ebene vor immer neuen Herausforderungen. All diesen Herausforderungen stellt sich auch der ThyssenKrupp Konzern mit seiner sozialen Verantwortung.

Ralph Labonte

Zweitens wären gesondert jene Bereiche der Wirtschaft einzubeziehen, die in besonders enger Weise mit der Stadtentwicklung verbunden sind, Arbeit vor Ort schaffen und einen erheblichen Anteil an der gesellschaftlichen Wertschöpfung haben (z. B. Wohnungswirtschaft, Versorgungswirtschaft und Bauwirtschaft). Vorstellbar wäre etwa die Unterstützung und öffentlichkeitswirksame Herausstellung

- eines beispielhaften PPP-Projektes, bei dem ein Unternehmen der Bauwirtschaft Verantwortung nicht nur für das Bauen, sondern für den gesamten Lebens- und Nutzungszyklus eines Gebäudes übernimmt,
- eines komplexen Stadtentwicklungsvorhabens, bei dem in besonderer Weise das stadtentwicklungspolitische und soziale Engagement von einem oder mehreren kooperierenden Wohnungsunternehmen zu erkennen ist,
- eines modellhaften Projektes, bei dem ein Verkehrsbetrieb und/oder ein Unternehmen der Ver- und Entsorgungswirtschaft nachhaltige Lösungen beim Neu- und Umbau der technischen Infrastruktur erproben.

Drittens sollte die Initiative jene Bereiche der Wirtschaft mit erfassen, die elementar mit der Stadtentwicklung verknüpft sind. Zum Beispiel: die klein- und mittelständischen

Betriebe, die zahllose stadtbedienende Funktionen erfüllen. Ausgangspunkt für ein förderwürdiges Projekt wäre der konkrete Stadtteilbezug, in dessen Kontext durch das kooperative Handeln vieler Akteure und Gemeinschaften Beispielhaftes geleistet wird.

Der demographische Wandel wird die Gewichte von Wachstum und Schrumpfung in Deutschland neu verteilen. Neben der Energie- und Klimafrage fordert er neue Gestaltungsinitiativen für das Leben in Stadt und Land, die Mobilität und Infrastruktur, die Wissenskultur und die Integrationspolitik.

Volker Hauff

• Zukunfts-Lounges

Wie kaum ein anderer Politikbereich muss Stadtentwicklungspolitik auf sich ständig ändernde Problemlagen und Chancenkonstellationen reagieren. Die Beschleunigung von Stadtentwicklungsprozessen erhöht die Notwendigkeit, systematisch Zielgruppen, Gegenstände und Instrumente dieses Politikansatzes zu überprüfen.

Im Bestreben, schnell und mit den richtigen Instrumenten und Verfahren zu reagieren, treten zuweilen die „langen Linien“ und die langfristigen Herausforderungen der Stadtentwicklung in den Hintergrund. Gleichwohl bedarf es jedoch gerade auf Bundesebene eines „weiten Blicks“, weil auf dieser Ebene vorrangig Entscheidungen vorbereitet und umgesetzt werden müssen, die einen eher langfristigen Charakter haben: Gesetze und Förderungsprogramme erreichen im Regelfall erst nach einer längeren Zeitperiode ihre Logik und Wirksamkeit.

Als ein Instrument, stadtentwicklungspolitische Optionen und Restriktionen frühzeitig zu erkennen, haben sich Expertengespräche „im kleinen Kreis“ und in öffentlichkeitgeschützter Atmosphäre bewährt. In solchen „Kamingesprächen“ geht es weniger um die Abfrage und Aufarbeitung vorhandenen Fachwissens. Vielmehr werden Persönlichkeiten aus verwandten Wissensbereichen wie der Geschichte, der Philosophie, der Geisteswissenschaften oder der Soziologie zu den maßgeblichen Trends, Optionen und Visionen der Stadtentwicklung befragt.

Vor diesem Hintergrund könnte ein Element der nationalen Stadtentwicklungspolitik darin bestehen, dass der zuständige Bundesminister an zwei bis vier Terminen im Jahr so genannte Lounge-Gespräche mit Experten führt. Diese Gespräche gewinnen ihren Wert durch eine exzellente inhaltliche Vorbereitung und die Besetzung mit hervorragenden Persönlichkeiten.

• Stadtentwicklungspolitik vor Ort

Stadtentwicklungspolitik wird erst in Diskussionen, Konflikten und Projekten „vor Ort“ lebendig. Sehr häufig fehlt jedoch die Verbindung zwischen Grundsatzfragen, die in Parlamenten und in Fachkreisen diskutiert werden, und konkreten Ausprägungen der städtebaulichen Praxis.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor, dass Abgeordnete des Bundestages in ihren Wahlkreisen Veranstaltungen zu jeweils aktuellen stadtentwicklungspolitisch relevanten Fragen durchführen. An diesen Veranstaltungen nehmen neben den örtlichen Verwaltungen auch Vertreter der Bundes- und Landesministerien teil, um den Informations-transfer sicherzustellen und erforderliche Schritte zur Lösung der diskutierten Fragen einzuleiten.

Stadtplaner, Architekten und Ingenieure sehen die Stadtentwicklung vor allem unter den Gesichtspunkten der Planung und des Baus von Gebäuden und Strassen. Das ist zu kurz gedacht. Bei der Entwicklung unserer Städte geht es um die gesellschaftliche Entwicklung, um soziale, ökologische und ökonomische Fragen, um Bildung und Kultur. Leider sind im Bund, in den Ländern, in den Landkreisen und Gemeinden die Ressorts, die sich mit diesen Fragen befassen, meistens säuberlich getrennt, und jedes Ressort entwickelt die Stadt so vor sich hin. Da ist eine integrierte Stadtentwicklungsplanung schwer zu erreichen.

Peter Conradi

• Stadt und Ökologie

Die Fortschritte im ökologischen Bauen und in der Entwicklung alternativer Energietechnologien sind unbestritten. Deutschland ist in vielen Fällen weltweit führend. Die Integration von Zielen des Städtebaus, der Stadt- und Regionalplanung und der Raumordnung in eine ökologisch nachhaltige Entwicklung ist dagegen weit weniger geglückt, wie die Entwicklungen des Flächenverbrauchs oder der Suburbanisierung zeigen. Die internationalen Vereinbarungen der Bundesregierung etwa zur Reduktion des CO₂ Ausstoßes und des Flächenverbrauchs verlangen daher neue Anstrengungen. Eine stadtentwicklungspolitische Antwort auf das Ende der Ära billiger Energie muss erst noch entwickelt werden.

Auf der Agenda einer nationalen Stadtentwicklungspolitik wird die Integration von ökologischen in baulich-räumliche Ziele hohe Priorität erhalten müssen. Zu diesem Zweck kann ein bundesweiter Wettbewerb um ein energie- und CO₂-neutrales Stadtquartier – etwa ein 'Umweltquartier' – ausgelobt werden.

Eine integrierte Siedlungs- und Mobilitätsentwicklung vom Quartier bis zur Stadtregion soll auf diese Weise in Bausteinen Schritt für Schritt modellhaft realisiert werden. Internationale Beispiele eines „green urbanism“ weisen in diese Richtung.

Man stelle sich vor, die Menschheit würde nur einzelne Häuser und individuelle Wege kennen – sie würde keine drei Tage überleben. Nur die großen Städte und Verkehrsachsen bieten mit ihren Skaleneffekten die Möglichkeit, Mensch und Umwelt zugleich zu schützen. Sie bieten auch jetzt den größten Hebel der Emissionsmäßigung. Was nutzt ein Null-Energie-Haus, wenn es flächenfressend in der Landschaft steht und neue Wegeaufwände nach sich zieht?

Gerd Held

Ökologische Stadtentwicklungspolitik ist nur mit breiter Unterstützung von Bürgern und Bauherren, Projektentwicklern und Investoren umzusetzen. Das BMVBS sollte jene Anstrengungen besonders fördern, die den „ökologischen Fußabdruck“ einerseits verkleinern und andererseits dazu beitragen, die Lebensqualität in der Stadt sichtbar zu steigern. Dabei wäre eine enge Zusammenarbeit mit dem Rat für Nachhaltigkeit der Bundesregierung wünschenswert.

In Zukunft müssen wir den vorherrschenden Trend zur ungezügelten Inanspruchnahme von Landschaft brechen. Das Ziel, nur noch 30 statt heute noch weit über 100 Hektar pro Tag für Siedlung und Verkehr zu verwenden, ist ein Symbol für die nachhaltige Stadtentwicklung, Energieeffizienz und die Qualität des Lebens.

Günther Bachmann

Die Debatte über Stadtentwicklung und ihre Parameter darf vor den Ausbildungsgängen nicht halt machen. Städtebau und Stadtplanung werden zu strategischer Entwicklungsarbeit, die konzeptionelle und gestalterische Arbeit mit Vermittlungs-, Überzeugungs- und Kooperationsarbeit verknüpft. Dazu ist entsprechendes Wissen nötig, Gestaltungswillen im weitesten Sinne und Persönlichkeit. Humor wäre auch nicht schlecht, Selbstronie noch besser.

Auch die Forschung ist hier immer wieder zur Rechenschaft zu ziehen: Planung ist eine Handlungswissenschaft, will die Wirklichkeit verändern. Es gibt zwar eine unübersehbare Anzahl ideengeschichtlicher oder normativer Forschungen. Es gibt aber kaum wirkungsgeschichtliche Analysen über Erfolge und Misserfolge von Planungen und städtebaulichen Projekten.

Wenn es darum geht, Stadt neu zu verstehen und eine neue Stadtentwicklungspolitik zu erörtern: dann müsste man in der Ausbildung und in der Forschung viel experimenteller versuchen, das disziplinäre Neuland zu vermessen.

Michael Koch

• Stadt und Wissen – Beiträge der deutschen Hochschulen

Kaum ein anderes europäisches Land verfügt über eine so ausdifferenzierte raumbezogene öffentliche Forschung und Lehre wie die Bundesrepublik. Das in wissenschaftlichen Zusammenhängen zusammengetragene Wissen von der Architektur bis zur Raumplanung, vom Städtebau bis zum 'Urban Management', von der Immobilienökonomie bis zur Urbanistik wird jedoch nur punktuell und sporadisch für die Planungspraxis genutzt. Eine systematische Aufbereitung und Pflege des um Stadtentwicklung gruppierten Wissensschatzes findet nicht statt. Ein Statement der Wissenschaft zu Notwendigkeit und Perspektiven der raumbezogenen Planung fehlt vollständig. Die Raumbblindheit insbesondere des ökonomischen, technologischen und gesellschaftspolitischen Diskurses ist eine unmittelbare Konsequenz.

Eine Kampagne für Stadt und Urbanität braucht wissenschaftliche Fundierung und das Engagement von Lehrenden und Studierenden. Das BMVBS sollte auf mehreren Ebenen aktiv werden. So könnte das vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement von Unternehmen, Stiftungen oder einzelnen Persönlichkeiten zugunsten von Hochschulen und Studierenden ausgezeichnet werden. Dies würde neues Engagement anregen. Als neue nationale Plattform der Hochschulen wird eine „Hochschulbiennale“ vorgeschlagen. Lehrende und Studierende werden aufgefordert, Ideen und Konzepte zu den Kernthemen der Kampagne „Für Stadt und Urbanität“ beizusteuern und öffentlichkeits- und medienwirksam zu vermitteln. So entstünde eine nationale und internationale Bühne der akademischen und der „jungen“ Perspektive auf Stadtentwicklung. Die Hochschulbiennale wäre zugleich die Plattform für einen produktiven Dialog zwischen Universität, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

• Deutscher Preis für Stadtentwicklung

Wettbewerbe sind im Hinblick auf Qualitätssicherung und Publizität wichtige Bausteine der Kampagne. Im Bereich Stadtentwicklung bestehen neben Preisen und Wettbewerben auf lokaler, regionaler oder Länderebene zahlreiche periodisch wiederkehrende oder einmalige Wettbewerbe auf nationaler Ebene. Keiner dieser Preise und Wettbewerbe findet allerdings über die jeweilige Zielgruppe oder die Fachwelt hinaus Aufmerksamkeit oder vermag es gar, bundesweit Themen zu setzen oder die politische Agenda zu beeinflussen.

Diese gewachsene Vielfalt ist in ihrer Breite und Verankerung bei den jeweiligen Zielgruppen ein Potenzial, das durch neu hinzukommende bundesweite Wettbewerbe nicht gefährdet, sondern verstärkt und ergänzt werden sollte. Dabei sind als Initiatoren bzw. Auslober dieser Ergänzungen in erster Linie das BMVBS zusammen mit den Partnern der nationalen Stadtentwicklungspolitik gefordert. Zwei ergänzende Strategien bieten sich an:

- Verbesserte Kooperation der Auslober (Bundesregierung, Spitzenverbände, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Stiftungen, Unternehmen u. a.): Abstimmung von jährlichen Rahmenthemen, gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, Dachmarke, Symposium der Preisträger.
- Ergänzung durch einen hochkarätigen nationalen Wettbewerb um den „Deutschen Preis für Stadtentwicklung“, der sich vor allem an Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Verbände, Vereine und Initiativen richtet und damit die Akteure der Zivilgesellschaft verstärkt in die Entwicklung von innovativen Konzepten und Projekten der Stadtentwicklung einbezieht.

Der „Deutsche Preis für Stadtentwicklung“ will Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern, Städten und Zivilgesellschaft zu einem öffentlichen Thema

machen und dazu auffordern, konkrete Herausforderungen vor Ort mit neuen Allianzen und neuen Formen bürgerschaftlichen Engagements anzugehen. Der jährliche Wettbewerb um diesen herausragenden Preis wird deshalb für innovative, experimentelle und konkrete Projekte ausgelobt. Sie sollen aktuelle soziale, wirtschaftliche, kulturelle, organisatorische und räumlich-bauliche Aufgabenstellungen der Stadtentwicklung aufgreifen. Dabei geht es nicht allein um die innovative Qualität des jeweiligen Produktes, sondern gleichgewichtig um die soziale und kommunikative Qualität des Planungs- und Realisierungsprozesses sowie des Trägerschaftsmodells.

Das Spektrum möglicher Projekte bzw. Handlungsfelder reicht von der Infrastruktur über den Wohnungsbau für besondere Zielgruppen und die Gestaltung von Standorten mit besonderer Qualität für zukunftsfähige Arbeitsplätze bis hin zu Stadterneuerung und Stadtumbau. Der Wettbewerb soll nicht sektorale Optimierungen prämiieren, sondern integrierte und mehrdimensionale Lösungen, die auch den jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Dabei geht es nicht nur um „Leuchtturmprojekte“ mit großem Investitionsvolumen, sondern auch um unspektakuläre Alltagsprojekte, nicht nur um Neubau, sondern gleichrangig um Rückbau, Umbau und Zwischennutzungen.

Für Studierende kann ergänzend zum gleichen Thema ein interdisziplinärer Ideenwettbewerb – z. B. im Rahmen der vorgeschlagenen Hochschulbiennale – ausgelobt werden.

Der Deutsche Preis für Stadtentwicklung wird durch den Bundespräsidenten verliehen. Eine Verknüpfung mit einem medienwirksamen nationalen Ereignis wie zum Beispiel dem Tag der Deutschen Einheit (und dessen reihum in den Landeshauptstädten stattfindenden Feiern) kann den herausgehobenen Anspruch des Wettbewerbs unterstreichen.

- Zielgruppenorientierte Wettbewerbe

Neben dem dauerhaft einzurichtenden „Deutschen Preis für Stadtentwicklung“ sind, verknüpft mit dem „Bündnis für Stadtentwicklung“, eine Reihe weiterer temporär begrenzter Wettbewerbe zur Verbreiterung der öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema Stadtentwicklung denkbar:

- Ein Wettbewerb für die mediale Vermittlung der Stadtentwicklungspolitik für Deutschland unter dem Titel „Stadtbilder-Stadttexte“: Journalisten von Print- und elektronischen Medien, Filmemacher und Fotografen können sich unter jährlich wechselnden Themen mit (veröffentlichten) Arbeiten bewerben.
- Eine zweijährige Anzeigenkampagne der Bundesregierung unter dem Motto „Stadt ist...schön“ zu Initiativen und Projekten der Stadtentwicklungspolitik.

Zwei Jahre lang werden wöchentlich mit jeweils neuen Motiven und dem themenbezogen variierten Slogan („Stadt ist...bunt“, „Stadt ist... Heimat“ usw.) großformatige Anzeigen in Magazinen und Wochenzeitungen geschaltet. Das abstrakte Thema Stadtentwicklungspolitik bekommt durch diese Anzeigenserie konkrete Bilder und Orte sowie durch die Personalisierung ein Gesicht. Städte, Vereine, Bürgerinitiativen, Kammern, Verbände, Bauherren, Unternehmen, WissenschaftlerInnen, PlanerInnen – also alle Akteure der Stadtentwicklungspolitik – können sich mit einem konkreten, in der Umsetzung befindlichen innovativen Projekt für die Aufnahme in die Kampagne bewerben. Eine Jury wählt die Motive für das kommende Quartal aus. Es geht dabei nicht nur um Gebautes, sondern auch um kommunikative, wissenschaftliche, soziale oder wirtschaftliche Projekte, die die Stadt stärken und ihre Zukunft sichern.

Die Ergebnisse des Medienwettbewerbs und die Motive der Anzeigenkampagne ergeben als Ausstellung, Buch oder Kalender zusammengefasst ein anschauliches Kompendium der Stadtentwicklungspolitik in Deutschland und einen Reiseführer zu ihren Schauplätzen. Kurze Fernsehfilme zu den einzelnen Projekten können eine Serie im Vorabendprogramm bilden. Im Internet können auf einer Homepage Hintergrundinformationen, aktuelle Weiterentwicklungen und Kontakte zu den einzelnen Projekten eingestellt werden.

Mehr denn je ist die Zivilgesellschaft gefordert, sich in allen nur erdenklichen Formen einzumischen, in einen kontinuierlichen Dialog zu treten mit den Entscheidungsträgern von Politik und Wirtschaft. Zu den immer mehr verengten Strukturen, der Distanzierung zwischen „dem Staat“ und seinen Bürgern bietet „die Kultur“ den Raum, in dem das kreative Potential der Zivilgesellschaft aktiv und sichtbar werden kann: Kultur, nicht nur verstanden in ihren künstlerischen Formen und Projekten, sondern im weitesten Sinne als Möglichkeit des Ausdrucks menschlicher Werte, als ein Angebot des Verstehens, der Toleranz, des Begreifens des „Anderen – Fremden“. Diese Kraft muss von den Akteuren der Kultur – der Kunst als Chance aber auch als Verpflichtung verstanden werden. Dafür aber ist der Raum notwendig – nicht abgedrängt am Rand, sondern in der Mitte der Gesellschaft – im Zentrum der Stadt.

Nele Hertling

• Stadt-Land-Dialog, Innovationsbörsen

Kooperation über die Stadtgrenzen hinaus spielt nicht nur in Metropolregionen eine immer wichtigere Rolle bei der Sicherung zukunftsfähiger räumlicher Entwicklungen und einer bedarfsgerechten und bezahlbaren Infrastrukturausstattung. Innerhalb von Stadt- und Metropolregionen leisten Zwischenräume und Randbereiche einen wichtigen Beitrag zur Qualität der gesamten Region – etwa für die verbrauchernahen Lebensmittel-Produktion, für die Energieerzeugung aus nachwachsenden oder erneuerbaren Quellen oder für die Naherholung, für den Tourismus und den ökologischen Ausgleich.

Auf einer größeren Maßstabebene haben weit von Verdichtungsräumen entfernt liegende ländliche Räume wichtige komplementäre Aufgaben. Zugleich sind sie oft von Alterung und Abwanderung der Bevölkerung besonders betroffen. Infrastruktur mit vertretbarer Erreichbarkeit lässt sich dezentral nur durch neue, zum Teil mobile, Betriebs- und Organisationskonzepte unter Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement gewährleisten. Gefragt sind Innovationen in allen Bereichen der technischen und sozialen Infrastruktur. Dabei sollten auch die Erfahrungen aus wesentlich dünner besiedelten europäischen Ländern genutzt werden.

Ausgehend von dem auch in den Leitbildern der Raumordnung verankerten Modell der „Verantwortungsgemeinschaften“ sollen im Rahmen des Stadt-Land-Dialogs Projekte angestoßen werden, in denen von Städten und Universitäten mit ländlichen „Paten-Gemeinden“ oder „Paten-Landkreisen“ konkrete Innovationen für eine nachhaltig tragfähige Infrastrukturausstattung, für nachhaltige Mobilität, für die Stärkung ländlicher Zentren und für bürgerschaftliches Engagement entwickelt werden; diese Erfahrungen könnten dann auf Innovationsbörsen ausgetauscht werden.

Begleitende Ausstellungen, thematische Feste, Fachveranstaltungen und Exkursionsangebote fördern das wechselseitige Kennenlernen der Bürgerinnen und Bürger aus Stadt und Land über touristische Besuche hinaus. Durch Ausbau der Direktvermarktung regional produzierter Lebensmittel und andere auf den Alltag bezogene Aktionen kann der abstrakte Begriff der regionalen Verantwortungsgemeinschaft mit Leben gefüllt werden.

Noch vor ihrem Ablauf stand die IBA Emscher Park Pate für das außergewöhnliche Landesprogramm „REGIONALE – Kultur- und Naturräume“. Mit diesem Strukturprogramm stellt das Land Nordrhein-Westfalen seinen Regionen ein europaweit einzigartiges Entwicklungsinstrument zur Verfügung. Es versucht, die Identitätsfindung, die Kooperationsbereitschaft und den gemeinsamen Willen zur Gestaltung des Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsraumes in den einzelnen Regionen des Landes zu stärken. Dies setzt voraus, dass in den Regionen ein Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit, ein gemeinsamer Gestaltungswille entwickelt wird. Ziel des Programms der REGIONALE ist daher die profilierte Entwicklung der Regionen des Landes.

Kunibert Wachten

• Städtebau-Ausstellung 2010

Im Jahr 2010 jährt sich zum 100. Mal eines der bedeutendsten internationalen Städtebau-Ereignisse des 20. Jahrhunderts: die Städtebau-Ausstellung Berlin 1910. Diese Ausstellung präsentierte nicht nur die Ergebnisse des Wettbewerbs für Groß-Berlin, sondern auch modellhafte Lösungen anderer Städte in Europa und den USA. Sie fand ein großes Interesse in der Öffentlichkeit und wurde außerdem international breit reflektiert. Mit der großen Ausstellung in Berlin 1910 hatte sich das Fachgebiet „Städtebau“ international durchgesetzt und etabliert. Die Ausstellung wanderte im gleichen Jahr noch nach Düsseldorf.

Anlässlich des Jubiläums sollte eine Städtebau-Ausstellung 2010 vorbereitet werden. War vor 100 Jahren die Berliner Ausstellung ein wegweisendes Ereignis für die städtebauliche Ordnung der explodierenden Industriestadt, so steht heute die nachhaltige Ordnung der Stadtregion auf der Tagesordnung. Der Blick zurück muss durch einen Blick nach vorne erweitert und zugespitzt werden. Der Rückblick argumentiert nicht rein historisch, sondern bereichert durch eine neue Interpretation die gegenwärtige Debatte um Städtebau und Stadtentwicklung. Der aktuelle Teil thematisiert die gegenwärtigen und künftigen Aufgaben des Städtebaus und der Stadtentwicklung am Beispiel deutscher und ausländischer Städte und Stadtregionen.

Wünschenswert wäre – wie 1910 – eine Wanderung der Ausstellung von Berlin nach Düsseldorf. Es wäre auch sinnvoll, das Ausstellungsjahr 2010 an weiteren Orten durch zusätzliche Projekte zu dezentralisieren: Hamburg, München, Frankfurt/M., Dresden etc. Von Bedeutung könnte eine thematische Brücke zur Kulturhauptstadt Essen und dem regionalen Umbau einer Industrieregion durch die IBA EmscherPark (1990-2000) und ihre Nachfolger sein.

Kein anderes Land verfügt über ein derart reiches und gut erschließbares „Archiv“ an Erfahrungen und Innovationspotenzialen wie Deutschland mit einer mehr als einhundertjährigen Geschichte internationaler Bauausstellungen. Dieser säkulare baukulturelle Lernprozess ist nicht nur die Grundlage für kommende Bauausstellungen, sondern kann auch als internationaler Export von Erfahrungen und know how genutzt werden.

Wolfgang Roters

Städtebau soll als wichtiges kulturelles, wirtschaftliches, ökologisches, politisches und wissenschaftliches Themenfeld mit internationaler Perspektive in der öffentlichen Debatte gestärkt werden. Das Jahr 2010 kann dafür eine ideale Plattform bilden. In diesem Jahr bündeln sich wichtige Ereignisse wie 100 Jahre Städtebau-Ausstellung in Berlin und Kulturhauptstadt Essen. Der Blick zurück wird durch einen Blick nach vorne erweitert. Die Ausstellung umfasst zwei etwa gleich große Teile.

Die Städtebau – Ausstellung 1910 argumentiert nicht rein historisch, sondern bereichert durch eine neue Interpretation die gegenwärtige Debatte um Städtebau und Stadtentwicklung. Die Städtebau – Ausstellung 2010 thematisiert die gegenwärtigen und künftigen Aufgaben des Städtebaus und der Stadtentwicklung am Beispiel deutscher und auswärtiger Städte bzw. Stadtregionen.

aus dem Exposé Städtebau-Ausstellung
1910 / 2010





4. Schritte zur Umsetzung

Die Einführung einer nationalen Stadtentwicklungspolitik für Deutschland ist ein Prozess, den möglichst alle Akteure der raumbezogenen Planung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene gestalten. Das betrifft auch die Fachpolitik mit dem Ziel, ressortübergreifende Aspekte von Beginn an zur Geltung zu bringen. Verbände und Vereinigungen sowie Initiativen für eine neue gesellschaftliche Verankerung von Bau- und Planungskultur sind einzubeziehen.

Am Anfang einer neuen nationalen Stadtentwicklungspolitik muss ein Bekenntnis aller Projektpartner zu den Zielen und Inhalten dieses Politikansatzes stehen. Dies soll mit diesem Memorandum unterstützt werden.

Im Mittelpunkt der Startaktivitäten einer nationalen Stadtentwicklungspolitik sollte ein von allen Projektpartnern getragener Kongress unter Einbeziehung der höchsten Repräsentanten der beteiligten Organisationen stehen. Im Rahmen dieser öffentlichkeitsorientierten Veranstaltung sollten die Grundlagen (zum Beispiel das Memorandum), die wesentlichen Handlungsbereiche und die ersten Projekte der Kampagne diskutiert und beschlossen werden.

Mit dem Ziel, die Glaubwürdigkeit der Kampagne sicherzustellen, schlägt die Kommission eine Gesamtlaufzeit von 10 Jahren vor. Als erster „Inszenierungshöhepunkt“ bietet sich das Jahr 2010 an (Städtebauausstellung 2010, 20 Jahre Wiedervereinigung ...).

Als beteiligungsorientiertes Projekt bedarf die Kampagne einer Steuerungsstruktur, die viele Anschlussmöglichkeiten für andere (vor allem auch private) Partner oder Organisationen anbietet. Für die generelle Steuerung und für repräsentative Aufgaben sollte ein Kuratorium unter Vorsitz des Ministers gebildet werden. In das Kuratorium werden vor allem Repräsentanten der betroffenen Fachkompetenzen berufen. Ferner sollten fachlich profilierte

Einzelpersonlichkeiten auf Zeit in das Kuratorium berufen werden.

Die Glaubwürdigkeit und die Effektivität der nationalen Stadtentwicklungspolitik steigen in dem Maße, in dem sie auch Plattform für eine lebhaftere nationale Debatte über Ziele, Gegenstände und Strategien von Stadtentwicklungspolitik in Deutschland sind.

Statt darauf zu warten, dass sich der Bund oder die Länder über die Kosten für die überfällige Bildungsreform einigen, sollten die Städte kostenträchtige Prestige-Projekte zurückstellen und energisch den Aus- und Neubau von Kindertagesstätten und Ganztageschulen, die verbesserte Aus- und Fortbildung von Frauen und Männern in den Erziehungsberufen und den Einsatz von Jugendsozialarbeitern angehen. Im Wettbewerb der Städte um gut ausgebildete, junge, zahlungskräftige Einwohner wird zukünftig weniger das Angebot an aufwändigen Unterhaltungsevents als die Angebote eines gut ausgebauten, zeitgemäßen Bildungswesens für die kommenden Generationen eine Rolle spielen.

Peter Conradi

Wenn sich in der Großstadt Quartiere entwickeln, in denen die Chancen der Teilhabe an einem „normalen gesellschaftlichen Leben“ praktisch gegen Null gehen, besteht dringender politischer Handlungsbedarf. Es geht dann nicht mehr um die Frage, ob die Intervention modernisierungstheoretisch begründet wird oder ob evtl. schützenswerte Biotope einer distinkten Kultur angegriffen werden – vielmehr geht es um die Herstellung von Chancengleichheit. Mit dieser Forderung ist aber noch nicht entschieden, ob die Lebensbedingungen und Lebensweisen in einem Problemviertel möglicherweise als eine Subkultur mit eigenem Recht beschrieben werden können. Eine solche Position mag für die heute dort lebenden Erwachsenen vertretbar erscheinen, nicht jedoch für die Jugendlichen und Heranwachsenden, die in dieser Umwelt sozialisiert werden – so das starke Argument in der Diskussion über eine „Armutskultur“.

Hartmut Häußermann

Mitglieder der Expertengruppe zur Konstituierung
einer nationalen Stadtentwicklungspolitik

Prof. Dr. Klaus Beckmann
Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik

Prof. Dr. Harald Bodenschatz
Sprecher des Schinkel-Zentrums für Architektur, Stadtforschung und
Denkmalpflege der TU Berlin

Prof. Wolfgang Christ
Bauhaus-Universität Weimar

Dr. Ulrich Hatzfeld
Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Bernd Hunger
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und
Immobilienunternehmen e.V.

Prof. Dr. Michael Krautzberger
Deutsche Stiftung Denkmalschutz,
Vizepräsident der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung

Folkert Kiepe
Deutscher Städtetag

Norbert Portz
Deutscher Städte- und Gemeindebund

Rudolf Raabe
Vorsitzender der Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz

Stephan Reiß-Schmidt
Landeshauptstadt München

Prof. Christiane Thalgott
Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München a. D.,
Präsidentin der Akademie für Städtebau und Landesplanung

Prof. Julian Wékel
Technische Universität Darmstadt

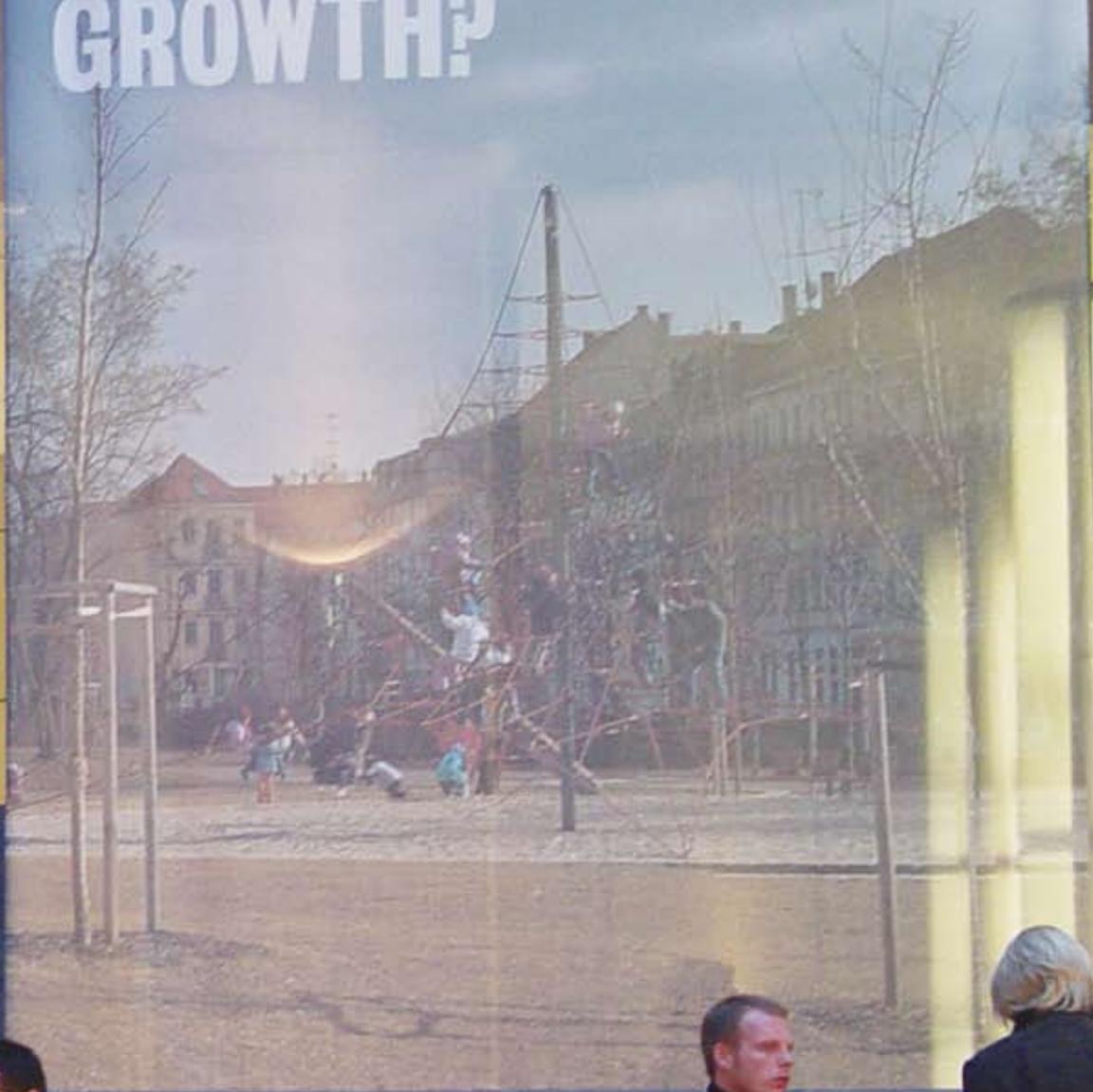
Prof. Peter Zlonicky
Büro für Stadtplanung und Stadtforschung, München



**NEW YORK
IS ALMOST
ALRIGHT?**



GERMAN CITIES SUCCESS BEYOND GROWTH?









Thematische Vertiefungen

1. Städte in Deutschland – Herausforderungen für die Stadtentwicklung	53	3. Akteure für Stadt und Urbanität	83
• Zukunftsperspektiven einer nationalen Stadtentwicklungspolitik Rolf Kreibich	53	• Stadtpolitik ist Investitionspolitik und Wirtschaftsförderung Bernd Hunger	83
• Renaissance der Stadt in der Wissensgesellschaft Dieter Läßle	57	• Die Chancen einer aktivierenden Wirtschaftspolitik. Städte als Knotenpunkte der Wissensgesellschaft Volkmar Strauch	85
• Die Europäische Stadt – ein taugliches Leitbild für die Stadtentwicklung? Peter Zlonicky	59	• Zukunftskonzepte für den Handel Lovro Mandac	86
• Die Europäische Stadt – Auslaufmodell oder Kulturgut und Kernelement der Europäischen Union? Folkert Kiepe	63	• Engagement für die Stadt Ralph Labonte	88
• Lebendige Stadt, belebte Stadt oder inszenierte Urbanität? Hartmut Häußermann	67	• Netzwerke für die Stadt Andreas Grosz, Interview	89
• Zuwanderung verändert Deutschland. Herausforderung für Politik und Planung Andreas Kapphan	71	• Strukturwandel und Kultur Oliver Scheytt	92
2. Qualifizierung der Stadtentwicklung – Gute Praxis	73	• Kunst und Zivilgesellschaft Nele Hertling	95
• Plädoyer für eine integrierte Stadtentwicklung Peter Conradi	73	4. Schritte zur Umsetzung	97
• Freiräume Erika Spiegel	75	• Die Städte schaffen Integration Christian Ude	97
• Denkmalschutz und bürgerliches Engagement Michael Krautzberger	77	• Stadtentwicklungspolitik auf Bundesebene? Gerd Schmidt-Eichstaedt	99
• Stadt. To whom it may concern. Marta Doehler-Behzadi	78	• Europa braucht starke und lebenswerte Städte und Gemeinden Roland Schäfer	101
• Nationale Stadtentwicklungspolitik in europäischen Nachbarländern. Mobilität. Pierre Laconte, Interview	79	• Europäischer Dialog Julian Wékel	102
		• LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt – Auszüge	102



Thematische Vertiefungen

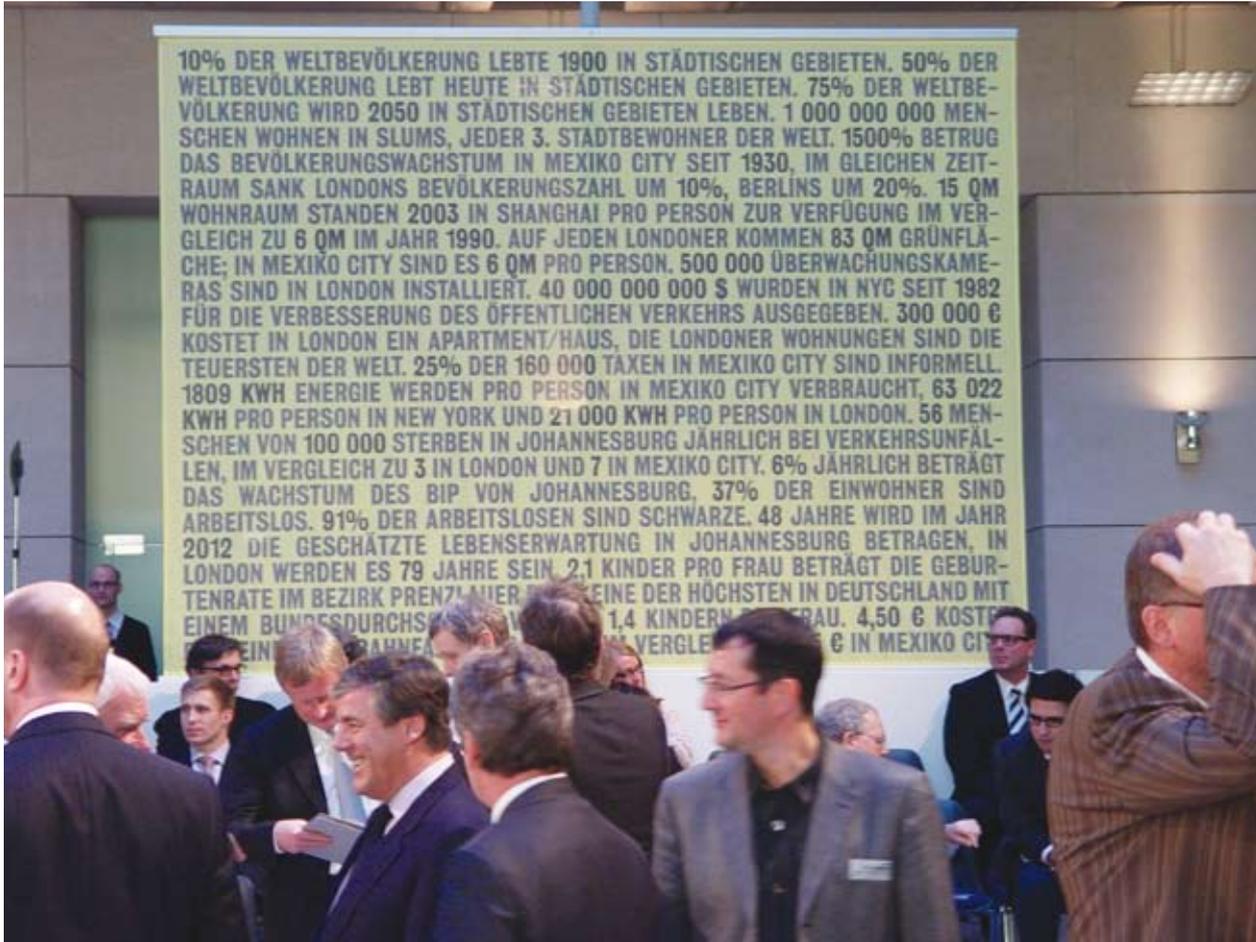
Nach der Erarbeitung des Memorandums habe ich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens um Statements gebeten. Die Texte sind neu geschrieben, als Zusammenfassungen zeitnaher Beiträge oder als kurzes Ergebnis längerer Gespräche wiedergegeben. Sie klären Begriffe, setzen Akzente – sie haben nicht den Anspruch einer umfassenden Vermittlung von Stadtentwicklungspolitik. Die Texte dieses Abschnitts orientieren sich jedoch an den zentralen Themen des Memorandums:

- an den Herausforderungen für die Städte,
- an der nachhaltigen Wirkung des Modells der Europäischen Stadt,
- an der Bedeutung urbaner Räume,
- an guter Praxis in Deutschland und in anderen Ländern,
- an der Beteiligung städtischer Akteure aus Wirtschaft und Kultur und
- an Fragen einer Umsetzung.

Die Auswahl der Texte – wie auch der dem Memorandum zugeordneten Statements – habe ich allein zu verantworten. Die Fotos haben ein gemeinsames Thema: Leben im urbanen Raum. Sie sind alle in den letzten Jahren entstanden. Sie sollen auch ohne Bildunterschriften zu lesen sein, aber es gibt Hinweise im Anhang.

Ich danke allen Autoren für ihre spontane Bereitschaft, Themen des Memorandums aufzunehmen und eine inhaltliche Vertiefung zu ermöglichen. Und ich danke Herrn Dr. Hatzfeld und Herrn Dr. Weigel für ihre kollegiale Beratung und Unterstützung.

Peter Zlonicky



1. Städte in Deutschland: Herausforderungen für die Stadtentwicklung

Zukunftsperspektiven einer nationalen Stadtentwicklungspolitik
Prof. Dr. Rolf Kreibich

Die Welt ist zunehmend eine städtische Welt. Zum ersten Mal in der Entwicklung der Menschheit lebt die Mehrheit der Weltbevölkerung in Städten.

Die Städte ziehen offenbar weiterhin magisch an, weil sich die Menschen hier bessere wirtschaftliche Chancen, die Beteiligung an mehr Bildung, Qualifizierung und Arbeit, ein offeneres menschliches Zusammenleben, geringere soziale Kontrolle und Teilhabe an der Entwicklung von Technik, Freizeit und Kultur versprechen. Die städtische Lebensform verspricht größere Entfaltungs- und Innovationspotenziale und wird sowohl Heimstatt für Flexible und Kreative, aber auch Zufluchtsort sozial unterprivilegierter Menschen, die hier noch Entwicklungschancen erhoffen.

Die Städte sind weltweit die Brennpunkte der wissenschaftlich-technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen. In ihnen bündeln sich nicht nur die Folgen der Bevölkerungsentwicklung in den Industrieländern, sondern auch die Folgen der Technisierung, der Globalisierung, der Individualisierung und Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Das sind Schlagworte, die aber alle eine tiefgreifende Bedeutung für die Zukunft der Stadtentwicklung haben.

Seit der Verabschiedung der Agenda 21 auf der Rio-Konferenz der Vereinten Nationen 1992 – dem Aktionsprogramm der internationalen Staatengemeinschaft für das 21. Jahrhundert – ist aber deutlich geworden, dass eine integrative Lösung der großen Probleme unserer Städte am ehesten durch eine „nachhaltige Entwicklung“ möglich erscheint. Das Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ ist für die Städte die erfolgversprechendste Zukunftsperspektive, weil die Vision der „Nachhaltigen Stadt“ konsequent darauf ausgerich-

tet ist, alle relevanten Dimensionen der gesellschaftlichen Entwicklung einzubeziehen, die für die Zukunftsfähigkeit der Stadt, nicht nur für die gegenwärtige, sondern auch für die nachfolgenden Generationen maßgebend sind. Das sind die ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Entwicklungsparameter der Stadt in ihrer Vernetzung und Einbettung in globale Entwicklungstrends und Handlungsnotwendigkeiten.

Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung ist unter den heutigen Bedingungen die plausibelste, reale Zukunftsvision, weil sie sowohl auf die großen Herausforderungen zukunfts-fähige und realistische Antworten gibt und im Hinblick auf umsetzbare Strategien und Maßnahmen machbar ist. Ein darauf aufbauendes Zukunftskonzept ist auch deshalb vernünftig, weil es viele Gewinner und nur wenige Verlierer hat und auf einem hohen gesellschaftlichen Konsens aufbauen kann. Schon heute wird es von vielen Menschen, besonders auf lokaler Ebene in den Städten und Gemeinden, aber auch in Pionierunternehmen, in Bildungseinrichtungen, Netzwerken, Organisationen, Verbänden und Familien zumindest ansatzweise umgesetzt. Das Konzept hat zudem den hohen Eigenwert, dass es von der internationalen Staatengemeinschaft durch die Deklaration von Rio de Janeiro und die Agenda 21 prinzipiell anerkannt ist und von der Europäischen Union im Vertrag von Amsterdam und dem Konzept von Göteborg festgeschrieben wurde. Danach soll sich jede europäische Politik an einer nachhaltigen Entwicklung orientieren. In Deutschland wurde das Leitkonzept der nachhaltigen Entwicklung durch den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung, die Ministerpräsidenten der Länder und zahlreiche Kommunen, durch die Verpflichtung auf die Agenda 21, ebenfalls prinzipiell anerkannt.

Schließlich hat die Bundesregierung selbst die „Nationale Nachhaltigkeitsstrategie – Perspektiven für Deutschland“ und den

Fortschrittsbericht 2004 als Grundlagen ihrer Politik verkündet. In den „Perspektiven für Deutschland“ werden detaillierte Schritte und Maßnahmen dargelegt, wie Deutschland und die deutschen Städte ökonomisch, sozial und ökologisch zu erneuern und zukunftsfähig zu machen sind. Unter dem Leitziel „Generationengerechtigkeit“ werden Maßnahmen zur Ressourcenschonung, zum Klimaschutz, zur Nutzung erneuerbarer Energien, zur Verringerung der Flächeninanspruchnahme, Erhaltung der Artenvielfalt, Verringerung der Staatsverschuldung, zur Förderung von technischen und sozialen Innovationen und zur Bildung und Forschung konkret und durch Benennung quantitativer Ziel- und Zeitperspektiven benannt.

Unter der Leitperspektive „Lebensqualität“ werden detaillierte Angaben zur Förderung von wirtschaftlichem Wohlstand, umweltfreundlicher Mobilität, gesunder Ernährung, zur Verbesserung der Luftqualität, der Gesundheit und zur Verringerung von Kriminalität gemacht. Zum Thema „Sozialer Zusammenhalt“ enthalten die „Perspektiven für Deutschland“ wichtige Maßnahmenbündel für mehr Beschäftigung, zur Unterstützung von Familien und Jugendlichen, zur Verbesserung von Gleichberechtigung und zur Integration der ausländischen Mitbürger. Im Hinblick auf die Wahrnehmung von „Internationaler Verantwortung“ enthält das Programm klare Aufträge zur Entwicklungszusammenarbeit und gleichberechtigten Öffnung der Märkte.

Wenn die Städte zukunftsfähig bleiben wollen, dann müssen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft den Vierklang der Entwicklung von Ökonomie, Ökologie, Soziales und Kultur im Sinne einer dauerhaften Stabilität im Gleichgewicht halten:

Es geht erstens um die Sicherung von Lebensqualität, wirtschaftlicher Entwicklung und Beschäftigung. Es geht zweitens um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen

und die Schonung der Naturressourcen. Drittens verlangt das Konzept der nachhaltigen Entwicklung die Sicherung von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Und viertens die Erhaltung und Förderung einer lebendigen und differenzierten Kultur.

Wie sieht nun die konkrete Umsetzung der Zukunftsperspektive einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik aus?

Die nachhaltig zukunftsfähige Stadtentwicklung muß in erster Linie einer wirtschaftsweise verpflichtet sein, die von der Erhaltung der natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen geprägt ist. Strategien und Maßnahmen hierfür sind die Förderung einer ökologischen Kreislaufwirtschaft mit der Herstellung ökologischer Produkte und der Durchsetzung ökoeffizienter Produktionsverfahren und Dienstleistungen. Wichtig ist die Sicherung innerstädtischer Wirtschaftsstandorte und wohngebietsverträglicher Arbeitsplätze. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gehört die Förderung der lokalen Ökonomie und lokaler Wirtschaftskreisläufe. Der Einsatz digitaler Technologien sollte zur Stärkung der Stoffkreislaufwirtschaft und effizienter Energie- und Umweltmanagementsysteme genutzt werden. Wir wissen heute aus empirischen Untersuchungen, dass nur dann, wenn die lokalen Ökonomien stimmen, auch die internationalen ökonomischen Perspektiven positiv sein können.

Nachhaltige Stadtentwicklung heißt Förderung des innovativen, ökologischen und solaren Bauens, also das Bauen mit der Sonne. Hohe Wärmedämmstandards für Wohn-, Büro- und Gewerbegebäude sowie der Einsatz regenerativer, dezentraler Energietechniken wie etwa solarthermische Anlagen, photovoltaische Systeme, Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen und Brennstoffzellen sind Maßnahmen, die für eine nachhaltige Stadtentwicklung unabdingbar sind. Langfristig sollte auch die Wasserstofftechnologie

als saubere Energiespeichertechnologie zum Einsatz kommen.

Wir brauchen für hohe Mobilität und die Nutzung öffentlicher Räume eine Bändigung des individuellen motorisierten Straßenverkehrs. Wir brauchen die Stadt der kurzen Wege, einen hochleistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr, die Verlagerung der Güterverkehrslawine von der Straße auf die Schiene und die Verbannung des Güterschwerlastverkehrs aus den Städten. Große Chancen der Verkehrsentlastung bieten telematische Verkehrsmanagement-Systeme. Dazu gehört zum Beispiel eine „intelligente“ Schnittstellentechnik: das heißt reibungslose Übergänge zwischen den verschiedenen Verkehrssystemen auf der Schiene, der Straße, dem Wasser und in der Luft. Ein Hauptziel jeder Stadtentwicklungspolitik muß sein, zwischen den einzelnen Verkehrssystemen die Übergänge optimal zu gestalten.

Gegen die breiartige Ausbreitung der Städte in das Umland müssen die Städte und Regionen die bisherigen Anreize zur Sub- und Disurbanisierung abbauen und die Innenentwicklung der Städte durch Verdichtung, Nutzungsmischung von Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Kultur, sowie durch Freiraum- und Grünraumschutz fördern. Hierzu gehören auch die Förderung von Stadtteilen und Quartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf und die Stärkung von Stadtteilzentren. Nachhaltige Stadtentwicklung heißt aber auch, Sicherung der inneren Sicherheit durch eine qualitativ hochwertige Stadterhaltung und Stadtbauung, durch Schaffung sicherer Stadtquartiere sowie attraktive Freizeit- und Kulturangebote, insbesondere für Kinder, Jugendliche und Familien.

Nachhaltige Stadtentwicklung verlangt die Förderung nachhaltiger Lebensstile und Konsummuster und die Sicherheit sozialer Milieus als Verantwortung für ein friedliches multikulturelles Zusammenleben.

Die Perspektive einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung in einer globalisierten und digitalisierten Welt verlangt vor allem aber auch, Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote sowie Innovationen schaffende Wissenschaftseinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Ein besonders wichtiges Feld der Stadtentwicklung betrifft die Förderung innovativer Dienstleistungen. Vor allem in den Bereichen produktionsnahe Dienstleistungen, Bildungs-, Gesundheits-, Kultur- und Freizeit-, Tourismus-, Haushalts-, Wohn- und personenbezogene Dienstleistungen, aber auch in den Bereichen Finanz-, Beratungs-, Vertriebs- und Sicherheitsdienstleistungen sind gerade im Lichte einer älter werdenden Bevölkerung gravierende Defizite zu verzeichnen. Sie können und sollten im Zuge der Transformation der Industrie- zur Dienstleistungs-, Informations- und Wissenschaftsgesellschaft stärker gefördert und einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Kernprobleme des 21. Jahrhunderts leisten.

Das Leitbild der „Nachhaltigen Stadtentwicklung“ ist unter den gegebenen globalen Bedingungen die plausibelste reale Zukunftsperspektive für unsere Städte, weil sie sowohl auf die großen ökologischen, als auch auf die ökonomischen, sozialen und kulturellen Herausforderungen zukunftsfähige und realistische Antworten gibt und im Hinblick auf notwendige Strategien und Maßnahmen umsetzbar ist. Sie erfüllt die Forderungen nach Gerechtigkeit zwischen den Generationen und innerhalb der Generationen, die weltweit durch einen großen Konsens der Staaten und Menschen getragen werden. Das ist ein hoher Wert für Schubkraft und Motivation. Ein darauf ausgerichtetes Zukunftskonzept ist in den Städten machbar, weil es nach heutiger Erkenntnis viele Gewinner und nur wenige Verlierer hat und auf einer breiten gesellschaftlichen Zustimmung aufbauen kann.



Renaissance der Stadt in der
Wissensgesellschaft
Dieter Läßle

In Deutschland wird gegenwärtig die Stadt neu entdeckt. Die Krisen- und Verfallsgeschichten, die lange Zeit den Diskurs über die Stadt dominiert haben, werden überlagert von einer neuen Lust auf Stadt. Spätestens seit Anfang des 21. Jahrhunderts gibt es in Deutschland deutliche Zeichen für eine Trendwende in der Stadtentwicklung.

Beschleunigt durch die Megatrends der Globalisierung und der Informatisierung vollzog sich eine tief greifende Wandlung der ökonomischen Basis der Städte. Vor allem in den großen westdeutschen Stadtregionen München, Frankfurt, Köln oder Hamburg ist mit der Verschiebung von einer Industrie- zu wissens- und kultur-basierten Dienstleistungsökonomie eine neue städtische Dynamik entstanden.

Unter den Städten gibt es jedoch auch eindeutige Verlierer. Der Wandel von einer Industrie- zu einer Wissensökonomie geht offensichtlich einher mit einer deutlichen Polarisierung der Stadtentwicklung, die geprägt ist durch eine Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung sowie einer zunehmenden Segmentierung der Stadtgesellschaft, aus der sich neue Formen sozialer Ungleichheit ergeben.

Zunächst ist unbestreitbar, dass in der Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels und neuer Formen internationaler Arbeitsteilung die Städte ihre Rolle als privilegierte Zentren industrieller Produktion weitgehend verloren haben. Diese tiefgreifende Wandlung der ökonomischen Basis der Städte führte jedoch nicht nur zu einem starken Rückgang industrieller Arbeitsplätze, sondern aus diesem Strukturwandel resultieren auch neue, entscheidende Entwicklungschancen für die Städte. Mit der Transformation der

traditionellen Industriesysteme, basierend auf den Massenproduktionsvorteilen der großen Fabrikanlagen und Großraumbüros, haben sich inzwischen neue Formen einer Wissensökonomie herausgebildet. Sie stützen sich auf intellektuelle Arbeit, menschliche Kreativität, soziale Interaktion und Vernetzung, und sie haben vor allem eine große Affinität zu städtischen Standorten.

Die neue Arbeitswelt der Wissensproduktion benötigt sowohl zeitlich als auch räumlich flexible Organisationsformen und die traditionelle räumliche und zeitliche Trennung der Sphären der Arbeiten, des Wohnens und der Freizeit löst sich in dieser urbanen Arbeitsgesellschaft zunehmend auf. Dadurch gewinnt die Stadt nicht nur als Arbeitsort, sondern auch als Wohnort und Lebensraum wesentlich an Bedeutung.

Und was ist mit dem Traum vom „Eigenheim im Grünen“, der jahrzehntelang die jungen, besser verdienenden Familien ins Umland gelockt hat? Nicht nur die immer teureren Benzinpreise oder der Wegfall der Eigenheimzulage lässt die Leute fragen: Sind wir auf der grünen Wiese wirklich gut aufgehoben? Vor allem Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt erschweren ein Wohnen im Umland. Der kapitalintensive Lebensstil mit dem Häuschen im Grünen war gebunden an ein kontinuierliches Einkommen, wachsende Freizeit und eine klare Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Der Mann war der Ernährer der Familie, und die Frau kümmerte sich um Haushalt und Kinder. Dieses Modell steht zur Disposition.

Der Arbeitsmarkt ist unsicherer geworden. Feste Vollzeitstellen werden bald die Ausnahme sein, und vor allem Höherqualifizierte arbeiten heute länger und in unregelmäßigen Zeitrhythmen. Gleichzeitig ist die Frauenerwerbstätigkeit in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Durch Doppelerwerbstätigkeit und die Erosion des gesellschaftlichen Zeitgefüges wird das familiäre Alltagslebens an

suburbanen Standorten mit langen Wegen und Pendlerzeiten immer komplizierter. Und durch die Unsicherheit von Job und Einkommen werden sich deutlich weniger Menschen mit hohen Hypotheken für ein Eigenheim im Grünen festlegen können oder wollen.

Mit dem Übergang zu einer Wissensökonomie werden intellektuelle Arbeit und Kreativität zu zentralen Produktionsfaktoren, wodurch Arbeitsmärkte – insbesondere für Hochqualifizierte – die Rolle von städtischen „Magneten“ zukommt, die Betriebe und qualifizierte Professionals gleichermaßen anziehen. In diesem Sinne funktioniert die Stadt als ein zentraler „Hub“-Arbeitsmarkt:

- Unternehmen benötigen einen ausreichend konzentrierten und diversen Pool hochqualifizierter Arbeit für eine Wissen- und Kulturproduktion, die geprägt ist durch volatile Märkte und sich schnell verändernde Produkte.

- Die Erwerbstätigen benötigen eine breite Vielfalt an Beschäftigungsmöglichkeiten für professionelle Karrieren – möglichst von einem einzigen Wohnort aus – und das unter Bedingungen oft wechselnder Beschäftigungsverhältnisse, der Notwendigkeit permanenter Weiterqualifikation und vielfach auch von Zweiverdiener-Lebensgemeinschaften, wo zunehmend beide Partner eine egalitäre Teilhabe am Erwerbsleben anstreben.

Unternehmen orientieren sich in ihrer Standortwahl zunehmend an der Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte und qualifizierte Beschäftigte suchen Orte mit einer großen Vielfalt an Beschäftigungsmöglichkeiten und urbanen Lebensbedingungen. In dieser kumulativen Dynamik bilden städtische Arbeitsmärkte den Kontext für gemeinsame Lernprozesse und damit die Herausbildung spezialisierter Wissens- und Qualifikationspools.

Vor diesem Hintergrund entdecken viele die Vorteile der Stadt wieder: Die Stadt bietet nicht nur ein breites Angebot an Beschäfti-

gungsmöglichkeiten, sondern auch vielfältigste Dienstleistungen vor Ort: Einkaufsmöglichkeiten, Betreuungsangebote für Kleinkinder, Kindergärten mit unterschiedlichen Öffnungszeiten, Schulen für unterschiedliche Begabungen, eine differenzierte Gesundheitsversorgung und ein breites Bildungs- und Kulturangebot. Für alle, die keine Zeit für Haushaltsarbeiten haben oder diese Zeit anders verwenden wollen: Restaurants, Snacks, Lieferdienste, Wäschereien, Haushaltshilfen usw.

Bieten unsere Städte tatsächlich all diese erwünschten Möglichkeiten? In deutschen Innenstädten wird kaum mehr gewohnt, und mit dem Wohnen sind auch die vielfältigen Dienstleistungseinrichtungen verschwunden, die einen urbanen Lebensstil erst möglich und attraktiv machen. Hier liegt eine große Herausforderung zukünftiger Stadtpolitik. Gefragt sind urbane Strukturen, die den neuen Wohn- und Arbeitsformen entsprechen und die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Denn die neue ökonomische Dynamik in den Kernstädten ist wesentlich durch eine Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit geprägt.

Die neuen urbanen Strukturen sind nicht mehr bestimmt durch Spezialisierung, Zonierung und Vereinheitlichung, sondern durch Diversität, komplexe Überlagerung und Differenz. Angesichts der strukturellen Unbestimmtheit und Offenheit gesellschaftlicher Entwicklungen in einer globalisierten Wissensgesellschaft dient die Stadt mit ihrer hohen ökonomischen, sozialen und kulturellen Diversität als „Zufallsgenerator“ für Kontakte, Informationen und kontextgebundenes Wissen und bietet mit ihren vielfältigen Möglichkeitsstrukturen einen Zugewinn an Chancen für gesellschaftliche Teilhabe und zivilgesellschaftliche Zukunftsbewältigung.

Die Europäische Stadt – ein taugliches Leitbild für die Stadtentwicklung?
Peter Zlonicky

1. Zum Begriff der Europäischen Stadt

Rückbesinnung auf eine entschwindende Geschichte, verklärender Mythos, Kampfbegriff für die Wiedergewinnung traditioneller Stadtstrukturen, unerfüllte Hoffnung auf eine kompakte, dichte, urbane Stadt – das Leitbild der Europäischen Stadt hat Konjunktur. Benutzt wird es aus unterschiedlichen Positionen mit unterschiedlichen Zielen. Zwei Positionen aus der aktuellen Diskussion:

- Europäische Stadt ist überall und nirgendwo mehr. Sie ist ubiquitär, sie hat sich aufgelöst in den Überformungen der letzten Jahrzehnte. Die Europäische Stadt in der (nord)amerikanischen Stadt und die amerikanische in der Europäischen Stadt, die Europäische Stadt in der (kolonialen) Dritten Welt und die Dritte Welt in der Europäischen Stadt – ihre historischen Formen sind kaum mehr aufzufinden, allenfalls Fassaden vor leeren oder neu gebauten Gehäusen.
- Europäische Stadt ist in ihrem Kern der Bezugspunkt der Stadtbürger. Sie zeigt vertraute Bilder, sie ist lebendiges Geschichtsbuch, das Gewissen der Stadt. Wenn sie auch nur als Insel im Archipel suburbaner Räume erhalten ist – ihre kompakte Form, ihre Nutzungsdichte, ihre Gestalt unterscheiden sie von allen anderen Teilen der Stadt. Damit sind suburbane Räume anderen Stadttypen zuzuordnen.

Diese Diskussion wird überwiegend mit Bildern belegt. Dagegen ist eine Verständigung über Inhalte dringend notwendig: Was sind die inneren Merkmale der Europäischen Stadt? Sind sie an einen bestimmten Stadttyp gebunden? Gibt es einen „genetic footprint“ der Europäischen Stadt?

Walter Siebel nennt in seinem Band „Die Europäische Stadt“ (2004) fünf Merkmale der Europäischen Stadt:

- Sie ist der historisch geprägte Ort, an dem sich die bürgerliche Gesellschaft entwickeln konnte.
- Sie hat eine Geschichte der Hoffnungen, der politischen und ökonomischen Emanzipation geschrieben.
- Sie ist Ort urbaner Lebensweisen, der Kommunikation und der Erfahrung von Differenz, auch der Unterscheidung der öffentlichen Sphäre vom geschützten privaten Raum.
- Sie hat eine historisch entwickelte Gestalt, die auch Produkt von Planung ist. Und:
- Sie ist sozialstaatlich reguliert, geprägt von Wertvorstellungen und Leitbildern städtischer Akteure.

Damit sind konstituierende Elemente der Europäischen Stadt eingeführt. Sie erweitern und überholen die gängigen Definitionen der Europäischen Stadt, die sich allein auf ihre Gestalt, auf ihren historischen Kern, auf ihre kompakte Form oder ihre Nutzungsdichte beziehen.

Das Modell der Europäischen Stadt muss aus eng gesteckten Grenzen befreit werden.



Wenn die Europäische Stadt mehr ist als ihre traditionell geprägte Form, sind Unterscheidungsmerkmale, die vom Rückblick auf ein historisches Stadtbild geprägt sind, obsolet. Auch Erweiterungen und Peripherien sind Teil der Europäischen Stadt. Auch die sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse in den Städten sind europäisch geprägt.

Die Europäische Stadt ist Ort andauernder Transformationen: der Bausubstanz, der öffentlichen Infrastrukturen, der privaten Einrichtungen des Handels und der Dienstleistungen, der Kultur, der ökonomischen Strukturen – und in diesen Veränderungen zeigt sie ihre innere Stärke. Und sie behält auch in veränderten Formen ihre konstituierenden Merkmale, bleibt unterscheidbar. Sie ist Motor gesellschaftlicher Entwicklungen.

2. Herausforderungen für die Europäische Stadt

Im Blick auf Globalisierung, Privatisierung, Ökonomisierung der Stadt mit den Folgen zunehmender Polarisierungen – was leistet die Europäische Stadt als Modell für die Stadtentwicklung? Was leistet sie besser als andere Stadttypen? Ist die Europäische Stadt in der Lage, die aktuellen Herausforderungen aufzunehmen, ohne ihre Identität zu verlieren? Beispielhaft:

Transformation als andauernde Aufgabe. Der Umbau unserer Städte ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts, des „Urban Age“. Die Konversion industrieller, militärischer, infrastruktureller Anlagen ist zum Alltagsgeschäft der Städte geworden. Der Umbau des Bestandes ist gleichzeitig eine ökologische Herausforderung (Einstieg in die Kreislaufwirtschaft, Ressourceneinsparung), eine stadtkulturelle Herausforderung (Erhaltung schützenswerter Quartiere) und eine soziale Herausforderung (Sicherung sozialer Milieus). Mit Projekten wie der Hafencity in Hamburg, mit „Brownfields to Greenfields“, mit „From

Backyards to Frontyards“ in Industrieregionen, mit der Re-Urbanisierung von Stadtkernen nach krisenhaften Entwicklungen werden Erfahrungen der Planung in Europa international hoch eingeschätzt.

Diese Transformationsprozesse wirken sich verstärkt zugunsten des Arbeitsmarktes aus, zugunsten von Beschäftigung und Ausbildung. „Kreative Milieus“ ziehen nicht nur junge Menschen in die Stadt. Zunehmend sind sie Anstoß für wirtschaftlich tragfähige Folgeprojekte. Zwischennutzungen tragen zu einer Stabilisierung baulicher Bestände bei, zur neuen Nutzung für wirtschaftliche und bürgerschaftliche Aktivitäten.

Umbau und Modernisierung der Infrastrukturen. Die langlebigen Netze der Ver- und Entsorgung sind nur schwierig an die demographische Entwicklung in den Städten anzupassen. Dies führt zu erheblichen Belastungen der Kommunen. Über Erhalt, Privatisierung oder Schließung von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur – Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser u. a. m. – muss oft kurzfristig entschieden werden. Dies führt zu sozialen Spannungen und stadtkulturellen Verlusten.

Die technischen Systeme müssen auch bei rückläufiger Nutzung und steigenden Unterhaltungs- und Modernisierungskosten angepasst werden. Die Netze des öffentlichen Personennahverkehrs müssen mit modernen Technologien ausgebaut und wirtschaftlich gestaltet werden. Die Wiederentdeckung der Straßenbahn als urbanes Verkehrsmittel, die Mobilitätsinitiativen von Kommunen und Verbänden unterstützen den Paradigmenwechsel der Stadtpolitik. Die Klima-Diskussion und schiere privat-ökonomische Überlegungen fördern das öffentliche Bewusstsein für diesen Umbau.

Einrichtungen der sozialen Infrastruktur sind mit erweiterten Aufgaben für die Stadt neu zu nutzen, etwa nach dem Beispiel von

„Community Learning Centers“. Offen bleibt bisher, wie Identität stiftende, jedoch in ihrer Substanz gefährdete Bauten mit sinnvollen neuen Nutzungen gesichert werden können – es gibt erste Beispiele, wie Kirchen als erweiterte öffentliche Räume, als soziale Marktplätze neue Bedeutungen erhalten.

Offensichtlich ist die Europäische Stadt in der Lage, Transformationen nicht nur als Verlust, sondern auch als Zugewinn zu gestalten. Öffentliche Debatten und Lernprozesse haben dazu beigetragen, den Prozess der Veränderungen verträglich zu gestalten.

Erneuerung von Stadtteilen als kontinuierlicher Prozess. Projekte der Erneuerung von Stadtteilen sind immer dann gescheitert, wenn sie als zeitlich begrenzte Maßnahmen geplant und umgesetzt wurden. Die Einsicht, dass die Erneuerung von Stadtteilen ein kontinuierlicher Prozess sein muss, ist inzwischen allgemein akzeptiert.

Anpassungsfähigkeit und Regenerationsfähigkeit sind in europäischen Stadtteilen ausgeprägt. Der für die Europäische Stadt prägende öffentliche Raum ist öffentliches Gut im Bewusstsein der Bürger. Lokale Ökonomie kann im Prozess der Erneuerung unterstützt und entwickelt werden. Offen bleibt, wie ein preiswerter Wohnungsbau als unverzichtbares kommunales Gut, als Instrument der Steuerung erhalten werden kann – auch hier sind Erfahrungen im Programm der Sozialen Stadt oder Beispiele wie eine Vereinbarung zur „Sozialen Bodenordnung“ Orientierungen für eine Sicherung europäischer Stadtqualität.

Immigration als Normalfall und Chance. Die Notwendigkeit von Zuwanderung ist im nationalen Interesse unbestritten. Lokal führt sie jedoch nach wie vor zu Konflikten, zu Überforderungen. Hier haben insbesondere „benachteiligte Stadtteile“ ihre nicht hoch genug zu bewertenden Leistungen zu erbringen. Oft sind es Migranten, die mit lokalen ethnischen

Ökonomien wesentlich zum Erhalt gefährdeter Stadtteile beitragen.

Wie kann das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft im Stadtteil gefördert werden? Wie können Ausbildung und Arbeitsmärkte für Migranten geöffnet und aussichtsreich gestaltet werden? Wie können bürgerschaftliche Initiativen für eine Kultur des Zusammenlebens gefördert werden? Wie können Schulen als integrierende Instanz, als Bezugspunkt des Zusammenlebens gestärkt werden?

Mit diesen Fragen muss sich jede Stadtentwicklung auseinandersetzen. Im Modell der Europäische Stadt gibt es Ansätze, sie verträglich zu lösen.

Wettbewerbsfähigkeit. In der föderalen Gestalt der Bundesrepublik gibt es keine Stadt, die als zentrale Metropole gelten könnte. Städtetze übernehmen in Deutschland Aufgaben, die sonst von „Global Cities“ wahrgenommen werden – offensichtlich mit internationalem Erfolg, zum Beispiel im Export. Umso wichtiger sind Komplementarität



der städtischen Profile und Kooperation innerhalb des Netzes. Initiativen zur Kooperation in einem Netz müssen von den Städten selbst entwickelt werden, beispielhaft: Der „Stadtregionale Kontrakt“ der großen Ruhrgebietsstädte. Der Arbeitsmarkt, zentrale Arena der Stadtentwicklung, und der Aufbau einer wissensorientierten Ökonomie brauchen die Unterstützung einer klugen Stadtentwicklungspolitik.

Dazu tragen die Sicherung und Entwicklung von Identität und Unverwechselbarkeit, Merkmale europäischer Städte, bei. Die Gestaltung „wertgleicher Lebensbedingungen“ innerhalb und außerhalb von Städtenetzen, der Abbau der Disparitäten von Reichtums- und Armutinseln, die Gestaltung einer solida-

rischen Gesellschaft und des sozialen Friedens bleiben zentrale Herausforderungen.

Verfahrensqualität. Prozesse der Beteiligung, der Einrichtung von „Runden Tischen“ und Werkstätten in verschiedenen Formen sind Planungsqualitäten, die in deutschen Städten hoch entwickelt sind und international beachtet werden. Beteiligungsverfahren haben sich gerade in krisenhaften Situationen bewährt.

Die Initiativen Baukultur auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene werden bürgerschaftlich initiiert – Baukultur ist auch Prozesskultur. Baukultur unterstützt auch Strategien der minimalen Intervention – damit trägt sie zu einer nachhaltigen Entwicklung und zur Sicherung der Qualitäten der Europäischen Stadt bei.

3. Muss die Europäische Stadt neu erfunden werden?

Nein. Die Europäische Stadt ist ein Modell, das die Konvergenzen von Stadtkulturen in den Mittelpunkt stellt und nicht die üblichen Abgrenzungen. Sie ist Rahmen und Raum für die Re-Urbanisierung der Stadt.

Aber: Wenn sie als Leitbild für die Planung tauglich sein soll, muss die traditionelle Definition der Europäischen Stadt entrümpelt, der Modellcharakter der Europäischen Stadt herausgearbeitet werden. Es geht um neue Qualitäten im Prozess ihrer Transformation, nicht um statische Bilder. Damit macht es kaum noch Sinn, säuberlich die Trennungen – Europäische Stadt, Zwischenstadt, Peripherie – aufrechtzuerhalten. Die Europäische Stadt übernimmt Elemente anderer Stadttypen, so wie sie Immigranten und andere Kulturen aufnimmt – sie braucht diesen Zugewinn. Sie ist ein sich ständig veränderndes Amalgam und gewinnt in der Transformation ihre Stärke.



Die Europäische Stadt – Auslaufmodell oder Kulturgut und Kernelement der Europäischen Union?

Folkert Kiepe

Diese Entwicklungen kann man nicht ignorieren, man muss sie aber auch nicht hinnehmen. Es gibt nämlich sowohl gesellschaftliche Veränderungen als auch rechtliche und politische Verteidigungslinien, die der Europäischen Stadt und damit der kommunalen Selbstverwaltung neue Chancen eröffnen:

1. Stadtkerne und Stadtbild bewahren, pflegen und vitalisieren

Zunächst ist festzustellen, dass die Kerne der Europäischen Städte – die heutigen Innenstädte – über alle gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen und deren Brüche hinweg ihre gestalt- und funktionsbestimmende Rolle behalten haben. Mit ihrer historischen, baulichen und funktionalen Dichte bestimmen sie das Grundmuster der räumlichen Stadtstruktur, ermöglichen Orientierung und stiften Identifikation für die Bürgerinnen und Bürger. Der so vom Kern her bestimmte Typus der Europäischen Stadt wurde weiterentwickelt, modifiziert, aber nie aufgegeben. Auch der überall festzustellende Strukturwandel der Wirtschaft, die räumliche und soziale Segregation sowie der Verlust der Standortbindungen von Betrieben, Beschäftigten und Bewohnern hat diese Kerne – anders als z. B. in den USA – nicht zerstört. Anstatt also vor den genannten Prozessen zu kapitulieren, sollte man vielmehr die Rahmenbedingungen – insbesondere beim Planungsrecht, im Umgang mit den öffentlichen Räumen, in der Verwaltungsstruktur und bei den Finanzen – so nutzen bzw. auch verändern, dass die Europäische Stadt weiterhin eine realistische Chance behält.

2. Chancen des demographischen Wandels nutzen

Vor dem Hintergrund der erkennbaren demographischen Veränderungen sollten die Städte sowohl aus ökonomischen als auch aus sozialen Gründen viel konsequenter als bisher die Vorteile einer Funktionsmischung ins Zentrum ihrer Stadtpolitik stellen. Das Zusammenführen von Wohnen, Arbeit, Handel, Bildung, Freizeit und ÖPNV – kurz: die kompakte, nutzungsgemischte und sozial integrierende Europäische Stadt – ist nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch sinnvoll. Ein wachsender Anteil Älterer will die breiten Infrastrukturangebote in den Städten – von Bildung und Kultur über Sozial- und Gesundheitsdienste, den Handel bis zum ÖPNV – nutzen und strebt aus dem Umland zurück in die Städte. Generell wird in den Städten die Zahl der über 60jährigen und der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund – und damit die Integrationsaufgabe – deutlich zunehmen. Hierauf müssen die Städte mit Angeboten für neue Wohnformen und generell mit einem systematischen Umbau ihrer öffentlichen Infrastruktur, ihrer sozialen und kulturellen Angebote und einer stärkeren Einbindung privater Initiativen reagieren, auch um ihre soziale und ethnische Integrationsfähigkeit zu erhalten. Darüber hinaus werden in Regionen mit deutlich sinkenden Einwohnerzahlen kleine Gemeinden nicht mehr in der Lage sein, den gewohnten Standard kommunaler Daseinsvorsorge zu organisieren und zu finanzieren. Dies wird nur noch in den Städten und mit Hilfe von Netzwerken aus mehreren Städten und Gemeinden gelingen.

3. Steuerungsfähigkeit wiederherstellen

Eine solche zentrenorientierte Infrastrukturpolitik verlangt den Einsatz und die Bündelung aller städtischen Ressourcen. Das kommunale Planungs- und Ortsrecht, die wirtschaftliche Betätigung in den Aufgabenfeldern der kommunalen Daseinsvorsorge sowie der

Personal- und Finanzmitteleinsatz müssen mittels integrierter Stadtentwicklungsplanung deutlich besser miteinander verzahnt und über eine einheitliche Stadtpolitik gesteuert werden. Dies gilt auch für die im Zuge einer rein betriebswirtschaftlich orientierten Politik der Verwaltungsmodernisierung dezentral organisierten Verwaltungseinheiten und städtischen Einrichtungen. Städtische Unternehmen sollten für eine integrierte Stadtpolitik genutzt und nicht verkauft werden. Generell sollte im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge an der kommunalen Eigenproduktion auch deshalb festgehalten werden, um sowohl Qualitätsstandards beeinflussen als auch Produktions-know-how und Steuerungskapazität gegenüber den sozial und ökologisch „blinden“ liberalisierten Märkten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erhalten zu können.

4. Lokale Autonomie sichern

Das Selbstverständnis der Städte als selbstorganisierter Gesellschaft vor Ort – und nicht als untere staatliche Verwaltungsebene – muss in der öffentlichen Debatte viel stärker als bisher artikuliert werden. Kommunale Selbstverwaltung und die damit verbundene kommunale Eigenständigkeit im Staatsaufbau ist orts- und bürgernah und bietet außerdem zwei außerordentlich wichtige Vorteile, die gerade in Zeiten grundlegender Veränderungen (im ökonomischen Bereich die Globalisierung, im politischen Bereich die Vertiefung und Erweiterung der EU) von besonderer Bedeutung sind: Zum einen ist dieses dezentrale System von Städten und ihren Netzwerken besonders flexibel und kann die unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Räumen eines großen Flächenstaates – erst recht der Europäischen Union – viel besser aufnehmen, als dies eine Zentralverwaltung könnte. Zum anderen ist mit diesem System die für grundlegende Entscheidungen unabdingbare Zustimmung der Bevölkerung eher erreichbar als auf nationaler oder europäischer Ebene.

Deshalb muss das in Art. 28 II GG enthaltene Subsidiaritätsprinzip über Art. 5 EGV hinaus als institutionelle Garantie lokaler Autonomie auch im neuen EU-Verfassungsvertrag verankert werden. Außerdem muss die Föderalismusreform II dazu genutzt werden, die kommunale Autonomie auf der örtlichen und regionalen Ebene stärken.

5. Gemeindefinanzen verbessern und neu strukturieren

Eine umfassende Gemeindefinanzreform muss zunächst eine Neujustierung von Aufgaben und Finanzausstattung der Städte und Gemeinden vornehmen, um deren strukturelle Defizite zu beseitigen. Dies verlangt die strikte Beachtung des Konnexitätsprinzips. Außerdem gehört dazu

- die dauerhafte und uneingeschränkte Gewährleistung einer wirtschaftsbezogenen Gemeindesteuer mit Hebesatzrecht;
- eine reformierte Grundsteuer mit stärkerer Ertragskraft und Mobilisierungswirkung für erschlossenes Bauland;
- eine neue stadt- und umweltverträgliche Konzeption der Verkehrsfinanzierung mit stärkerer Orientierung am Nutzer (über Mineralölsteuer, Straßenbenutzungsgebühren, Erschließungs- und Nahverkehrsabgabe);
- eine Umgestaltung der bisherigen starren und sektoralen Förderpraxis, um durch eine dezentralisierte Förderpolitik auf der kommunalen Ebene eine ressortübergreifende Bündelung und Verknüpfung der einzelnen kommunalen Aufgabenfelder (Städtebau, Wohnraumförderung, Sozial-, Kultur- und Bildungsarbeit, Verkehrspolitik, Umweltschutz, Wirtschaftsförderung und Infrastrukturpolitik) im Rahmen einer integrierten Stadtpolitik zu ermöglichen und damit die Handlungsautonomie und Eigenverantwortung der Städte und Gemeinden zu stärken.

Regionale Kooperation in Städtereionen organisieren

Das leistungsfähige dezentrale Organisationsmodell „kommunale Selbstverwaltung“ muss in seiner konkreten Ausgestaltung den tatsächlichen Entwicklungen angepasst werden, um die Aufgaben der Zukunft auf der kommunalen Ebene bewältigen zu können. Auf nationaler Ebene ist generell festzustellen, dass Zahl und Umfang der Aufgaben, die von den einzelnen Städten und Gemeinden im derzeitigen Gebietszuschnitt nicht mehr allein bewältigt werden können, stark zugenommen haben. Im Europäischen Binnenmarkt verstärkt der verschärfte Wettbewerb den Druck auf die Städte und Gemeinden zur Zusammenarbeit in den Regionen. Ziel der Verwaltungsstrukturreformen in den Ländern muss es daher sein, im unmittelbaren Gegenüber

von Staat und Stadt die gemeindliche Selbstverwaltung in ihrer Handlungsfähigkeit und in ihrem Gestaltungsspielraum zu stärken. Dazu sind den Städten und Gemeinden alle die Aufgaben zuzuweisen, die örtlich bewältigt werden können (Subsidiaritätsgedanke), was in einigen Ländern auch Gemeindegebietsreformen voraussetzt. Zwischen den Städten und Gemeinden einerseits sowie der Landesverwaltung andererseits sollte es dann nach meiner Auffassung nur noch eine – und zwar kommunal organisierte – regionale Ebene geben, unter Verzicht auf bzw. Integration von Regierungsbezirken, Zweckverbänden und Kreisen. Diese Städtereionen würden jeweils von den kreisfreien Städten sowie den Städten und Gemeinden mehrerer Kreise einer funktional gewachsenen Region gebildet und alle kommunalen Aufgaben auf der regionalen Ebene übernehmen.





Lebendige Stadt, belebte Stadt oder
inszenierte Urbanität?
Hartmut Häußermann

Die Begriffe „Urbanität“ und „Stadtkultur“ erleben seit einiger Zeit eine Hochkonjunktur im städtebaulichen und stadtpolitischen Vokabular. Keine Straßenpflasterung oder Fußgängerzone, kein Stadttheater oder Einkaufszentrum, kein städtebaulicher Entwurf und kein Wirtschaftsförderungsprogramm mehr ohne Hinweis darauf, dass damit urbane Qualitäten gesteigert bzw. der Stadtkultur auf die Beine geholfen werde. Urbanität scheint zur zwanghaft wiederholten Formel für die Rechtfertigung jeglicher Art von städtebaulichem Eingriff zu werden.

In der theoretischen Diskussion über Stadt ist Urbanität gleichbedeutend mit Stadtkultur. Der Begriff „Stadtkultur“ umfasst eine bestimmte Art und Weise zu leben, bezeichnet eine öffentliche und demokratische Form der Entscheidung über die Entwicklung des Gemeinwesens; charakteristisch für städtische Kultur seit der Antike ist die Offenheit gegenüber dem Fremden, gegenüber kultureller und intellektueller Innovation. Dazu gehören auch die Individuation und Anonymität, die unter rein städtischen Lebensbedingungen möglich sind und die experimentelle Lebensstile und Rollenwechsel zu praktisch jeder Zeit und in jedem Abschnitt einer Biographie ermöglichen. Daraus ergibt sich kulturelle Vielfalt, die das Ferment ist für sich selbst verstärkende Prozesse kultureller und ökonomischer Differenzierung. Differenzierung ist in geschlossenen Gesellschaften nicht möglich, wo das individuelle Verhalten von den Nachbarn oder Verwandten – oder gar staatlichen Agenturen – kontrolliert und sanktioniert werden kann. Für Urbanität sind unkontrollierte Räume essenziell wichtig, in denen sich Öffentlichkeit herstellen kann – Öffentlichkeit als etwas Soziales und Politisches, das sich aus individuellem und kollektivem, aber aufeinander bezogenem Handeln ergibt. Zur

Stadtkultur gehören daher auch öffentliche Räume, deren Öffentlichkeitscharakter sich zwar keineswegs in ihrem baulichen Substrat erschöpft, die jedoch gewissen Mindeststandards genügen müssen, um Öffentlichkeit überhaupt möglich zu machen. Der Idealvorstellung von Urbanität liegt eine Utopie des liberalen Anarchismus zugrunde – bürgerlich und antibürgerlich zugleich. Eine urbane Stadt ist eine lebendige Stadt.

Urbanität ist also ein vielschichtiger Begriff, der politische, ökonomische und kulturelle Dimensionen hat. In der städtebaulichen Diskussion der Gegenwart ist er weitgehend banalisiert worden, als Begriff, in dem äußerliche Merkmale von Orten zusammengefasst werden. „Urbanität“ wird damit auf eine kulinarische Dimension reduziert; sie bezeichnet Stadträume als Kulisse für einen interessanten Aufenthalt, als Ort, wo man „etwas erleben kann“. Der Stadtbesucher oder -bewohner ist Konsument einer Atmosphäre. Mit „Urbanität“ ist in städtebaulicher Propaganda in der Regel nicht mehr gemeint als „belebte Stadt“, sonst könnte man sie nicht zeichnen und sonst wäre sie auch erst in zweiter Linie ein Thema der Architektur oder des Städtebaus. Mehr als die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Vielfalt und Lebendigkeit entfalten können, sollen sich Architekten und Städtebauer aber auch nicht abverlangen. Denn Urbanität lässt sich nicht planen. Urban ist eine städtische Gesellschaft aus sich oder sie ist es nicht, und wenn sie es ist, dann schafft sie sich auch ihren baulichen Ausdruck. Mehr als Erfüllungsgehilfen dominierender gesellschaftlicher Mächte sind Architekten nicht, auch wenn sie sich häufig als die Macher der Welt gerieren.

Seien wir also bescheiden. Viel wäre schon gewonnen, wenn Städtebauer in der Lage wären, die Voraussetzungen für eine „belebte Stadt“ zu verwirklichen. Was aber macht eine Stadt belebt und interessant?

Verallgemeinert man die Merkmale von in diesem Sinne urbanen Orten wie Manhattan, Quartier Latin oder Palermo, dann lassen sich drei Begriffe herausdestillieren, die erlebnisreiche Szenen kennzeichnen: Ungleichheit, Ungleichzeitigkeit und Ungleichwertigkeit.

Ungleichheit der Menschen und Aktivitäten spiegelt sich in verschiedenen Lebensstilen, in verschiedenartigen Verhaltensweisen und in unterschiedlichen Arten der Selbstpräsentation. Arbeitende und flanierende Menschen, schnelle und langsame Bewegung, Arme und Reiche, in sich Gekehrte und Agierende, Käufer und Verkäufer. Bunter wird es, wenn verschiedene ethnische Gruppen das Straßenbild prägen, wenn das noch nie Gesehene unverhofft präsent ist, wenn fremde Waren oder exotische Musik dargeboten werden. Und unsere Aufmerksamkeit wird insbesondere angeregt, wenn verschiedene Nutzungsarten koexistieren. Eine Museumsinsel ist langweilig, wenn sie nicht in einem andersartigen Umfeld liegt, ein Verwaltungsviertel ist öde, weil es nichts Überraschendes gibt, ein reines Wohngebiet schläfert ein, weil nichts



als ‚Wohnen‘ passiert. ‚Erlebniswert‘ hat ein städtisches Quartier nur dann, wenn man dem Fremden, dem Unerwarteten begegnet, wenn sich die Wege von Menschen, die mit den verschiedensten Zielen und Zwecken unterwegs sind, überkreuzen und sich dadurch die unverhofftesten Kombinationen und Szenarien ergeben. Dazu gehört auch das Widerständige, das Ungeplante, das keinen privaten Ort hat und deshalb den öffentlichen Straßenraum aufsucht. Sozial, kulturell und funktional homogene Orte können nicht urban sein, denn sie sind exklusiv – das gilt für das Oberschichtghetto ebenso wie für die unter Kontrolle gebrachten Räume einer alternativen Szene. Ungleichheit ist jedoch nicht nur eine kulinarische Angelegenheit, sondern erzeugt auch Konflikte. Wenn es für einen Teil der städtischen Gesellschaft keine Integrationsperspektiven mehr gibt, wenn also aus Ungleichheit Gegensätze werden, dann wird die städtische Szenerie freilich so lebhaft, dass sie nicht mehr so einfach als Erlebnis verdaut werden kann.

Ungleichzeitigkeit ist ein weiteres Element einer interessanten Stadt. Verschiedene Baustile und Funktionen aus unterschiedlichen Epochen der Geschichte einer Stadt, die Präsenz und die Widersprüchlichkeit des Ungleichzeitigen machen gesellschaftliche und städtische Entwicklungen bewusst. Die Anwesenheit von Geschichte in Form von Zeugnissen untergegangener Herrschafts- und Wirtschaftsepochen gibt der Stadt eine eigene Vitalität, denn in Gebäuden und Grundrissen sind die Mühen früherer Generationen vergegenständlicht. Gerade wenn sich dies in unter heutigen Gesichtspunkten dysfunktionalen Strukturen bemerkbar macht, stößt sich die Gegenwart an der Geschichte und fordert zu einer kreativen Aneignung heraus. Die Beseitigung historischer Bausubstanz ist daher auch immer ein Verlust von kreativen Energien. Es gibt keine Stadt, die zu einem einzigen Zeitpunkt geplant und entstanden ist, die so viel Phantasie anregt

und von der so viele Anstöße ausgehen, wie eine historisch vielfältig geprägte Stadt. Gleichzeitigkeit ist langweilig. Das gilt auch für die möglichen Nutzungsarten, die sich im städtischen Gehäuse einnisten können. In kleinteiligen Eigentümerstrukturen verändert sich niemals alles gleichzeitig. Tradiertes und Zurückgebliebenes hat seinen Ort neben dem Neuen und Dynamischen. So ergibt auch eine Stadt mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten, die die Sinne herausfordert und Reaktionen provoziert.

Und von Ungleichzeitigkeit geprägt ist auch der Rhythmus einer belebten Stadt. Hier funktioniert nichts nach einem zentralen Zeitregime. Jahreszeiten und Öffnungszeiten müssen ihre strukturierende Gewalt verlieren, wenn Spontanes, Ungeplantes und Unerwartetes möglich sein sollen. Eine Stadt ist nur dann lebendig, wenn man darauf hoffen darf, dass nicht alles nach Plan verläuft. Der Mythos des Urbanen lebt wesentlich von der beständigen Erwartung, dass alles, was ist, auch anders sein könnte.

Schließlich ist das Element der Ungleichwertigkeit zu nennen, das mit der Ungleichzeitigkeit eng zusammenhängt. Die Bewertung von Boden und Gebäuden ist ein ökonomischer Prozess, der nicht an jedem Ort der bestehenden Stadt gleiche Konsequenzen hat. Ob die jeweilige Wertzuschreibung sich in einer Umwälzung der Nutzung, in einem Umbau oder in einem Austausch der Bewohner niederschlägt, hängt auch von den Eigentümerstrukturen und von den Entscheidungen der Eigentümer ab. In jeder Stadt gibt es Gegenden, in denen die Gebäude abgeschrieben sind oder wegen der Eigentümlichkeiten von privaten Eigentümern nicht die potentiell möglichen Erträge auch realisiert werden. In solchen entwerteten Bereichen haben auch nichtökonomische, unrentable oder ökonomisch schwache Aktivitäten eine Chance. Und gerade dies sind häufig die innovativen oder provokativen Aktivitäten, sei es im kul-

turellen, sozialen, politischen oder ökonomischen Bereich. Sie und nicht die internationalen Standardangebote bringen eine attraktive, erlebnisreiche Atmosphäre in ein Quartier. Dass sie existieren können, setzt allerdings Nischen voraus, die nicht vom Verwertungsdruck des Immobilienkapitals besetzt sind.

Ungleichheit, Ungleichzeitigkeit und Ungleichwertigkeit lassen sich nicht planen. Sie entziehen sich der bewussten Gestaltung und können nur entstehen in einer historischen Entwicklung, die von keinem steuernden Zentrum dominiert wird. Wo Planer dennoch versuchen, „urbane Situationen“ zu kreieren, wie z. B. in den modernen Großeinkaufszentren, in den Malls von baulichen Großprojekten oder in kommerziellen Schwerpunkten der City-Planung, bleibt alles künstlich. Die Teilhabe ist an soziale Konvention oder an die Kaufkraft gebunden. Aktivitäten finden nur während der Öffnungszeiten statt und das „urbane Erlebnis“ ist auf bestimmte Räume begrenzt. In der inszenierten Stadt wird Urbanität lediglich simuliert, und deshalb bleibt sie letztlich immer steril.



Wenn von Planern und Investoren „Urbanität“ angepeilt wird, dann ist höchste Aufmerksamkeit angesagt. Da es sich dabei in der Regel um ein genaues Kalkül handelt, das Risiken möglichst ausschließen soll, werden die Stadtbewohner nur als Konsumenten eingeplant. Sie sollen sich vorgegebener Einrichtungen und Dienstleistungen bedienen und an organisierten Erlebnissen ihre Freude haben. Die größte Gefahr ist dabei, dass das Vorgesehene nicht eintritt, nicht angenommen wird wie der Marketing-Jargon sagt. Dann muss nur noch mit raffinierteren Methoden und noch spektakuläreren Ereignissen um das Publikum geworben werden, und dann jagt ein inszeniertes Erlebnis das andere. Was einen in der Stadt erwartet, kann man dann vorher im Veranstaltungsprogramm der Tageszeitung lesen. Die gebaute Stadt gäbe es dann noch, aber sie wäre nicht mehr urban.

Dass Urbanität bzw. städtische Kultur nicht allein das Ergebnis planerischer oder politischer Entscheidungen sein kann, entlastet freilich die Stadtpolitik nicht davon zu prüfen, ob die Möglichkeiten ihrer Entfaltung eher beschränkt oder erweitert werden, wenn immer größere Teile der Stadt in großartigen Bauvorhaben privater Investoren verschwinden. Entscheidend dafür dürfte sein, welchen Platz der Bürger einer Stadt neben den Medien Geld und Macht in der Gestaltung des städtischen Lebens einnehmen kann.



Zuwanderung verändert Deutschland
Herausforderungen für Politik und Planung
Andreas Kapphan

Für eine Stadtpolitik der Vielfalt und des
sozialen Ausgleichs

Die gezielte Förderung von Integration ist eine zentrale Herausforderung für Städte und Gemeinden. Internationalität und Umgang mit Vielfalt in einer integrierten Stadtgesellschaft, interkulturelle Offenheit und Kompetenz sind nicht nur für international agierende Unternehmen entscheidende Standortfaktoren, Flair und Offenheit gegenüber der Vielfalt moderner Lebensweisen machen auch für Bürger und mögliche Neubürger die Attraktivität von Städten aus. Aufgabe der Kommunen ist es, entsprechende Leitbilder zu entwickeln und zu implementieren. Viele Städte haben in den vergangenen Jahren Integrationsprogramme erarbeitet, die Umsetzung steht jedoch noch am Anfang.

Durch die PISA-Studie ist deutlich geworden, dass in Deutschland Bildungserfolg (und damit sozialer Aufstieg) in hohem Maße von der sozialen Herkunft bzw. dem Bildungsstand der Eltern abhängt. Vor dem Hintergrund, dass die Zuwanderung nach Deutschland in der Vergangenheit in hohem Maße von bildungsfernen Schichten getragen wurde, erhält eine sozial ausgleichende Politik eine große Bedeutung. Vor allem in (west)deutschen Großstädten nimmt die Disparität zwischen „reichen“ Stadtteilen und Stadtteilen mit hoher Konzentration von Risiko- und Problemlagen zu. Kommunalpolitik muss haushaltspolitische Prioritäten setzen und gezielt in die benachteiligten Quartiere investieren und sie zu Orten der sozialen Integration entwickeln. Gerade hier brauchen wir besonders gute Schulen und Jugendeinrichtungen, eine besonders intensive Förderung von Familien und kleinen Kindern, eine besonders qualifizierte Förderung der beruflichen Ausbildung und der lokalen Wirtschaft.





2. Qualifizierung der Stadtentwicklung: Gute Praxis

Plädoyer für eine integrierte
Stadtentwicklung
Peter Conradi

Stadtplaner, Architekten und Ingenieure sehen die Stadtentwicklung vor allem unter den Gesichtspunkten der Planung und des Baus von Gebäuden und Strassen. Das ist zu kurz gedacht. Bei der Entwicklung unserer Städte geht es um die gesellschaftliche Entwicklung, um soziale, ökologische und ökonomische Fragen, um Bildung und Kultur. Leider sind im Bund, in den Ländern, in den Landkreisen und Gemeinden die Ressorts, die sich mit diesen Fragen befassen, meistens säuberlich getrennt, und jedes Ressort entwickelt die Stadt so vor sich hin. Da ist eine integrierte Stadtentwicklungsplanung schwer zu erreichen. Drei Beispiele:

1. In Deutschland wächst die Kluft zwischen Arm und Reich und mit ihr die soziale Segregation in Stadtteile mit Arbeitslosigkeit und Armut und privilegierte Stadtteile mit Reichen-Ghettos. Wie gut wir in Zukunft in unseren Städten leben, hängt auch davon ab, wie die Städte die Probleme der Arbeitslosigkeit und der Armut angehen. Stadtplanung und Architektur sollten sich nicht nur auf die Innenstädte konzentrieren, sondern dazu beitragen, die vernachlässigten Stadtviertel mit ihrer Unfreundlichkeit und baulichen Gesichtlosigkeit zu verbessern und ihnen eine neue Identität zu verschaffen. Dazu gehört auch eine Boden- und Planungspolitik, die der sozialen Segregation gezielt gegensteuert.

2. Der drohende Klimawandel und die Verknappung und Verteuerung der Energieressourcen mit der Gefahr weiterer Energiekriege sind der Öffentlichkeit allmählich bewusst geworden. In der Stadt-, Verkehrs- und Gebäudeplanung ist davon noch zu wenig zu spüren. In der energetischen Modernisierung des Gebäudebestands liegen grosse, bisher ungenutzte Energieeinsparpotenziale. Die Umstellung unserer Energiewirtschaft auf eine dezentrale Energiewirt-

schaft mit erneuerbaren Energien ist überfällig. Das führt zu neuen Kriterien in der Stadtplanung, beispielsweise muss der schienengebundene Verkehr in den Städten gegenüber dem Strassenverkehr verstärkt ausgebaut werden. Die Innenentwicklung muss Vorrang bekommen vor der Umwandlung weiterer Grünflächen in Bauflächen, und in der Architektur werden die Nutzung der Solarenergie und energiesparende Lösungen für Heizung und Kühlung an Bedeutung gewinnen.

3. Das reiche Deutschland liegt in der Schulbildung weit hinter anderen, kleineren Ländern wie Finnland oder Österreich zurück. Bei uns hängen die Bildungschancen eines Kindes vor allem von seiner Herkunft ab. Auch wenn die Voraussagen über das Ende der Arbeit (Jeremy Rifkin) zutreffen sollten, wird das Zusammenleben und die Lebensqualität der Menschen entscheidend davon abhängen, ob das Schulwesen ihnen die Fähigkeiten für ein selbstbestimmtes, erfülltes Leben vermittelt hat. Über die Notwendigkeit einer qualitativen Verbesserung der vorschulischen Betreuung und Erziehung von Kindern besteht unter Fachleuten weithin Einigkeit. Was hat das mit Stadtentwicklung zu tun? Statt darauf zu warten, dass sich der Bund oder die Länder über die Kosten für die überfällige Bildungsreform einigen, sollten die Städte kostenträchtige Prestige-Projekte zurückstellen und energisch den Aus- und Neubau von Kindertagesstätten und Ganztageschulen, die verbesserte Aus- und Fortbildung von Frauen und Männern in den Erziehungsberufen und den Einsatz von Jugendsozialarbeitern angehen. Im Wettbewerb der Städte um gut ausgebildete, junge, zahlungskräftige Einwohner wird zukünftig weniger das Angebot an aufwändigen Unterhaltungsevents als die Angebote eines gut ausgebauten, zeitgemässen Bildungswesens für die kommenden Generationen eine Rolle spielen.



Freiräume
Erika Spiegel

Wenn und wo auch bei weniger Einwohnern der stadtbildprägende Grundriss der gründerzeitlichen Stadt erhalten bleiben soll, muss es darum gehen, innerhalb dieses Grundrisses nicht mehr, sondern weniger Wohnungen unterzubringen als zuvor. Wenn trotzdem nicht überall alle Altbauten gerettet, nicht überall alle geschlossenen Baublöcke erhalten werden können, so gilt es daher, die Chance einer Aufwertung gerade der besonders gefährdeten Gebiete durch „mehr Grün“ so zu nutzen, dass dieser Grundriss erkennbar und erlebbar bleibt.

Die Chance zu „mehr Grün“ ergibt sich also auf zwei Maßstabsebenen, die je für sich sehr unterschiedliche Konzepte und Maßnahmen erfordern: zum einen auf der Ebene der einzelnen Blöcke, dort als relativ kleinteiliges, mittelbar oder unmittelbar wohnungsbezogenes Grün, das die Blöcke als solche unangestastet lässt; zum anderen auf einer blockübergreifenden Ebene, dort als eigenständiges, eher landschaftlich geprägtes Strukturelement, das jedoch die Blockstruktur insgesamt nicht in Frage stellt.

Dabei hat die Ebene der einzelnen Blöcke, de facto die mehr oder weniger temporäre Umnutzung einzelner Baulücken, bis jetzt weitaus die meiste Aufmerksamkeit gefunden. Insbesondere die gemeinschaftliche Nutzung für Sport und Spiel, die Aufteilung in Mietergärten, die Überlassung als Grabeland sind bei den Bewohnern auf so viel Gegenliebe gestoßen, dass diese auch bereit waren, die Anlage und Pflege zu übernehmen. Auf diese Ebene richten sich auch die meisten Aufforderungen zur Entfaltung „kreativer Potenziale“, zur Beteiligung an künstlerischen Inszenierungen, die Chancen der neuen Freiräume deutlich machen sollen.

Diese Ebene ist es aber auch, auf der Übergangslösungen für solche Gebiete gefunden werden müssen, denen keine langfristige Perspektive mehr beschieden ist. Will man die Bewohner nicht unzumutbaren Wohn- und Lebensverhältnissen aussetzen, so können die wachsenden Leerstände und Lücken nur durch eine sorgfältige Freiraumplanung, die jedem Anzeichen von Verwahrlosung ein Zeichen des gemeinsamen öffentlichen Interesses entgegengesetzt, kompensiert werden.

Wenn dabei häufig von neuartigen Landschaftselementen die Rede ist, so sind damit nicht die „neuen Landschaften“, geschweige denn die „neuen Stadtlandschaften“ gemeint, die der stadtreionalen Ebene eine neue Qualität geben sollen. Es geht nicht um eine neuartige „Einbettung der Stadt in die Landschaft“, sondern um die Einbettung neuartiger Landschaftselemente in die Stadt, deren struktureller Zusammenhang damit nicht zerrissen, sondern eher gestärkt werden soll. Es geht daher nicht mehr nur um die Kompensation spezifisch städtischer sozialer und ökologischer Defizite, wie sie lange Zeit die Forderung nach „mehr Grün“ begründete, sondern um eine wechselseitige Korrespondenz von Stadt- und Freiraum, die sich ästhetisch und funktional ergänzen, aber nicht einander unterordnen.

Überall, im Westen wie im Osten werden Größe, Zahl und stadträumliche Lage der mittel- bis langfristig nicht mehr benötigten Wohnbauflächen dazu zwingen, die Struktur- und Ordnungsvorstellungen der letzten Jahrzehnte zu überdenken. Es sind neue stadträumliche Konzepte erforderlich, die eine strukturelle Verbindung von bebauten und nicht mehr bebauten Stadt-Teilen, von stadttypischen und landschaftsähnlichen Elementen ermöglichen, und zwar nicht als „Ersatz“ für Gebautes, sondern als durchaus eigenständiges Strukturelement. Dabei ist keineswegs ausgeschlossen, dass eine

solche Verbindung von stadtypischen mit landschaftsähnlichen Elementen auch den Präferenzen zumindest des Teils der städtischen Bevölkerung entspricht, dem offeneren, weniger dicht bebaute und mehr garten-

und landschaftsbezogene Stadträume eher entgegenkommen als viele der kompakten, verdichteten, nahezu flächendeckend überbauten Stadträume der Gründerzeit.



Denkmalschutz und bürgerschaftliches Engagement

Michael Krautzberger

Das Interesse, das Kulturdenkmäler und Denkmalensembles bei Bürgerinnen und Bürgern auslösen, ist beachtlich: Die Besucherrekorde, die Denkmäler am jährlichen „Tag des offenen Denkmals“ oder zu anderen besonderen Anlässen im Jahreslauf zu vermehren haben, sind eindrucksvoll – etwa vier Millionen Menschen nahmen in den vergangenen Jahren an den bundesweiten Veranstaltungen am zweiten Sonntag im September teil. Dies wird von vielen als ein Stimmungsbarometer für den Rückhalt bezeichnet, den Bau-, Boden- und Gartendenkmalpflege auch im Alltag der breiten Bevölkerung finden (Haspel 2004, S.25). Zwei Drittel der Bevölkerung vertreten nach einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach die Auffassung, dass Denkmalpflege zu den gesellschaftspolitischen Schwerpunktaufgaben zählt oder zählen sollte.

Bürgerschaftliches Engagement für die Staatsaufgabe Denkmalschutz – ein Widerspruch oder eine Antwort der Zivilgesellschaft auf die Überforderung des Staats und auf die Übernahme von Verantwortung durch Bürgerinnen und Bürger? Es kann bei alledem sicher nicht um eine theoretische oder ideologische Diskussion gehen, sondern um die notwendige direkte Hilfe und das finanzielle Engagement für das kulturelle Erbe. Der Erhalt der Kulturdenkmäler ist eine langfristige Aufgabe von gewaltiger finanzieller Dimension. Die Aufgabe braucht deshalb zugleich das partnerschaftliche Miteinander von engagierten Bürgerinnen und Bürgern und starke Institutionen. Der Staat ist gut beraten, dieses aufwachende und breit verwurzelte Engagement partnerschaftlich zu begleiten und es durch kluge Anreize etwa im Steuer- und Stiftungsrecht als nachhaltige Quelle der Kulturförderung zu bestärken.

Dabei muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass der Staat im Verfassungssinne auch Kulturstaat ist – vielleicht steht dies neben dem Umwelt- und Tierschutz demnächst ja auch ausdrücklich als Staatsziel im Grundgesetz – und damit auch in der finanziellen Verantwortung, unserem Land seine vielfältige kulturgeschichtliche Identität zu erhalten.



Stadt. To whom it may concern.
Marta Doehler-Behzadi

Fast ein Drittel der deutschen Bevölkerung lebt in Großstädten. Betrachtet man die Stadtregionen, also die Kernstädte und ihre Einzugsbereiche, dann sind es 73 %. Wen also sollte das Thema Stadt eigentlich kalt lassen? Man sollte meinen, dass es kein Thema geben dürfte, das von solch allgemeinem Interesse und öffentlich zugänglich, anschaulich und konkret ist wie gerade die Stadt.

Heute müssen die Städte zu Motoren des Wandels werden, weg von alten industriegesellschaftlichen Strukturen hin zu einer postindustriellen Gesellschaft. Ist in der neuen Phase eine Wertschöpfung aus wissensbasierten Ökonomien zu erwarten, so muss man sich den Standortanforderungen dieser Unternehmen und ihrer hoch qualifizierten, anspruchsvollen, schnell hin- und herwandernden Arbeitskräfte stellen. Dazu zählen nicht nur gute infrastrukturelle Anbindungen und modernste Telekommunikationsmittel, sondern auch ein qualifiziertes Wohn-, Freizeit – und Kulturangebot und sichere Stadtteile. Die Stadtgesellschaft braucht eine attraktive bauliche Hülle, vielfältige Anregungen und eine städtische Bühne, um sich selbst darzustellen und die eigene Identität gemeinsam auszumachen und erleben zu können. Städtebau und eine strategisch ausgerichtete, urbanistische Kommunalpolitik können zentrale Themen der Stadtentwicklung werden.

Selbst die abstrakte Raumordnung stimmt in diese offensive Reformgrammatik ein: Hat Deutschland schon keine Global City, die es mit London, Tokyo oder New York aufnehmen könnte, so findet sich hier doch ein historisch entstandenes Netzwerk mit einer Vielzahl von starken, stolzen und schönen Städten. Die finden sich gerade zu Metropolenregionen zusammen und stellen sich neu auf, um so-

zusagen im Schwarm die Funktionen erfüllen zu können, die in anderen, zentralisierten Städtensystemen eine einzige Groß- oder gar Weltstadt erfüllt.

Immerhin gibt es ganz aktuell einen Trend ‚zurück in die Stadt‘. Die Fachleute sind sich nicht einig, ob es sich hierbei bereits um einen sicheren Entwicklungspfad der Re-Urbanisierung handelt, die tatsächlich mit einer substanziellen, anhaltenden und tragfähigen Konsolidierung der Innenstädte einhergeht. Aber es gibt viele Indizien und hoffnungsvolle Beispiele.

Überall dort, wo herkömmliche Grundstücke und Bauten aus ihrer Nutzung fallen, seien sie nun Gewerbe-, Bahn- oder Militärf Flächen, entsteht Raum für neue Optionen: neues Wohnen, andere Freizeitflächen, mehr Grün. Und dort, wo sich die Flächen ihrer schnellen Umwidmung entziehen, setzen vielleicht temporäre Zwischennutzungen ein. Oder es breitet sich eine Art Zwischengrün – quasi subversiv – ganz ohne menschliches Zutun aus. Da gibt es Nutzungsangebote inmitten der Stadt, die man noch vor wenigen Jahren für undenkbar gehalten hatte Schwimmen im Badeschiff im Fluss, Strandbar mit Strandkorb auf Sand ohne Strand. Beachvolleyball vor dem Rathaus auf dem Marktplatzbeach, Eislaufen im Hauptbahnhof – alles wird umerfunden, uminterpretiert, umgenutzt. Das städtische Leben wird in einer Weise casual, lässig, wie man es früher nicht kannte.

Vielleicht ist hier noch der Wunsch der Vater des Gedankens, aber dann macht das auch nichts, denn jeder weiß, dass selbst unter rationalen, ökonomischen ökonomischen Verwertungsaspekten in der Immobilienökonomie ganz vieles völlig irrational abläuft. Die Lebensstilpioniere, Multiplikatoren und Trendsetter kreieren jedenfalls neue Lagen und Milieus. Wenn man heute hip und schick, sophisticated oder up to date sein will, zieht man nicht mehr in den Bauernhof mit

Fachwerkbindern und Geranientöpfen. Städtisch ist das Lebensgefühl der Zukunft.

Heute haben die Städte genügend Potenziale und Ideen, sich auf eine genuin urbane Weise zu reproduzieren und den Menschen dennoch zu gefallen. Die Politik sollte diesen Moment nicht verpassen, denn Urbanismus kann ein Erfolgsrezept für Reformen sein.



Nationale Stadtentwicklungspolitiken in europäischen Nachbarländern.
Mobilität.

Interview mit Pierre Laconte

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Herausforderungen an Städte in Europa?

Zuallererst: der Weg, wie sich Städte im 21. Jahrhundert entwickeln müssen wird eine Umkehrung der Entwicklungen des 20. Jahrhunderts – Stadtflucht, Suburbanisierung – sein. Wir haben im 20. Jahrhundert die von Henry Ford in amerikanischen Städten geschickt eingeleiteten Strategien übernommen: Ausweitung der öffentlichen Strukturen für den motorisierten Individualverkehr, Reduzierung des öffentlichen Nahverkehrs und des Raumes für Fußgänger. En parenthèse: in den USA macht heute der öffentliche Nahverkehr gerade nur ein Prozent des gesamten motorisierten Verkehrs aus. Diese Großaufgabe der politischen Koordinierung aller raumbezogenen Handlungsfelder wird die zentrale Aufgabe zu Beginn des 21. Jahrhunderts sein. Dies bedeutet zum Beispiel – wie es die deutsche Regierung bereits eingeleitet hat – das Ende einer Subventionierung der Pendlerbeziehungen zwischen Wohn- und Arbeitsort. Dies bedeutet auch das Ende der Subventionierung billigen Wohnens außerhalb der Städte. Dies würde die räumliche Entwicklung wieder auf eine ökonomische Grundlage stellen – die Menschen sind in der Lage, dann realistische Entscheidungen zu treffen und in der Abwägung eher Standorte in den Städten zu suchen. Dies bedeutet wiederum für die Städte höhere Dichten, aber auch einen weitaus geringeren Energieverbrauch und geringere Infrastrukturkosten. Für Belgien gibt es eine Studie, nach der die Kosten der Suburbanisierung achtfach höher sind als eine integrierte Entwicklung innerhalb der Städte: Denken Sie nur an die Kosten der Erschließung, der Ver- und Entsorgung, der sozialen Infrastruktur für Schulen oder Krankenhäuser – die Kosten für all diese Infrastrukturen

vervielfachen sich, wenn man sie über das Land verstreut. Deshalb muss es die erste Herausforderung für eine Stadtentwicklungspolitik in Deutschland sein, diese Bewegungen umzukehren und eine wirksame Reurbanisierung in den Städten zu fördern. Innerhalb der Städte wird es immer mehr Raum für neue Entwicklungen geben. Nicht nur die überflüssigen Industrie- und Hafensareale, die nicht mehr benötigten militärischen und Bahn-Flächen: auch die großflächigen Büroareale werden kurzfristig neu zu entwickeln sein:

- Für immer mehr Menschen wird der wichtigste Arbeitsplatz der Computer im Arbeitsbereich der Wohnung sein,
- statt der aufwendigen baulichen Installationen in alten Bürogebäuden wird die Steckdose alle notwendigen Verbindungen herstellen.

Die rückläufige Entwicklung im Bürobereich ist Realität bereits heute und eine Herausforderung in neuen Größenordnungen für morgen. Dafür wird es erweiterte Wohnbereiche geben müssen: für jeden Bewohner, auch für Kinder einen eigenen Raum für das Arbeiten und Lernen. Schließlich müssen Wohnbereiche mit ihren neuen Anforderungen an ein urbanes Umfeld gefördert werden. Sie werden innerstädtische Standorte suchen, die es ihnen – nicht zuletzt wegen der steigenden Energiepreise – ermöglichen, notwendige Wege mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln – vor allem auch mit dem Fahrrad und zu Fuß – zurückzulegen. Mit der Energiepolitik, die nicht zuletzt dank deutscher Initiative auf europäischer Ebene neu verhandelt wurde, ist auch eine neue Wohnungspolitik zu verbinden. Leider ist die räumliche Planung – zum Beispiel die Flächennutzungsplanung – am wenigsten in der Lage, diese Entwicklung

allein zu beeinflussen. Hier müssen integrierte Ansätze verstärkt unternommen werden – mehr als ein „Weiter so“ müssen diese guten Ansätze in Deutschland verstärkt wirksam werden.

Welche Orientierungen gibt es für die Reurbanisierung unserer Städte? Gilt noch das Leitbild der Europäischen Stadt?

Dies ist nicht nur eine Frage an Städte in Deutschland, dies ist eine Frage an alle Städte in Europa. Das, was Deutschland bewegt, wird vervielfacht durch die Entwicklungen der Städte in den 27 weiteren Staaten der Europäischen Union. Das bedeutet auf europäischer Ebene die Lobby von Beton, Öl und Auto zu begrenzen. Alle drei sind im Brüsseler Umfeld besonders stark vertreten. Diese Auseinandersetzungen sind mit großer Sorgfalt und großem Nachdruck zu betreiben – diese Auseinandersetzungen sind erst in Ansätzen wirksam geworden. Das neue Weißbuch der Generaldirektion fordert die Entkoppelung von Mobilität und Umweltbelastungen.

Welche Stadtentwicklungspolitiken in Europa können eine Orientierung für eine deutsche Stadtentwicklungspolitik vermitteln?

Nach meiner Einschätzung sind es die skandinavischen Länder, insbesondere Dänemark auf der einen Seite, die Schweiz – obwohl nicht Mitglied der EU – andererseits, die gute Stadtentwicklungspolitiken betreiben. Dazu gehört auch Österreich, das – wie Deutschland – die Transitkosten für den Gütertransport auf der Straße besteuert. Dänemark ist insofern interessant, als es das ökonomische Wachstum von der Steigerung der Mobilität entkoppelt. Tatsache ist, dass wegen der Subventionierung das Verkehrsvolumen sehr viel stärker steigt als die Entwicklung der gesamten Ökonomie. Damit erhält Mobilität eine eigenständige Entwicklung, während sie doch aus der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung abgeleitet sein sollte. Leider wird

immer noch in der Öffentlichkeit – unterstützt durch Werbung und Medien – Mobilität als ein positives Element gesehen. Das muss auf europäischer und auf gesamtstaatlicher Ebene verändert werden.

Dann gibt es natürlich die Entwicklungen, die regional und lokal zu beeinflussen sind. Dazu gibt es in Europa zahlreiche gute Beispiele. Eines ist sicherlich die Stadt Zürich, die mit einer klugen, integrierten Politik erreicht, den Prozess der Reurbanisierung zu gestalten. Der Zufluss von Autos wird hier nicht – wie in London – über eine Straßengebühr begrenzt, sondern über die Parkgebühren: für das Einkaufen kann man zeitlich begrenzte, kostenfreie oder billige Parkplätze in der Stadt nutzen, die in längeren Belegungszeiten für Pendler allerdings sehr teuer werden. Sie sind damit gehalten, den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen. Das hat eine ganze Menge an Einfluss auf die Entwicklung in der Stadt: die Menschen ziehen wieder in die Stadt zurück, die Stadt wird belebt, urbane Lebensverhältnisse werden wieder mehr geschätzt, die Belastungen durch das Auto sind geringer, unter dem Strich die finanzielle Bilanz für die Stadt positiv.

Ein positives Beispiel ist auch die Stadt Kopenhagen. Hier hat sich der „Fingerplan“ mit einer konzentrierten Entwicklung an den Radialen und Freiraum zwischen den Radialen durchaus bewährt. Mit einer großen Konsequenz wird eine Verdichtung an den Haltestellen der Metro-Linien an den Radialen unterstützt. Damit können die grünen Landschaftsräume bis tief in die Stadt erhalten bleiben. Auf der anderen Seite können die Nahverbindungen mit der Metro ausgeweitet werden auf den Flughafen und sogar – grenzüberschreitend – bis nach Malmö: Malmö ist damit nur zwanzig Minuten vom Flughafen entfernt, ebenso wie die Stadt Kopenhagen. Die Verkehrspolitik insgesamt hat zu einer deutlichen Reduzierung der Umweltbelastungen geführt.





3. Akteure für Stadt und Urbanität

Stadtpolitik ist Investitionspolitik und Wirtschaftsförderung
Bernd Hunger

Es muss im gesellschaftlichen Bewusstsein Konsens werden, dass Stadtpolitik kein Subventionstatbestand ist, sondern aktive Investitionspolitik. Die altmodische, aus Sicht europäischer Programme (Urban) kaum nachvollziehbare sektorale Aufsplitterung und Trennung von zusammengehörenden Aufgaben muss überwunden werden: investive versus nicht investive Maßnahmen, Wirtschaftsförderung versus Städtebauförderung versus Förderungen im sozialen Bereich etc. Denn weiche Standortfaktoren sind nur scheinbar weich. Sie sind in ihren ökonomischen Folgen knallhart, wenn Schwellenwerte der Akzeptanz und Verträglichkeit überschritten werden: sozialer Frieden, intakte Umwelt und akzeptable Lebensqualität für alle sind Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg und nachhaltige Rendite der Unternehmen.

Zu diesem Verständnis von Stadtentwicklungspolitik als aktiver Wirtschafts- und Sozialpolitik gehört eine neue Qualität des Zusammenwirkens von Kommunen und Wirtschaft. Der Impuls für eine nationale Städtepolitik kann nicht allein von der öffentlichen Hand ausgehen. Problematisch ist, dass die Kommunen zwar mehr denn je leistungsfähige Partner in der Wirtschaft brauchen, diese ihnen jedoch in immer mehr Städten verloren gehen. Der „Partnerverlust“ zieht sich durch nahezu alle Branchen:

- Der wirtschaftliche Strukturwandel führt zu einer Ablösung der Unternehmensstrategien von lokalen Interessen. Die Standortbindung der Firmen lässt nach. Ein häufiger Wechsel von Betriebsstandorten führt nicht nur erheblichen sozialen Problemen, sondern auch zur Entwertung der auf diese Betriebe bezogenen Infrastruktur. Unternehmen, die nur eine geringe Standortbindung haben, sind nur selten für Strategien und Projekte zur Weiterentwicklung von Standorten zu gewinnen.

- Durch den in der Finanznot erzwungenen Verkauf von kommunalen Betrieben wie Wohnungsunternehmen und Stadtwerken verlieren die Kommunen wichtige Wirtschaftspartner, die von ihrem Auftrag her angehalten sind, ihre unternehmerische Interessen mit stadtentwicklungspolitischen Zielen weitmöglich in Übereinstimmung zu bringen.

Vom Stadtumbau zur integrierten Stadt- und Regionalentwicklung

Für Folgen des demographischen und sozialen Wandels – Einwohnerrückgang, rückläufige Nachfrage in nahezu allen Flächen- und Verbrauchskategorien (mit Ausnahme weniger Wachstumskerne), soziale Ausdifferenzierung, räumliche Polarisierung – ist zweierlei kennzeichnend:

- Sie machen sich nicht nur in den Städten, sondern teilweise mit noch deutlicheren Konsequenzen im ländlichen Raum bemerkbar.
- Sie betreffen mit unterschiedlicher Intensität und Stärke alle Infrastrukturbereiche, die untereinander in Wechselwirkung stehen – mit Auswirkungen für deren Bewirtschaftung, Modernisierung, Abriss oder Neubau.

Die Anpassung der Stadt- und Infrastrukturen an veränderte gesellschaftliche Erfordernisse ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie stellt sich nicht nur im Kontext der einzelnen Stadt, sondern auch der regionalen Entwicklung.

Finanziell tragbare, wirtschaftlich und sozial erfolgreiche Stadtpolitik ist nicht in der Verbreiterung sektoraler Programme und Entwicklungsansätze, sondern in der gemeinde- und ressortübergreifenden Verantwortung für den Strukturwandel der Kommunen und Regionen zu verankern. Alle Ressorts einschließlich der EU – Strukturförderungsprogramme sind hier gefordert.

Den ordnungspolitischen Rahmen stadtfreundlich gestalten

Zur Aufrechterhaltung eines dem Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse folgenden Infrastrukturniveaus sind neue Überlegungen zu Funktion, Organisation, Technik und Finanzierung der Infrastrukturen notwendig.

Die Finanzierung von Transformationsprozessen, bei denen Wachstum, Schrumpfung oder Stagnation kleinräumlich und differenziert zu gestalten sind, erfordert andere Modelle als die Finanzierung von Wachstumsprozessen – ein Problem, das in vielen Bereichen der modernen Ökonomie ansteht und dessen Lösung zugleich als Chance betrachtet werden kann. Die Regelungen im Programm Stadtumbau stellen einen Einstieg in eine neue Richtung des Denkens dar.

Stärker als bisher muss die regionale und die städtische Ebene Grundlage des politischen, planerischen wie unternehmerischen Handelns werden.

Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln „Pro Stadt“ schaffen

Von der Politik wird erwartet, dass sie Rahmenbedingungen schafft, damit sich unternehmerisches Handeln für die Stadt lohnt. Steuerliche Erleichterungen, Förderprogramme, Investitionszulagen, planungsrechtliche Regelungen und andere Formen des staatlich gestaltbaren unternehmerischen Handlungsrahmens müssen auf den Prüfstand. Zu fragen ist:

- inwiefern sie den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung dienen. Positive Beispiele: steuerliche Begünstigungen für Maßnahmen im Denkmalschutz, Berücksichtigung des Erhalts verträglicher Nachbarschaften im Gleichbehandlungsgesetz;
- inwiefern der Anreiz für unternehmerisches Handeln im Interesse einer nachhaltigen Stadtentwicklung ausreicht. Negative Beispiele: Wegfall der Investitionszulage für innerstädtische Wohnungsbauvorhaben, keine räumliche Komponente in den KfW – Programmen zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes durch energetische Maßnahmen.

Stadtentwicklung ist Angelegenheit des städtischen Gemeinwesens

Die Initiative für eine nationale Stadtentwicklungspolitik wird Erfolg haben, wenn sie die Herzen der Bürgerinnen und Bürger erreicht. Sie kann zu einer zivilgesellschaftlichen Initiative werden, wenn ihre Projekte nicht als staatlich von „oben herab“ verordnet wahrgenommen werden, sondern im kommunalen Diskussionsprozess vor Ort reifen. Ein breite gesellschaftliche Debatte über die Schlussfolgerungen aus der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für die nationale Stadtentwicklungspolitik wäre ein guter politischer Einstieg.



Die Chancen einer aktivierenden Wirtschaftspolitik. Städte als Knotenpunkte der Wissensgesellschaft
Volkmar Strauch

Derzeit deutet alles darauf hin, dass im 21. Jahrhundert die großen Städte ihre frühere Rolle als wirtschaftliche Kraftzentren zurückgewinnen können, nämlich als Knotenpunkte der Wissensgesellschaft. Wissen und Information werden die Triebkräfte der wirtschaftlichen Entwicklung im kommenden Jahrhundert sein. Die modernen Informationstechnologien haben eine Zeitenwende eingeleitet, vergleichbar nur der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts.

In diesem Umwälzungsprozess haben die großen Städte einen unschätzbaren Standortvorteil gegenüber den peripheren Regionen. Denn der Rohstoff der Wissens- und Informationsgesellschaft wird in den Zentren geschaffen und auf Grund der direkten Führungsvorteile meist auch dort in Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umgesetzt. Vor allem hier entstehen die Cluster der in-

novationsgeprägten Branchen. Hier herrscht die Atmosphäre von Innovation und Gründergeist, hier existieren die Voraussetzungen dafür, dass eine kritische Masse aus Wissenschaft, Unternehmen, Kapitalgebern zünden kann.

Nicht zuletzt bieten nur die großen Städte und Ballungsräume die notwendigen Testmärkte für die neuen Dienstleistungen und Produkte der Informationsgesellschaft. Dabei gilt: In der Wissens- und Informationsgesellschaft, in der der Anteil wissenschaftlicher Waren und Dienstleistungen von Tag zu Tag überproportional wächst, kann eine Wettbewerbsposition nur noch dadurch behauptet bzw. ausgebaut werden, dass sich der Standort intensiv mit der Integration von Wissensvorsprüngen in allen Produktions- und Dienstleistungsprozessen auseinandersetzt.

Adaptive Kapazitäten sind unverzichtbare Bindeglieder zur Verknüpfung wissenschaftlicher Forschung mit unternehmerischer Umsetzung.



Zukunftskonzepte für den Handel Lovro Mandac

Unsere Städte sind ein kostbares Gut. Den Erhalt und Ausbau der Urbanität der Städte zu sichern, ist eine Gemeinschaftsaufgabe für alle, die sich die Lebendigkeit und Stärke der Zentren auf die Fahne geschrieben haben. Zum Setzen der Segel bedarf es der Unterstützung aller, die im gemeinsamen Boot, jeder in seiner Aufgabe, ihren Beitrag zum Vorwärtskommen leisten. Das Ziel einer lebens- und liebenswerten Stadt lohnt jede Anstrengung.

Stadt ist mehr als Handel. Stadt ist Kunst und Kultur, Gastronomie und Hotellerie, Dienstleistung und Handwerk, Bildung und Behörden. Die Stadt ist Element und Ausdruck von Lebensstil und -gefühl. Sie bietet Unterhaltung, Inszenierung und Kommunikation, Erlebnis und Erleben. Dies alles prägt das Bild einer funktions- und sinnvollen Stadt mit all ihren farbigen Facetten.

Das Warenhaus mit seinen welten- und themenorientierten Konzepten ist dabei Zugpferd und moderner Magnet einer Stadt. Nur wenn alle Hände richtig handeln und das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen verlieren, ist eine attraktive Lebensqualität für die Menschen in der Stadt zu schaffen. Erst dann kann der Kreislauf einer Stadt in besserer Bewegung bleiben und das Herz kräftig schlagen.

Um den Organismus Stadt zu stärken, muss er für die Menschen erreichbar bleiben. Er muss Raum gewähren für Sicherheit und Sauberkeit und ein Leistungs- und Wohlfühl-spektrum für alle Generationen bieten.

Die Stadt ist ein starker Wirtschaftsstandort. Was der Handel nicht verkauft, braucht in der Industrie keiner herzustellen. Ausgewogene Stadtpolitik ist somit immer auch ein gutes Stück Arbeitsmarktpolitik.

Alles, was dazu beiträgt, den Einzelhandelsstandort Stadt zu stärken, ist sinnvoll. Die Städte erleben eine Renaissance bei Bürgern und Händlern, die gegenseitige Unterstützung und die Identifikation mit der Stadt wachsen weiter.

Auch immer mehr Center-Entwickler suchen die Frequenz und den starken Rahmen der gewachsenen Stadt. Nicht nur Arbeiten, sondern gerade auch Wohnen und Leben in der Stadt werden attraktiver. Viele Menschen entdecken Qualität und Identität ihrer Stadt neu. Bürger und Händler werden zunehmend initiativ. Wirkungsvoll und vorbildlich sind von uns nachhaltig unterstützte PPP-Initiativen wie „Ab in die Mitte!“, die die unterschiedlichsten Kräfte aktiv bündeln und die Akteure und Besucher zugleich mobilisieren wie motivieren. In fünf Bundesländern wehen bereits die Fahnen dieser lobenswerten Initiative. Eine der vielen Initiativen, die die Kaufhof Warenhaus AG mit ins Leben gerufen hat, ist auch „Standort Innenstadt-Raum für Ideen“. Dieses in Deutschland einzigartige Projekt hat unterschiedlichste Akteure aus Handel, Stadt und Landesministerien vereint, positive Beispiele für die Verhinderung und Beseitigung von Ladenleerständen zu suchen und auch praktisch umzusetzen.

Immobilien- und Standortgemeinschaften, Business Improvement Districts und viele andere Innenstadt-Förderungen bieten bei aller Unterschiedlichkeit der Konzepte einen guten Rahmen, gemeinsame Interessen in gute Taten umzusetzen. Sie bieten Chancen, auch unter Einbeziehung der Immobilien-Verantwortlichen den Branchen-Mix und das Flanier-Umfeld in den Städten so zu gestalten, dass Bummeln und Einkaufen Freude machen.

Auch der Bund leistet seinen wichtigen Beitrag für einen guten Auftritt. Mit dem Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte setzt er

beispielsweise ein deutliches Signal Pro-Innenstadt. Damit wird sich die Innenstadt im Standortwettbewerb noch besser behaupten können.

Der deutsche Handel steht im internationalen Vergleich an der Spitze. Fast nirgendwo sonst lässt sich so günstig einkaufen wie in deutschen Ländern. Damit jenseits aller Grenzen zu werben, heißt auch neue Besucher-Poten-

ziale zu gewinnen. Sich auf diese mit neuer Offenheit und internationalen Standards professionell einzustellen, ist eine erfolgversprechende und zukunftsorientierte Aufgabe für alle Stadtakteure.

Der Lohn dieser Aufgabe ist eine lebendige und liebenswerte Stadt, in der sich alle wohlfühlen können.



Engagement für die Stadt
Ralph Labonte

Die ThyssenKrupp AG plant und realisiert, nach einem Entwurf des Architekturbüros Chaix & Morel et Associés, Paris, JSWD Architekten und Planer, Köln, das ThyssenKrupp Quartier in Essen auf einem innerstädtischen Areal von über 20 ha. Das ThyssenKrupp Quartier für insgesamt mehr als 2000 Mitarbeiter umfasst sowohl das neue ThyssenKrupp Headquarter als auch weitere Büro- und Verwaltungsgebäude des Konzerns. Darüber hinaus ist ein Multifunktionsgebäude mit ThyssenKrupp Academy und Konferenzzentrum geplant, ein Hotel sowie weitere ergänzende Nutzungen. Als große Qualität dieses Entwurfs wird die Staffelung der bebauten und unbebauten Flächen gesehen, die eine Verflechtung aller Gebäudestandorte auf dem Campus mit ihren unmittelbaren Freiräumen sowie mit dem zentralen Flanierboulevard ermöglicht. Eine städtebaulich vertraute Struktur erhält er durch die großzügige Wasserachse und das Gebäude für das ThyssenKrupp Headquarter.

Damit hat unser Umzug Signalwirkung. Es wird kein abgeschlossenes Areal, sondern ein städtischer Erlebnisraum, der sich den Bürgern öffnet. Wir hoffen, dass das Quartier die

Entwicklung im schwierigeren Stadtnorden beflügelt. Insgesamt will ThyssenKrupp dazu beitragen, einen völlig neuen Stadtteil entstehen zu lassen.

Wir haben in der ersten Phase des Projektes viel Unterstützung auch von Seiten der Politik erfahren, dies erhoffen wir uns auch für die Zukunft. Denn im Unterschied zur Stadtplanung, die sich nur auf die baulich-räumliche Entwicklung bezieht, geht es bei der Stadtentwicklung um die Steuerung der Gesamtentwicklung der Stadt, die auch die gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Entwicklung beinhaltet. Stadtentwicklung verlangt somit eine interdisziplinäre, integrierte und zukunftsgerichtete Herangehensweise. Die Stadtentwicklung steht durch gesellschaftliche Tendenzen, wie zum Beispiel den demographischen Wandel, die Globalisierung, die Verankerung der Nachhaltigkeit auf der lokalen Ebene, vor immer neuen Herausforderungen.

All diesen Herausforderungen stellt sich auch der ThyssenKrupp Konzern mit seiner sozialen Verantwortung.

Für eine weitreichende Stadtentwicklungspolitik sollte also auch das Motto von ThyssenKrupp eine große Bedeutung haben: Wir entwickeln die Zukunft für Sie!



Netzwerke für die Stadt
Interview mit Andreas Grosz

Wir versuchen Angebote zu machen, die Architekten oder weit blickende Investoren interessieren.

Wir wollen das cocooning aufbrechen, wieder eine neue Verantwortung entwickeln. Die soziale Frage muss neu gestellt werden. Es kann uns nicht gleichgültig sein, dass in den Städten ganze Stadtteile abrutschen. Das ist in Deutschland eine neue Erfahrung, die kann ich auch hier in Köln bestätigen. Das stellen wir in den Mittelpunkt. Und wenn wir uns als Vorreiter oder als Elite verstehen, dann bitte mit dieser Verantwortung.

Unter dem Motto „Zukunft Stadt“ fragen wir: was treibt, was bewegt eigentlich Städte? Warum kommt die eine Stadt – zum Beispiel München – mit der Situation relativ gut klar und warum kommt eine andere Region – zum Beispiel das ganze Ruhrgebiet – nicht so richtig in die Hufe?

Welche gesellschaftlichen Gruppen treiben in welche Städte? Menschen, die heute in der Wissensgesellschaft tätig sind, Köpfe, die keine großen Apparate mehr brauchen, im Regelfall nur Büroräume, schauen heute ganz genau: wo gehe ich hin? Wenn man schon so hart arbeiten muss, dann möchte man in einem gesellschaftlichen oder städtischen Umfeld leben, das Lebensqualität bietet.

Kultur: Was ist in der Stadt los? Wie ist die Stadt aufgestellt? Welche Qualität hat das Bildungsangebot? Ganz wichtige Faktoren: Wer Stadtentwicklung betreibt, muss auf die sozialen Spannungen achten, muss für sozialen Ausgleich sorgen, muss sehen, dass das Bildungsangebot in der Stadt so ausreichend und attraktiv ist wie das Kulturleben. Zu bauen gibt es in diesem Land genug, aber es werden eben Stadtreparaturen sein. Der Zusammenhang zwischen Prosperität einer

Stadt und ihrer städtebaulichen Situation muss gesehen werden.

Die nächste Ausbaustufe muss sein, dass wir hieraus ein regelrechtes Netzwerk konstruieren. Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass man die Planungsabsichten von Städten in einer eigenen Homepage vereint und darüber erfährt: was passiert eigentlich in den Quartieren? Das Ganze kann man ja auch auf englisch und dann national auf deutsch runterbrechen, da bin ich gerade mit einigen Leuten im Gespräch. Wir brauchen diesen Dialog. Es gibt so viele Parallelen. Die europäische Stadt hat eine eigene Handschrift und eine eigene Identität. Es wäre ja dumm, wenn wir diesen Fundus nicht bündeln würden. Und das kann für vieles international auch vorbildhaft sein. Da sind wir noch am Anfang.

Der Bund kann hier natürlich nur Voraussetzungen schaffen, indem er erleichtert, auf-



greift, hilft. Urbanität kann man ja nicht aufpflöpfen. Das ist das, was die Menschen tun, die Summe ihrer Aktivitäten, ihrer Bewegung, ihrer Interaktion, ihres Handelns und des Klimas miteinander. All das macht für mich die Urbanität einer Stadt aus.

Ich würde mir wünschen, dass der Bund – über die ARD beispielsweise – ein spannendes Fernsehformat auflegt und zeigt, wie Städte historisch gewachsen sind, woher die Probleme kommen. Natürlich muss man das heute auch erlebnisorientiert machen. Das ist der Punkt: Architektur, Städtebau, Gestaltung, das muss in die Herzen der Leute rein. Das erwarte ich mir von einer Urbanitätsdebatte – keine akademische Diskussion hinter verschlossenen Türen, wo Architekten und Ingenieurverbände das dann unter sich ausmachen. Die haben es bis heute nicht geschafft. Das ist ein Thema, das jeden angeht. Ich glaube, dass es da viele Aha-Effekte gibt.

Und was den internationalen Dialog angeht, würde ich dem Bundesminister empfehlen: machen Sie eine Staffel des europäischen

Städteustausches. Sorgen Sie dafür, dass der Dialog aufgenommen wird und setzen Sie das entsprechend medial um. Das könnte der Bund viel eher als wir, weil es die einzige Instanz ist, die das im gesamten Lande machen kann.

Und das können ja dann die Kommunen aufgreifen. Wenn man hilft, Modelle dafür zu entwickeln, mediale Voraussetzungen schafft, dann hat man schon genug zu tun.

Wettbewerbe ausschreiben für gelungene Modelle, die Konversionsflächen flott machen, Leute auszeichnen, die in solche Risikogebiete reingehen und es schaffen, die zu drehen: Das ist die Aufgabe. Im Rheinau-Hafen kann jetzt jeder investieren, das ist jetzt die reinste Bank. Die waren auch Pioniere. Es gab genug Leute, die gesagt haben, das kann gar nicht laufen. Aber die in Deutz, in Kalk oder auch im Ruhrgebiet nördlich der Em-scher investieren, das sind jetzt die Pioniere. Solche Leute brauchen wir.





Strukturwandel und Kultur
Oliver Scheytt

Die Industriemonumente des Ruhrgebiets, die heute der Musik, dem zeitgenössischen Tanz oder dem experimentellen Schauspiel ein inspirierendes Ambiente bieten, haben weit mehr Aufmerksamkeit verdient, als ihnen zuteil wird.



In nur fünfzig Jahren hat das Ruhrgebiet auf seinem Weg vom umsatzstärksten Kohle- und Stahlproduzenten des Kontinents über das größte deutsche Entwicklungsland bis zur Kulturhauptstadt Europas 2010 Höhen und Tiefen durchlebt, die für eine zehnmal so lange Zeitspanne reichen würden.

Am Beispiel des Ruhrgebietes ließe sich zudem im Detail belegen, dass mit Hilfe von Städtebauförderungsmitteln in viel stärkerem Maße als in der Vergangenheit regionale Entwicklungsfaktoren gestärkt werden könnten, wenn nicht die Mechanismen der Mittelvergabe viel zu sehr auf einzelne Maßnahmen bezogen wären, was auch mit den Interessen innerhalb der beteiligten Bürokratie und parlamentarischen Gremien zu tun hat. Kulturelle (Vor-) Prägungen der zu entwickelnden Orte und Räume sollten eine starke Rolle bei der Ausrichtung der Förderprogramme erhalten, gerade mit Blick auf die wachsende kulturelle Vielfalt in den Städten und Stadtregionen, in denen Migration und demografischer Wandel erhebliche Auswirkungen haben.





Kunst und Zivilgesellschaft Nele Hertling

Kultur und Kunst brauchen die Stadt als Ort der Auseinandersetzung mit der sich immer schneller verändernden gesellschaftlichen Realität. „Der Staat“ – „die Politik“ allein sind nicht mehr in der Lage, auf die immensen Herausforderungen zur gegenwärtigen und zukünftigen Gestaltung des Lebens erfolgreich zu reagieren. Mehr denn je ist die Zivilgesellschaft gefordert, sich in allen nur erdenklichen Formen einzumischen, in einen kontinuierlichen Dialog zu treten mit den Entscheidungsträgern von Politik und Wirtschaft. Zu den immer mehr verengten Strukturen, der Distanzierung zwischen „dem Staat“ und seinen Bürgern bietet „die Kultur“ den Raum, in dem das kreative Potential der Zivilgesellschaft aktiv und sichtbar werden kann: Kultur, nicht nur verstanden in ihren künstlerischen Formen und Projekten, sondern im weitesten Sinne als Möglichkeit des Ausdrucks menschlicher Werte, als ein Angebot des Verstehens, der Toleranz, des Begreifens des „Anderen – Fremden“. Diese Kraft muss von den Akteuren der Kultur, der Kunst als Chance, aber auch als Verpflichtung verstanden werden. Dafür aber ist der Raum notwendig – nicht abgedrängt am Rand, sondern in der Mitte der Gesellschaft – im Zentrum der Stadt.

Künstlerische Prozesse brauchen Räume, um zu leben. Projekte brauchen den öffentlichen Ort, um ihrem Publikum begegnen zu können, die Auseinandersetzung zu führen. Bei der Planung von Städten ist dies eine notwendige Aufgabe – nicht die fortschreitende, kommerzielle Privatisierung, sondern den Erhalt von Arbeits- und Präsentationsräumen zu fordern, mit Fantasie und Engagement auch neue Nutzungskonzepte zu entwickeln.

Seit längerer Zeit ist zu beobachten, dass die Künstler selbst zunehmend die traditionellen Kunstorte verlassen, um sich in den Städten

anders zu positionieren. Sie besetzen leer stehende Industriegebäude, gehen – wie selbst die Berliner Philharmoniker – zu einem neuen Publikum in bisher kulturell oft unversorgten städtischen Regionen.

Dafür braucht die Kunst das Verständnis und die Unterstützung der Planer und politischen Entscheidungsträger. In einer solchen Kooperation können Städte eine wichtige Rolle übernehmen für das Selbstverständnis und die Beteiligung ihrer Bürger.





4. Schritte zur Umsetzung

Die Städte schaffen Integration
Christian Ude

Die Städte schaffen Integration. In dieser Formulierung – das Motto der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages – steckt viel Aussage! Integration kommt nicht von allein, sondern muss geschaffen werden! Und hierbei sind besonders die Städte gefragt und gefordert! Und ein Schuss Optimismus ist auch dabei: Die Städte werden es schon schaffen!

Dabei ist das Thema für uns weiß Gott nicht neu. Seit der Ankunft der ersten Gastarbeiter ist es den Verantwortlichen vor Ort bewusst, welche Anstrengungen der Zuzug verlangt: Da wurde Wohnraum benötigt, ein Bildungsangebot für fremdsprachige Kinder, eine Vielzahl von Hilfen, um sich in der fremden Stadt zurecht zu finden, Sport treiben und mitwirken zu können. Was die Kommunen und ihre Volkshochschulen hier geleistet haben, ist wirklich beachtlich. Auch die Bundesländer würdigen diesen kommunalen Beitrag, wenn sie in ihrer Stellungnahme zum Nationalen Integrationsplan ausführen: „Integration entscheidet sich vor Ort! Begegnungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund finden in Nachbarschaften in den Städten und Gemeinden, Stadtvierteln und Quartieren statt. In den Kommunen zeigt sich, ob Integration gelingt oder misslingt. Erfolge der Integration – aber auch Probleme – sind hier am deutlichsten spürbar. Integration muss daher am Wohnort, in den Öffentlichen Verwaltungen, am Arbeitsplatz, in den Schulen, in den Kindertagesstätten und unter Mitwirkung der Zuwanderinnen und Zuwanderer gestaltet werden.“

So ist es. Und diese Integrationsarbeit wird von den Kommunen schon seit Jahrzehnten geleistet, oft mit den größten Erfolgen dort, wo der höchste Ausländeranteil zu verzeichnen ist, etwa Stuttgart, während ausländerfeindliche Stimmungen sich häufig in Land-

strichen austoben, in denen es kaum Ausländer gibt. Da haben Ängste und Vorurteile andere Ursachen, denen wir uns auch widmen müssen!

Schon wenige Zahlen demonstrieren die Bedeutung des Themas Integration:

- 6,75 Millionen Ausländerinnen und Ausländer leben in Deutschland.
- Wenn man auch die Eingebürgerten, die Zuwanderer und die Kinder von Migranten hinzurechnet, kommt man auf 15,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund.
- Das sind immerhin schon 19 Prozent der Gesamtbevölkerung.
- Da sich die Zuwanderung auf bestimmte Großstädte konzentriert, ist dort schon mehr als jeder Dritte ein Mensch mit Migrationshintergrund.
- Im Jahr 2030 wird der Anteil in manchen Städten über 50 Prozent liegen.
- In vielen Grundschulen sind Kinder mit Migrationshintergrund die absolute Mehrheit, ja in manchen Klassen schon fast „unter sich“.
- Immerhin jede fünfte Eheschließung ist heute binational.



Von zentraler Bedeutung ist die Bereitschaft der Verständigung, und zwar auf beiden Seiten. Integrationsbereitschaft muss nicht nur der Mehrheitsgesellschaft abverlangt werden, sondern auch den Migranten. Und umgekehrt: Nicht nur die Migranten, sondern auch die Mehrheitsgesellschaft muss zur Veränderung bereit sein. Die Integrationsarbeit wird uns noch vieles abverlangen, vor allem Veränderungsbereitschaft und finanzielle Anstrengungen – denn good will allein reicht nicht.

Damit verhält es sich bei den Migrationsbewegungen wie bei allen anderen Erscheinun-

gen des demographischen Wandels, etwa dem Mangel an Kindern und der längeren Lebenserwartung: die Städte müssen mehr leisten, mehr Angebote machen, damit das Land kinderfreundlicher wird, mehr Angebote machen für alte Menschen, die mehr Unterstützung brauchen, mehr Angebote machen für Menschen mit Migrationshintergrund. Alle wollen „mehr Stadt“. Oder anders gesagt: Die Menschen erwarten immer mehr von der Stadt. Kein Mensch will „weniger Stadt“, alle verlangen immer mehr von ihrer Kommune. Deshalb müssen die Städte und Gemeinden für diese Aufgaben gestärkt werden – nur mit starken Städten ist ein Staat zu machen!



Stadtentwicklungspolitik auf
Bundesebene?

Gerd Schmidt-Eichstaedt

Kann der Bund Stadtentwicklungspolitik betreiben? Eigentlich nicht. Oder doch? Städte sind Individuen. Sie können sich nur aus sich selbst heraus entwickeln. Aber so wie gute Unternehmen Personalentwicklungspolitik betreiben, indem sie ihre Mitarbeiter zu Weiterbildungskursen schicken, ihnen im richtigen Moment Gehaltserhöhungen bewilligen, den Teamgeist fördern und Alkohol am Arbeitsplatz verbieten, so kann auch der Bund die Städte fördern. Die Mittel sind – bei näherem Hinsehen – der Personalentwicklung gar nicht so unähnlich wie man auf den ersten Blick vermuten könnte.

Also:

- Weiterbildungskurse für Städte? Darunter fällt die Modernisierung des Städtebaurechts, die zuerst vollzogen und dann gelernt werden muß. Hier ist der Bund sehr aktiv.
- Gehaltserhöhungen im richtigen Moment? Darunter fällt die kommunale Finanzausstattung, um die sich (auch) der Bund kümmern muß. Das fällt dem Bund schon schwerer.
- Teamgeist fördern? Das tut der Bund mit der Förderung von Städtenetzen und Forschungsprojekten, die auf kommunale Zusammenarbeit setzen, schon lange.
- Alkohol verbieten? Auch die Städte dürfen sich nicht betäuben lassen. Sie müssen einen klaren Blick für die Probleme behalten, die man bei allem Optimismus nicht übersehen darf.

Was sind, wo liegen die Probleme? Das Hauptproblem liegt in der Schrumpfung der Stadtbevölkerung durch Geburtenmangel, Abwanderung, Suburbanisierung. Manche merken es erst, wenn Schulen geschlossen werden müssen. Man sollte sich jedoch schon früher mit der Bevölkerungsentwicklung beschäftigen (und dabei nicht die „Überalterung“ beklagen – die doch nur eine Folge

des Geburtenmangels ist – oder gar meinen, das Problem ließe sich durch die sogenannte Zuwanderung lösen, die für sich selbst ein massives Problem darstellt). Es sind die Städte (nicht alle, aber die Mehrzahl), die als erste und am intensivsten vom bevorstehenden Rückgang der absoluten Bevölkerungszahl in der Bundesrepublik betroffen sein werden.





Europa braucht starke und lebenswerte Städte und Gemeinden
Roland Schäfer

Mit dem Appell „Europa braucht starke Städte“ haben am 24. Mai in Leipzig im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft alle 27 zuständigen EU-Minister die „Leipzig-Charta“ zur nachhaltigen europäischen Stadt verabschiedet.

In dieser Deutlichkeit wird zum ersten Mal in einem EU-Papier die Bedeutung der Städte für die wirtschaftliche, soziale, ökologische und kulturelle Entwicklung des gesamten Landes und Europas herausgestellt.

Zweifellos stehen die deutschen Städte und Gemeinden vor großen Herausforderungen: Nicht nur Schrumpfung und Wachstum bedingen jeweils spezifische kommunale Konzepte. Auch eine nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung insbesondere zum Schutz der Innenstädte und Ortskerne, ein vorsorgender Klimaschutz, die Gewährleistung der verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung, die Begrenzung des sozialen Auseinanderdriftens zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen und immer mehr auch Migrationsthemen beinhalten Themenfelder, die vorrangig vor Ort einer Lösung zugeführt werden müssen. Hinzu kommen als weitere Herausforderungen der gestalterische Umgang mit den Folgen der Globalisierung und Internationalisierung sowie die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Baukultur.

Gerade die aufgezeigten Themen machen auch deutlich, dass Städte und Gemeinden große Potenziale besitzen. Sie sind es, die mit ihrer konkreten Stadtentwicklungspolitik, ihrer Gestaltung der Umwelt und ihren Planungen von den Bürgern unmittelbar vor Ort erfahren werden. Es muss daher das Interesse aller gesellschaftlich und politisch verantwortlichen Akteure sein, die Stellung der Städte und Gemeinden zu stärken. Nur starke und

eigenverantwortliche Kommunen sind in der Lage, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Städte und Gemeinden sind dabei für das Gelingen einer wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Stadtentwicklungspolitik auf eine neue Verantwortungsgemeinschaft angewiesen. Neben den Kommunen sind insbesondere die Bürger und die private Wirtschaft und der Einzelhandel, aber auch Schulen, Bildungsträger und Kultureinrichtungen etc. aufgefordert, sich gemeinsam für ihre Stadt im Sinne des Leitsatzes „Die Stadt, das sind wir alle“ zu engagieren.

Städte und Gemeinden müssen in dieser Verantwortungsgemeinschaft starke Akteure bleiben. Ihre Vertreter sind demokratisch legitimiert und sie tragen daher die Verantwortung für die Gesamtentwicklung einer Stadt. Starke Städte und Gemeinden kann es aber nur geben, wenn diese sowohl von der europäischen Ebene als auch vom Bund und den Ländern als vollwertige Partner anerkannt werden und die kommunale Selbstverwaltung akzeptiert wird. Dies setzt zum Beispiel voraus, dass die Gesetze und politischen Regeln sowohl der EU als auch von Bund und Ländern jeweils vor ihrer Verabschiedung in ihren Auswirkungen für die Städte und Gemeinden sowie insbesondere für deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung überprüft werden. Nur dann, wenn Städte und Gemeinden auch in Zukunft in der Lage sind, als starke Akteure gemeinsam mit ihren Partnern die zentralen Aufgaben der Stadtentwicklung zu gestalten, lässt sich der Schlussappell der Leipzig-Charta „Europa braucht starke und lebenswerte Städte“ auch in die Praxis umsetzen.

Europäischer Dialog
Julian Wékel

Maßgebliche europäische Staaten wie Frankreich, Großbritannien oder die Niederlande betreiben traditionell auf ihrer nationalen Ebene Politik für die Entwicklung ihrer Städte. Entsprechend führen und fördern sie seit längerem den internationalen Diskurs zum Thema Stadt.

Nun ist es gerade Deutschland gelungen, aufgrund seiner föderalen Struktur bei diesem Engagement weniger präsent, im Rahmen seiner EU-Präsidentschaft mit der erfolgreichen Verabschiedung der „Leipzig Charta zur nachhaltigen Stadt“, ein besonderes Zeichen zur staatlichen Verantwortung für die Stadtentwicklung zu setzen.

Die europäischen Staaten erwarten, dass Deutschland sich jetzt auch dauerhaft und gestaltend im Dialog über der Zukunft unserer Städte positioniert. Eine Hoffnung, die ohne Etablierung und Stärkung auch hiesiger nationaler Stadtentwicklungspolitik kaum zu erfüllen sein dürfte.

LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt
Auszüge aus dem Dokument

Eine Stadtentwicklungspolitik sollte auf nationaler Ebene verankert sein. Auch von dieser Ebene sollten Impulse für innovative Lösungen ausgehen.

Unsere Städte brauchen Handlungsspielraum für eine verantwortungsvolle Wahrnehmung kommunaler Aufgaben und eine solide und langfristig stabile finanzielle Basis. Daher ist es auch wichtig, dass die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, die europäischen Strukturfonds für substanzielle integrierte Stadtentwicklungsprogramme zu nutzen. Der Einsatz dieser Mittel sollte sich möglichst eng an den bestehenden Schwierigkeiten und Potenzialen orientieren und die spezifischen Chancen und Probleme in den Mitgliedstaaten berücksichtigen....

Auf nationaler Ebene muss allen Ministerien deutlicher bewusst werden, dass den Städten eine wichtige Rolle zukommt, wenn es darum geht, nationale, regionale und kommunale Zielsetzungen zu verwirklichen, und dass ihre fachpolitischen Maßnahmen Auswirkungen für die Städte haben. Die Bemühungen der verschiedenen Fachministerien, die im Bereich Stadtentwicklung tätig sind oder auf die Stadtentwicklung Einfluss nehmen, müssen besser aufeinander abgestimmt und verknüpft werden.

Wir unterstreichen die Bedeutung eines systematischen und strukturierten Austauschs von Erfahrungen und Know how im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung....

Europa braucht starke und lebenswerte Städte und Regionen.



Autoren

Dr. Günter Bachmann, Rat für Nachhaltigkeit, Frankfurt am Main. Statement 2007.

Prof. Dr. Ulrich Beck, Professor für Soziologie an der LMU München und an der London School of Economics. Text aus: „Generation Global“, Hrsg. Ulrich Beck, Suhrkamp 2007.

Ole von Beust, Erster Bürgermeister Freie und Hansestadt Hamburg. Statement 2007.

Prof. Dr. Harald Bodenschatz, Professor für Planungs- und Architektursoziologie, Sprecher des Schinkel-Zentrums der Technischen Universität Berlin. Text aus dem Exposé „Städtebau-Ausstellung 1910 – 2010“, 2007.

Peter Conradi, Dipl.Ing. Architekt, Stuttgart. MdB bis 2002, Präsident der Bundesarchitektenkammer bis 2005. Text 2007.

Dr. Marta Doehler-Behzadi, Stadtplanerin und Architektin, Leipzig. Text aus „Stadt und Bahn“, Almanach 006/2007 der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Berlin 2007.

Prof. Dr.-Ing. Dr. h.c. Werner Durth, Fachgebiet Geschichte und Theorie der Architektur, TU Darmstadt. Text aus dem Vortrag anlässlich der Verleihung des Deutschen Städtebaupreises am 11. 11. 2006 in der Akademie der Künste, Berlin.

Andreas Grosz, Leiter des KAP Forum, Köln. Interview Mai 2007.

Armand Grüntuch, Almut Ernst, Dipl. Ing. Architekten, Berlin. Text aus Arch+180/2006.

Prof. Dr. Hartmut Häußermann, Institut für Sozialwissenschaften/Stadt- und Regionalsoziologie, Humboldt-Universität Berlin. Text aus „Angriff auf die City“, Hrsg. Walter Brune, Rolf Junker, Holger Pump-Uhlmann, Droste Sachbuch, Düsseldorf 2006.

Dr. Ulrich Hatzfeld, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Berlin.

Text aus „Stadt und Bürger“, Hrsg. Ulrich Hatzfeld und Franz Pesch, Die deutsche Bibliothek, 2006.

Dr. Volker Hauff, Rat für Nachhaltigkeit, Frankfurt am Main. Statement 2007.

Dr. Gerd Held, Institut für Regionalentwicklung und Strukturforschung, Erkner/ Berlin. Text aus dem Essay „Städte schützen das Klima“, in: Die Welt vom 31. 3. 2007.

Uli Hellweg, Dipl. Ing, Geschäftsführer der IBA Hamburg GmbH. Text aus „IBA Blick“, „Querschnittsprojekte der IBA – Hamburg 2013“, 2007.

Nele Hertling, Vizepräsidentin der Akademie der Künste, Berlin. Statement 2007.

Dr. phil., Dr. Ing. Bernd Hunger, GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V., Text 2007.

Dr. Andreas Kapphan, Soziologe. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Berlin. Zuwanderung verändert Deutschland. Herausforderungen für Politik und Planung. Text aus: Profildienst Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin, Soziale Fragen und Kultur, März 2007.

Folkert Kiepe, Beigeordneter des Deutschen Städtetages für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr. Textauszug 2007.

Prof. Dr. Michael Koch, Leiter des Instituts für Städtebau und Quartiersentwicklung, HafenCity Universität Hamburg. Statement 2007.

Prof. Dr. Michael Krautzberger, Vorstandsmitglied Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Berlin. Text aus: „Brennpunkt Stadt“, Berlin 2006.

Prof. Dr. Rolf Kreibich, Leiter des IZT – Institut für Zukunftsforschung und Technologiebewertung, Berlin. Text 2007.

Ralph Labonte, Mitglied des Vorstandes ThyssenKrupp, Düsseldorf/Essen. Statement 2007.

Prof. Dr. Dr. h.c. Pierre Laconte, Präsident der Internationalen Vereinigung der Stadt- und Regionalplaner, den Haag. Interview Mai 2007.

Prof. Dr. Dieter Läßle, em. Professor für Stadt- und Regionalsoziologie, HafenCity Universität Hamburg. Text 2007.

Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Text aus „Die Wohnungswirtschaft“ 2/2006.

Lovro Mandac, Vorsitzender des Vorstandes der Kaufhof AG, Köln. In: Zukunftskonzepte der Kaufhof AG, Text aus: Stadt und Wirtschaft, 2007. Statement 2007.

Prof. Adolf Muschg, Schriftsteller und Literaturwissenschaftler, Schweiz. Text aus: „Perspektiven metropolitaner Kultur“, Hrsg. Ursula Keller, edition suhrkamp 2075, Frankfurt/M. 2000.

Prof. Dr. Franz Pesch, Lehrstuhl Stadtplanung, Städtebauliches Institut der TU Stuttgart. Text aus „Urbanität und Wirtschaft“ in: Stadt und Wirtschaft, Hrsg. Ingeborg Flagge und Franz Pesch, Verlag Das Beispiel, Darmstadt 2004.

Fritz Pleitgen, Vorsitzender der Geschäftsführung der Ruhr 2010 GmbH. Text aus einem Gespräch mit Sonja Zekri in der Süddeutschen Zeitung, 23. 4. 2007.

Dr. Bettina Reimann, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin. Text aus: Profildienst Institut für Urbanistik, Soziale Fragen und Kultur, Berlin, März 2007.

Dr. Wolfgang Roters, Leiter des M:AI Museum für Architektur und Ingenieurkunst NRW. Text aus: Uli Hellweg/ Wolfgang Roters „Internationale Bauausstellungen im 21. Jahrhundert“, 2007.

Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Text 2007.

Prof. Dr. jur. Gerd Schmidt-Eichstaedt, em. Professor für Bau- und Planungsrecht im Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin. Text 2007.

Prof. Dr. Oliver Scheytt, Kulturdezernent der Stadt Essen und Geschäftsführer der Ruhr 2010 GmbH. Statement 2007.

Prof. Dr. Walter Siebel, „Die europäische Stadt“ (Hrsg.), Frankfurt/Main 2004.

Prof. (em.) Dr. Erika Spiegel, Heidelberg. Text aus: „Wohnungsbau als Städtebau. Von der Knappheit an Flächen zur Knappheit an Menschen“ in: Brennpunkt Stadt, Berlin 2006.

Gabriele Steffen, Sozialplanerin, Geschäftsführerin Weeber + Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Stuttgart/Berlin. Statement aus: Profildienst Deutsches Institut für Urbanistik, Soziale Fragen und Kultur, Berlin, März 2007.

Volkmar Strauch, Staatssekretär für Wirtschaft, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen. Text aus „Urbanität und Wirtschaft“, Hrsg. Ingeborg Flagge und Franz Pesch, in: „Stadt und Wirtschaft“, Verlag Das Beispiel, Darmstadt 2004.

Christian Ude, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, Präsident des Deutschen Städtetages. Text aus der Rede vor der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages, Mai 2007.

Prof. Kunibert Wachten, Professor für Städtebau und Landesplanung an der RWTH Aachen. Statement 2007.

Prof. Julian Wékel, Professor für Entwerfen und Regionalentwicklung an der TU Darmstadt. Statement 2007.

Prof. Peter Zlonicky, Büro für Stadtplanung und Stadtforschung, München. Text 2007.

Abbildungen

Titelbild	Pariser Platz, Berlin 2005	Seite 87	Fünf Höfe, München 2007. Prager Straße, Dresden 2007
Seite 6	Regierungsviertel, Berlin 2007	Seite 88	Jury ThyssenKrupp-Quartier, Essen 2006
Seite 8	Ruhrgebiet. Dresden 2006	Seite 89	Köln 2007
Seite 11	Bamberg 2006	Seite 90	Kreuzberg, Berlin 2007
Seite 12	Dresden 2007	Seite 91	Biennale Venedig 2006
Seite 18	Im Uhrzeigersinn: Hamburg 2005. München 2007 (2). Berlin 2006	Seite 92	Zollverein School of Management and Design, Essen 2006
Seite 23	Landau in der Pfalz 2006		Kokerei Zollverein, Essen 2005
Seite 24	Im Uhrzeigersinn: Rathenow 2005 (2). München 2005. Leipzig 2007	Seite 93	Zeche Zollverein, Essen 2006
Seite 39	Schinkel, Berlin 2007	Seite 94	Berlin 2005, 2006
Seite 40	Biennale Venedig 2006	Seite 95	Gebläsehalle, Duisburg 2004. Palast der Republik 2005
Seite 43	Unter den Linden, Berlin 2006	Seite 96	Haus der Kunst, München 2006
Seite 44/45	Urban Age Konferenz, Berlin 2006	Seite 97	Ackermannbogen, München 2005
Seite 46/47	Arcisstraße, München 2006	Seite 98	Fünf Höfe, München 2007
Seite 48	Bratislava 2006	Seite 99	Akademie der Künste, Berlin 2005. Wien 2005
Seite 50	Dach des deutschen Pavillons, Venedig 2006	Seite 100	Landshut 2005
Seite 52	Urban Age Konferenz, Berlin 2006	Seite 103	Pariser Platz, Berlin 2007
Seite 56	Bebelplatz, Berlin 2006	Seite 107	Elbufer, Hamburg
Seite 59	Hafenstraße, Hamburg 2006		
Seite 61	Bildermuseum, Leipzig 2005		
Seite 62	Martiusstraße, München 2006		
Seite 65	Mahnmal Bücherverbrennung Bebelplatz, Berlin 2007		
Seite 66	Berlin-Mitte 2006		
Seite 68	Palast der Republik, Berlin 2005		
Seite 69	Neumarkt, Dresden 2007		
Seite 70	Fünf Höfe, München 2005		
Seite 71	Kreuzberg, Berlin 2007. Magdeburg 2006. München 2007		
Seite 72	Schinkelplatz, Berlin 2007		
Seite 74	Berlin 2007. Leipzig 2004		
Seite 76	Görlitz		
Seite 77	Bamberg 2005		
Seite 79	Leopoldstraße, München 2007, 2006		
Seite 81	26er Ring, Dresden 2006		
Seite 82	Wächterhaus, Leipzig 2007		
Seite 84	City, Leipzig 2002		
Seite 85	Duisburg 2005		

Bildrechte

© BBR: Görlitz, Seite 76 (ein Foto)

© Marianne Wendt: Berlin, Seiten 71, 74, 75
(drei Fotos)

© Peter Zlonicky, Elke Wendt-Kummer: alle
anderen Bilder (64 Fotos)



